ÖGZ

Österreichischer Städtebund

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes

10/2024

FINANZEN, FÖRDERUNGEN, FORDERUNGEN

Grundsteuer Nachhaltigkeit Fiskalregeln und mehr



Österreichische Post AG MZ 17Z041202 M Österreichischer Städtebund, Rathaus, 1082 Wien


50 JAHRE
mehr wien zum leben.
wienholding
Bezahlte Anzeige
mehr
tickets
mehr unterhaltung.
Wien Ticket
+43 1
58885
wien-ticket.at
WIEN TICKET macht Wien zum Erlebnis.
365 Tage im Jahr steht bei Wien Ticket Unterhaltung am Programm: Von Shows, Kabarett, Sportevents, Tanz & Ballett über Konzerte der größten Stars bis hin zu Theater, Oper und Operette. Das Ticketing-Unternehmen der Wien Holding hat garantiert die besseren Karten: www.wien-ticket.at, Tel.: 01/588 85.
www.wienholding.at
SEIT
wienholding
50 JAHREN
GGK MULLENLOWE



Reden Sie mit uns!

Städte und Gemeinden erwarten strukturelle Reformen. Ein Appell an die neue Bundesregierung.

Österreich hat gewählt, und wir nehmen die neue Ausgangslage zum Anlass, unsere am 73. Österreichischen Städtetag parteiübergreifend und einstimmig beschlossenen Forderungen an die künftige Bundesregierung zu richten.

Demografische Veränderungen, der Klimawandel, globale Unsicherheiten: Zahlreiche Entwicklungen belasten Städte und Gemeinden, und das in erster Linie finanziell, wie man in dieser Ausgabe der ÖGZ nachlesen kann. Die Finanzlage der Städte und Gemeinden ist zum Teil dramatisch und die Dynamiken bei den Aus- und den Aufgaben der Gebietskörperschaften entwickeln sich besorgniserregend. Das hat die vergangene Regierung erkannt und erste Schritte gesetzt. Diesen müssen nun dringend auch strukturelle Veränderungen folgen, die wir gerne bereit sind mitzutragen. Wichtigste Voraussetzung dafür: ernsthafte Gespräche auf Augenhöhe. Daher fordern wir als Vertreter der Kommunalpolitik die neue Bundesregierung auf: Reden Sie nicht über uns, reden Sie mit uns!

Michael Ludwig
Präsident Österreichischer Städtebund

Thomas Weninger
Generalsekretär Österreichischer Städtebund

© Foto: Markus Wache

Schwerpunkt Geld

Finanzen, Förderungen, Forderungen

11 **Kommt der Aufschwung?**
Konjunktur und Zinsen-Ausblick

14 **Finanzausgleich**
Stärkt der FAG die Gemeindeautonomie?

18 **Städtebund**
Forderungen an die neue Bundesregierung

20 **Zukunft des Geldes**
Digitaler Euro

22 **ESG & Nachhaltigkeit**
Aspekte bei kommunalen Finanzierungen

24 **Nachhaltigkeit meistern**
Praxisnahe Unterstützung

28 **EU-Kohäsionspolitik**
Die städtische Dimension im Reality Check

32 **Deutschland**
Transformationsräte gestalten den Wandel



35 **Österreichischer Stabilitätspakt**
Neue Fiskalregeln

37 **Fiskalregeln**
Einschätzung des Fiskalrats

40 **Fiskalregeln**
Arbeiterkammer befürchtet Kürzungen

42 **Grundsteuerdebatte**
Forderungen des Städtebundes

44 **Deutschland**
Grundsteuerreform

47 **Dänemark**
Grundstücks- und Immobiliensteuer

48 **Südosteuropa**
Gemeindefinanzen im Umbruch

52 **VRV**
Neuer Praxiskommentar

Magazin

54 **Partizipation**
Zukunftshaushalt Werder

55 **Kommunale Pionierin**
Vizebürgermeisterin Lea Olczak

56 **Klimaserie**
Steyr

58 **Klima- und Energiefonds**
Angebote für Städte und Gemeinden

60 **Veranstaltung**
Datenschutztagung in Linz

61 **Ausschreibung**
Verwaltungspreis

62 **Digitalisierung**
vConnect

Recht

64 **Beschaffung**
Nachhaltige PV-Anlagen

66 **Kommunalsteuer**
Teil 1 der Serie

Aktuelles aus den Städten 6

Finanzen 69

Zu guter Letzt 70

Vorschau 71

Impressum 71

© Foto: Getty Images

Urnensäulen und Rasengräber für den Friedhof der Zukunft

Großer Erfolg für die innovativen Urnengrablösungen von GRABKULT

Die Friedhofskultur befindet sich im Wandel. Immer mehr Menschen entscheiden sich gegen eine Erdbestattung und für eine Urnenbeisetzung. Die Gemeinden stehen vor der Herausforderung, diesen Wünschen nachzukommen. Aufwändige und teure Urnenwände müssen vorfinanziert werden und passen oft nicht in das Gesamtbild des Friedhofs.

Genau hier bietet das Kärntner Familienunternehmen GRABKULT mit ihren patentierten Urnensäulen die perfekte Alternative an. Stefan Leeder ist der Erfinder dieses Systems. Bis zu vier Urnen finden in diesem einzigartigen System Platz. „Mit unseren Urnensäulen und Rasengräbern, die auch für Biournen geeignet sind, können wir flexibel auf den jeweiligen Bedarf eingehen", erklärt der Geschäftsführer. Diese Urnensysteme passen perfekt in das Gesamtbild des Friedhofs, der für viele Menschen eine Begegnungszone ist.

In den vergangenen Jahren hat GRABKULT mit zahlreichen Gemeinden passende Konzepte für die Friedhofsgestaltung umgesetzt. So hat sich die Tiroler Gemeinde Langkampfen für dieses System entschieden. „Wir hatten das Problem der Grablücken, da die Urnenbeisetzungen sehr zugenommen haben. Ein weiteres Problem war, dass man Urnenwände nicht mit Biournen belegen kann. Die Urnensäulen sind für uns die ideale Lösung. Die Umsetzung erfolgte durch unsere Bauhofmitarbeiter. Die Säulen sind kostengünstig und flexibel einsetzbar", sagt die Finanzverwalterin der Gemeinde Langkampfen, Irmgard Karrer.



Die GRABKULT Urnensäulen am Friedhof in Kufstein fügen sich perfekt ins Gesamtbild ein.

Mehr Infos & Kontakt

GRABKULT Handels GmbH
+43-676-66 66 446
www.grabkult.com

GRABKULT

© Foto: GRABKULT Handels GmbH



Windfänger

Kunst in St. Pölten

Der St. Pöltner Europaplatz hat ein neues Wahrzeichen: Der vom Breathe Earth Collective geschaffene Windfänger in St. Pölten ist eine künstlerisch-architektonische Intervention mit Brunnen zur Verbesserung des urbanen Mikroklimas. Traditionelle Baukultur und innovative Technologie sorgen hier mit regionalen Ziegeln, Wind und Wasser für neue Aufenthaltsqualität und natürlichen Lebensraum.



Die Bregenzer Stadtpolitiker:innen mit Botschafter Khymynets

Solidaritätspartnerschaft

Bregenz schließt Partnerschaft mit Jaremtsche in der Ukraine.

Die partnerschaftliche Unterstützung soll laut der Bregenzer Stadträtin für internationale Angelegenheiten und Städtepartnerschaften Veronika Marte nicht nur Symbolik bieten, sondern auch praktische Hilfe. So sollen der kulturelle Austausch gestärkt und Projekte gefördert werden, die beiden Städten dienen. Auch Bürgermeister Michael Ritsch freut sich auf den Austausch mit Jaremtsche. Die Stadt liegt in der Westukraine und hat etwa 13.000 Einwohner:innen; die erste Erwähnung fand 1787 statt. Auch der Verwaltungssitz des Nationalparks Karpaten ist in der Stadt.
Zuletzt war der ukrainische Botschafter Vasyl Khymynets zu Gast am Österreichischen Städtetag in Wiener Neustadt.

Zukunftsideen für Kärnten

Primus VOR Award zeichnet kommunale Projekte aus.

Der „Primus VOR Award“ der Kleinen Zeitung kürte im Juli die besten Zukunftsideen für den öffentlichen Raum. 110 Projektideen aus Gemeinden, Städten, Regionen und Verbänden wurden bei der Erstauflage des Awards eingereicht. Im Congress Center Villach bekamen schließlich die Sieger:innen in den sechs Kategorien Bildung, Nachhaltigkeit, Baukultur, Digitalisierung, Infrastruktur und Unternehmensfreundlichkeit ihre Auszeichnung. Die Städtebund-Landesgruppe Kärnten war Partnerin der Veranstaltung, bei der sich neben Landeshauptmann Peter Kaiser und dem Villacher Bürgermeister Günther Albel auch zahlreiche andere Bürgermeister:innen und kommunale Vertreter:innen über das geballte Know-how an Zukunftsideen für Kärnten freuten. Ganz nach dem Motto: Gewinner:innen sind alle, die sich Gedanken über die Weiterentwicklung ihrer Region machen.



Kommunale Projekte vor den Vorhang hieß es beim Primus VOR Award.

© Fotos: KOERNOE, Landeshauptstadt Bregenz, Büro LR Fellner



Bürgermeisterin Andrea Kaufmann und Christian Holzer, BMK, nach der Unterzeichnung

Nachhaltige Beschaffung

Vorarlberger Gemeinden treten naBe-Netzwerk bei.

Die naBe-Initiative, der Österreichische Aktionsplan zur nachhaltigen Beschaffung, wächst weiter: Im Juni unterzeichneten die Vorarlberger Gemeindeverbandspräsidentin Andrea Kaufmann und Sektionsleiter Christian Holzer (BMK) den Vertrag zur „naBe-strategischen Partnerschaft". Ziel ist es, den Gemeinden ein effizientes Instrument zur Umsetzung nachhaltiger Beschaffung in die Hand zu geben. Dieses Instrument soll nun gemeinsam entwickelt und umgesetzt werden, um die Bereiche Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Beschaffung und Umweltschutz zu stärken.

Gerhard Weiner, Leiter der naBe-Plattform, erklärte: „Der VGV ist für den naBe-Aktionsplan der wesentliche Multiplikator in Vorarlberg und ich freue mich auf die noch intensivere Zusammenarbeit, damit die Gemeinden in Vorarlberg bestmöglich die Spannungsfelder von Effizienz, Stabilität, Kosten und Nachhaltigkeit in der Beschaffung beherrschen."

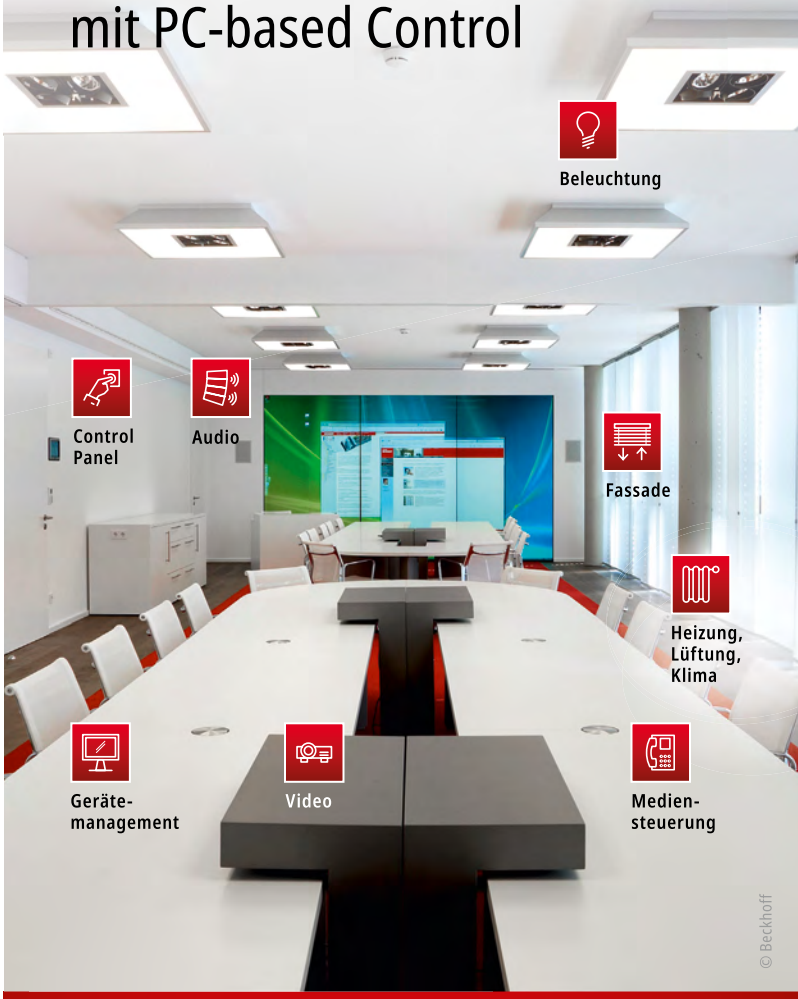
Insgesamt profitieren vor allem die Gemeinden nicht nur von mehr Effizienz, Geschwindigkeit und Qualität einer klimaneutralen Verwaltung, sondern vor allem auch von einer hohen Kostenwirksamkeit, was angesichts der ernsten finanziellen Lage in den Gemeinden unverzichtbar ist. Der Städtebund ist seit Juni 2024 Teil des naBe-Netzwerks.

www.nabe.gv.at

© Foto: Eva Rauch/Vorarlberger Gemeindeverband

| MT026 |

Medien- und Steuerungstechnik auf einer Plattform: mit PC-based Control



Medientechnik neu gedacht: Als Spezialist für PC-basierte Steuerungssysteme ermöglicht es Beckhoff mit einem umfassenden und industrieerprobten Automatisierungsbaukasten, Multimedia, Gebäudeautomation sowie Entertainmentkonzepte vernetzt und integriert umzusetzen. Mit der modularen Steuerungssoftware TwinCAT und direkter Cloud- und IoT-Anbindung werden alle Gewerke von der A/V-Technik über die Gebäudeautomation bis hin zu Digital Signage Control, Device Management und Condition Monitoring, auf einer Plattform kombiniert. Hinzu kommt die maximale Skalierbarkeit aller Komponenten und die Unterstützung aller gängigen Kommunikationsstandards. So schafft Beckhoff die Grundlage für neue mediale und architektonische Erlebniswelten.

Scannen und die Beckhoff Highlights für die AV- und Medientechnik entdecken

sps
smart production solutions

Halle 7, Stand 406

New Automation Technology BECKHOFF

Equal Pension Day

Der Equal Pension Day markiert den Tag, an dem Männer bereits so viel Pension erhalten haben, wie Frauen erst bis Ende des Jahres bekommen werden. Dieser Tag fiel im Jahr 2024 österreichweit auf den 6. August. Der Gender Pension Gap beträgt 40,09 Prozent oder 148 Tage weniger Pension. Seit der Frauenausschuss des Österreichischen Städtebundes diesen Tag 2015 ins Leben gerufen hat, ist die Differenz nur um 3,18 Prozent gesunken. Männer erhalten derzeit im Durchschnitt monatlich 2.300 Euro brutto, Frauen 1.378 Euro brutto.



ST. PÖLTEN

Anlässlich des Equal Pension Day informierten die Mitglieder der Frauenplattform St. Pölten (eine Initiative des Büros für Diversität der Stadt St. Pölten) am 1. August in der St. Pöltner Innenstadt, wie sich Teilzeitarbeit, Karenzzeiten und andere Lücken im Arbeitsleben auf die Pensionen von Frauen auswirken.



WIEN

Das Frauenservice Wien informierte in Kooperation mit den ÖGB Frauen und der AK Wien Abteilung Frauen und Familie anlässlich des österreichweiten Equal Pension Day am Dienstag, den 6. 8. 2024, auf der Mariahilfer Straße zum Thema.



BREGENZ

Am Equal Pension Day 2024 verteilten die Bregenzer Vizebürgermeisterin Sandra Schoch und Mitarbeiterinnen der städtischen Verwaltung beim Wochenmarkt am Bregenzer Kornmarktplatz Infomaterial mit einer klaren Botschaft, um auf die ungerechte Pensionsverteilung aufmerksam zu machen.



KLAGENFURT

Im Strandbad Klagenfurt konnten rund 500 Besucher:innen, davon viele junge Frauen und Mütter, angesprochen und für das Thema gesicherte Frauenpension sensibilisiert werden. Auch alle Mitarbeiter:innen des Magistrats erhielten die Info-Karten mit Linealen auf ihrem Arbeitsplatz. Am Foto v. l. Stadträtin Constance Mochar, Lydia Ruppitsch und Frauenbeauftragte Astrid Malle.

© Fotos: mss/Wolfgang Mayer, Landeshauptstadt Bregenz, Frauenservice Wien – MA 57, StadtKommunikation/Just, Stadt Wels, Magistrat Linz



WELS

In Wels fand eine großflächige Verteilaktion zum Equal Pension Day 2024 statt, das Video lief auf allen Infoscreens in den Amtsgebäuden und im Programmkino Wels und die Karte fand Eingang in den Newsletter der Sozialplattform Oberösterreich. Am Bild v. r. Barbara Preslmayr (Leiterin Dienststelle Sozialservice und Frauen), Frauenreferentin Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger, die städtische Frauenbeauftragte Claudia Glössl und Marlene Lingner (Büro Frauenreferentin) mit den Vollzeit-/Teilzeitlinealen: Diese sollen vor allem in Teilzeit arbeitenden Frauen aufzeigen, wie viel weniger Pension sie im Vergleich zu einem Vollzeit-Job bekommen.



LINZ

Bei strahlendem Sonnenschein engagierte sich das Frauenbüro Linz zum Equal Pension Day 2024 mit einer Verteilaktion in der Fußgängerzone, v. l. n. r.: Sieglinde Hartl, Elena Chirica, Anne Brack, Sanja Bajakic und Jessica Schernthanner.

Aufbaukehrmaschine Schmidt Street King 660

Weltweit bewährte Kehrtechnik für Österreichs Kommunaldienste

PARTNER BBG BUNDESBESCHAFFUNG

- Wahlweise mit **Aufbaumotor oder hydrostatischem Antrieb**
- **Großzügig** dimensionierte **Wassertanks** und das **Druckumlaufwassersystem verlängern die Einsatzzeit um bis zu 30%**
- Im Saugschacht **integrierte Kehrwalze** für eine um **15% höhere Kehrgeschwindigkeit**
- Optional auch als **duale Ausführung** mit **beidseitigem Kehraggregat**
- **Selbsttragender Rahmen** für einfachen Aufbau auf **jeden LKW-Typ**

Die Street King 660, sowie viele unserer Kompaktkehrmaschinen können **smart, günstig und rechtssicher** über die **BBG** beschafft werden.



Aebi Schmidt Austria GmbH
Schießstand 4 | 6401 Inzing
Tel. +43 5238 53 590 20
www.aebi-schmidt.com/austria

Jetzt mehr erfahren!

schmidt
a brand of aebi schmidt

Schwerpunkt

Finanzen, Förderungen, Forderungen



© Foto: Getty Images

Kommt 2025 endlich der Aufschwung?

Aussichten für Konjunktur und Zinsen

Stefan Bruckbauer, Chefökonom UniCredit Bank Austria AG

Die Hoffnungen auf eine anhaltende wirtschaftliche Erholung 2024 haben sich im Euroraum und besonders in Österreich nicht erfüllt. Hatte das Jahr dank sinkender Inflation und steigender realer Einkommen mit einer Verbesserung der Konsumentenstimmung begonnen, so kam diese Verbesserung im zweiten Quartal und über den Sommer nicht weiter voran. Gemeinsam mit der weiterhin rückläufigen Baukonjunktur und der ebenfalls sinkenden Industrieproduktion kam Österreichs Wirtschaft im zweiten Quartal 2024 nach einem kleinen Wachstum in den beiden Quartalen davor erneut zum Stillstand und auch über den Sommer dürfte die Wirtschaft stagniert haben. Zusätzlich zur schwachen Industrie- und Baukonjunktur erlebte der private Konsum einen erneuten Rückschlag. Die verbesserte Realeinkommenssituation führte noch nicht zu einer Belebung der Konsumausgaben, weiterhin bleibt die Sparquote hoch, nicht zuletzt auch, da zwar die gesamten Realeinkommen das Niveau von 2019 erreichten, nicht aber pro Erwerbstätigem. Auch die im Gefolge der Schwäche bei Industrie und Bau stark gestiegene Arbeitslosigkeit und die globalen Unsicherheiten belasten die Kauflaune der Konsument:innen in Österreich. Die Zahl der Arbeitslosen liegt zwar in etwa auf dem Niveau von vor der Pandemie, aber 17 Prozent höher als im Sommer 2022. Auch der nun begonnene Zinssenkungszyklus der EZB, der die langfristigen Zinsen immerhin fast ein Prozentpunkt sinken ließ, brachte bisher wenig Belebung für Konsum und Investitionen.

Rahmenbedingungen für die Konjunktur 2025

Aufgrund der enttäuschenden Entwicklung über den Sommer 2024 ist auch für 2024 von einem negativen Wachstum für Österreich auszugehen. Auch im Herbst ist mit einem leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung zu rechnen. Die letzten Umfragen zur Konjunktur in Europa und in Österreich deuten noch keine Erholung für Industrie und Bau an, im Gegenteil, die Beurteilung des Auftragseingangs hat sich erneut verschlechtert und die Dienstleistungskonjunktur, die zwar weiterhin im Wachstumsbereich bleibt, hat etwas an Dynamik verloren. Dementsprechend ist derzeit auch noch kein Rückenwind von der Exportkonjunktur zu erwarten, im Gegenteil, die besonders schwache Investitionskonjunktur im wichtigsten Exportland, Deutschland, verbunden mit Unsicherheiten rund um das Thema Energie, Zölle und globale Konflikte lassen derzeit eine Beschleunigung der deutschen Industriekonjunktur und damit auch der Importnachfrage nicht erwarten. Zudem belastet die österreichische Wirtschaft, vor allem die Industrie, der starke Anstieg der Lohnstückkosten im Wettbewerb. So stiegen die Lohnstückkosten für Österreichs Wirtschaft seit 2019 um 23 Prozent, deutlich stärker als im Euroraum-Durchschnitt mit 15 Prozent oder in Deutschland, ebenfalls 15 Prozent. Trotzdem erhöhten Österreichs Unternehmen ihre Exportpreise nur um 18 Prozent, ähnlich wie Deutschland und andere Länder, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Dies dürfte auch gelungen sein, die realen Exporte von Waren und Dienstleistungen stiegen seit 2019 um 8 Prozent und damit ähnlich wie im Euroraum, deutlich stärker als etwa die Exporte aus Deutschland (1 Prozent). Dieser Erfolg ging deutlich zu Lasten der Profitabilität, der Bruttobetriebsüberschuss der Industrie stieg nominell lediglich 5 Prozent, real sank er 15 Prozent, während er im Euroraum real um 7 Prozent zulegen konnte. Der Gewinnanteil an der Wertschöpfung ging damit bei Österreichs Industrie zuletzt erkennbar zurück, während er im Euroraum stabil blieb. Die gesunkene Profitabilität bei gleichzeitig schwacher Nachfrage und Unsicherheiten rund um das Thema Energie dürften das Investitionsklima in Österreich länger belasten, auch sind Verlagerungen von Teilen der Wertschöpfung zu befürchten. Auch der Dienstleistungssektor dürfte davon betroffen sein, vor allem im Tourismus ist die preisliche Wettbewerbsfähigkeit herausgefordert.

Was erwarten wir für 2025?

Wir gehen davon aus, dass sich trotz anhaltender Industrierezession und weiterhin herausfordernder Situation am Bau die Dienstleistungskonjunktur 2025 beschleunigen sollte. Das Ende des Rückgangs der Bauinvestitionen und die Notwendigkeit von Investitionen in Infrastruktur und Digitalisierung auch bei schwacher Nachfrage sollten auch zu einem leichten Wachstum der Investitionen führen. Auch die Tatsache, dass die Inflation sich zwar langsam, aber doch stetig in Richtung zwei Prozent bewegt sollte die Nachfrage der privaten Haus-

Konjunkturprognose

Prognose UCBA

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
(Reale Veränderung in %)							
BIP	**1,5**	**-6,6**	**4,2**	**4,8**	**-0,8**	**-0,5**	**1,2**
Privater Konsum	0,5	-8,5	4,2	5,7	-0,2	0,3	1.3
Öff. Konsum	1,3	-0,4	7,5	0,0	-0,1	2,0	1,0
B. Investitionen *)	4,5	-5,5	6,1	0,1	-1,3	-1,6	2,6
davon Ausrüstung	*1,7*	*-8,5*	*7,9*	*-0,4*	*-0,8*	*-0,1*	*3,5*
davon Bau	*3,6*	*-3,6*	*1,8*	*-2,0*	*-4,7*	*-2,8*	*1,0*
Exporte i.w.S.	4,1	-10,6	9,1	11,2	-0,1	-3,0	1,8
Importe i.w.S.	2,2	-10,0	14,3	7,9	-2,2	-2,9	1,8
VPI (Veränderung z. Vorjahr)	**1,5**	**1,4**	**2,8**	**8,6**	**7,8**	**3,1**	**2,2**
Sparquote (in %)	**7,9**	**13,2**	**11,2**	**9,2**	**9,0**	**10,7**	**10,9**
Leistungsbilanz (in % BIP)	2,4	3,4	1,6	-0,3	2,7	2,8	2,6
Beschäftigung (in Tausend) **)	3.720	3.644	3.734	3.845	3.889	3.891	3.900
Beschäftigung (Veränderung zum Vorjahr)	1,6	-2,0	2,5	3,0	1,2	0,1	0,2
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	**7,4**	**9,9**	**8,0**	**6,3**	**6,4**	**7,0**	**7,2**
Arbeitslosenquote (Eurostat Definition)	4,8	6,0	6,2	4,8	5,1	5,1	5,4
Arbeitslose (Jahresdurchschnitt in Tausend)	301	410	332	263	271	297	306
Öffentlicher Saldo (in % des BIP)	**0,6**	**-8,0**	**-5,8**	**-3,3**	**-2,6**	**-3,1**	**-2,9**
Öffentliche Schuld (in % des BIP)	70,6	82,9	82,5	78,4	77,6	79,1	80,1
BIP nominell (Mrd. Euro)	397	381	405,2	447,2	478,2	492,6	509,6

**) Exkl. Vorratsänderungen **) ohne Karenzgeldbezieher, Präsenzdiener und Schulungen*

Quelle: UniCredit Research

halte beleben, die Sparquote etwas senken. Daher gehen wir nach einem Rückgang 2024 für 2025 von einem Wachstum knapp über 1 Prozent für Österreich aus, wesentlich getragen vom privaten Konsum und den Ausrüstungsinvestitionen. Die Bauinvestitionen und der Außenbeitrag werden nur wenig unterstützen. Bei der Inflation erwarten wir nach 3,1 Prozent 2024 im nächsten Jahr nur mehr 2,2 Prozent, noch immer über dem Euroraumdurchschnitt von 1,8 Prozent, aber mit nur mehr geringem Abstand. Am Arbeitsmarkt gehen wir daher von einer Stabilisierung aus, nach der Stagnation der Beschäftigung 2024 dürfte es auch 2025 wenig Beschäftigungswachstum geben Das leichte Beschäftigungswachstum wird daher nicht ausreichen, die 2024 gestiegene Arbeitslosigkeit zu senken, wir erwarten auch 2025 etwa 300.000 Arbeitslose in Österreich.

Weitere Zinssenkungen zu erwarten

Unterstützung für die Konjunktur kommt von den sinkenden Zinsen. Nach der Zinssenkung der EZB vor und nach dem Sommer 2024 rechnen wir für heuer mit einer weiteren Zinssenkungen, sodass die kurzfristigen Zinsen zu Jahresende 2024 von 4 Prozent Ende 2023 auf knapp über 3 Prozent sinken sollten. Angesichts der schwachen Konjunktur auch im Euroraum und der weiter rückläufigen Inflation, sie erreichte im Euroraum zuletzt bereits fast die zwei Prozentmarke, rechnen wir auch 2025 mit einer Fortsetzung der Zinssenkungen durch die EZB, sodass zu Jahresende 2025 aus unserer Sicht mit knapp über zwei Prozent Geldmarktzinsen im Euroraum zu rechnen ist.

Viele Risken für unsere Prognose

Die Risken für unsere Prognose sind weiterhin sehr hoch. Zum einen sind die Anzeichen, dass sich Industrie und Konsum erholen, noch nicht erkennbar und zum anderen sind die globalen Risken für die Konjunktur 2025 enorm hoch.

Die US-Wirtschaft befindet sich nun bereits seit Langem auf einem Erholungskurs, dessen Ende droht, auch wenn die Anzeichen dafür noch immer gering sind, und Chinas Wirtschaft kommt aufgrund der Inlandsschwäche nicht richtig in Gang und überschwemmt daher den Weltmarkt mit günstigen Produkten. Noch größer scheinen die politischen Risken durch Konflikte wie Ukraine, Naher Osten oder China und Taiwan. Eines der größten Risken dürfte aber derzeit der Ausgang der Wahl in den USA darstellen. Eine erneute Präsidentschaft von Donald Trump könnte die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen deutlich verändern, ausgehend von einer Überhitzung der US-Konjunktur mit steigenden Zinsen bis hin zur Intensivierung von Handelskonflikten, von geopolitischen Verwerfungen ganz zu schweigen.

Trotz dieser enormen Risken bleiben wir aber leicht positiv für die Konjunktur 2025.

Tierisch gut vorsorgen.



Mit unserer flexiblen Gesundheitsvorsorge.
Mehr auf wienerstaedtische.at

#einesorgeweniger
Ihre Sorgen möchten wir haben.

WIENER STÄDTISCHE
VIENNA INSURANCE GROUP



Stärkt der FAG die Gemeindeautonomie?

Eine Langfristbetrachtung zum Finanzausgleich

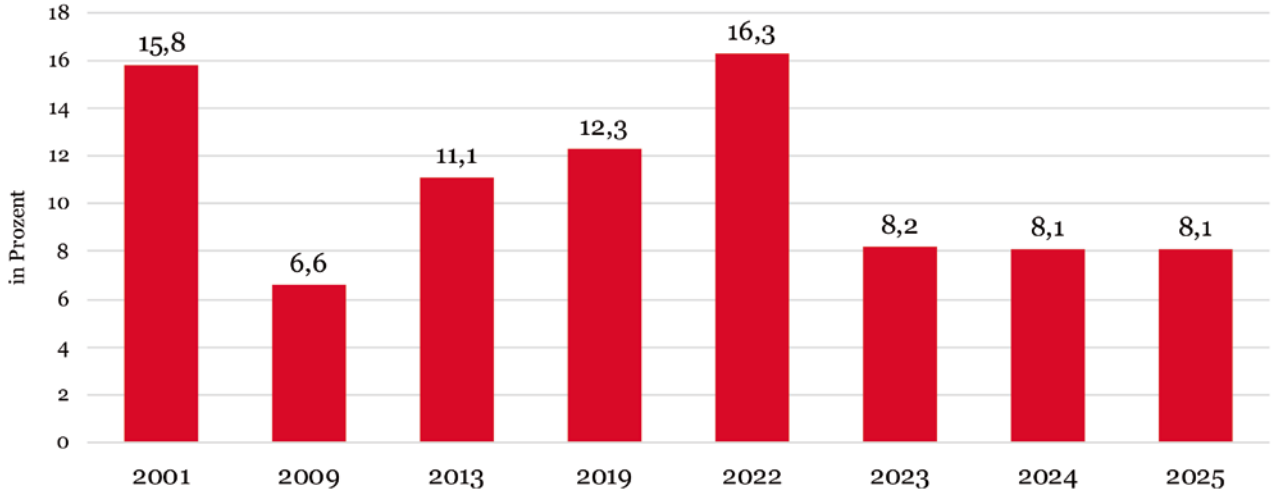
Peter Biwald, Marion Jonas, KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

Ein föderales System sieht grundsätzlich Autonomie für aufgabenbezogene politische Entscheidungen nicht nur des Bundes, sondern auch für die Länder und Gemeinden vor. Nach dem Subsidiaritätsprinzip sollten Kompetenzen und Verantwortung für öffentliche Aufgaben auf der technisch und wirtschaftlich jeweils tiefsten möglichen Gebietskörperschaftsebene angesiedelt werden.

In der Finanzverfassung gibt es mit der Bestimmung des § 4 F-VG 1948 eine sog. Schutzklausel. Danach sind die in den § 2 F-VG (Bundeskompetenz zur Verteilung der Besteuerungsrechte und Abgabenerträge zwischen dem Bund, den Ländern und Gemeinden sowie Finanzzuweisungen) und § 3 F-VG (Länder sind berechtigt, durch Landesgesetz von den Gemeinden/Gemeindeverbänden eine Umlage zu erheben) vorgesehenen Regelungen in Übereinstimmung mit der Verteilung der Lasten der öffentlichen Verwaltung auszugestalten. Dabei ist darauf Bedacht zu nehmen, dass die Grenzen der Leistungsfähigkeit der beteiligten Gebietskörperschaften nicht überschritten werden. Für diese Klausel fehlen jedoch operationale Hinweise, an welchen Maßstäben die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit beurteilt werden können.

© Foto: Getty Images

Abbildung: Überschuss der operativen Gebarung 2021 bis 2025, in Prozent



Quelle: KDZ; eigene Berechnung (2024), auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2001 bis 2022 plus KDZ-Gemeindefinanzprognose vom Juni 2024.

Dem wurde im Beitrag „Gemeindeautonomie und Finanzausgleich – finanzstatistische Befunde“[1] mit Fokus auf die österreichischen Gemeinden nachgegangen. Dabei wird analysiert, wieweit die finanzielle Entwicklung der Gemeinden auf der Einnahmen- und Ausgabenseite in einem längerfristigen Zeitraum von rund 20 Jahren (2001 bis 2022 – mit Ausblick auf 2025) die Gemeindeautonomie gestärkt oder geschwächt hat.

Zentrale Ergebnisse

Die Gemeindeautonomie wurde in den letzten zwei Jahrzehnten durch den Finanzausgleich geschwächt. Dies wird auch durch den aktuellen FAG 2024 fortgesetzt: Es ist eine sinkende Bedeutung der gemeindeeigenen Abgaben für das Einnahmenaufkommen evident. Der Anteil der eigenen Steuern an den operativen und Kapitaltransfereinzahlungen ist von 19,7 Prozent (2001) auf 18,3 Prozent (2022) gesunken. Eine zentrale Ursache dafür ist die unterlassene Reform der Grundsteuer. Die Dynamik der Kommunalsteuer konnte dies nicht ausgleichen. Im Gegenzug hat die Bedeutung von Mitteln aus Ertragsanteilen und Zuschüssen zugenommen.

Steigende Lasten im Sozial- und Gesundheitsbereich werden anteilig an die Gemeinden über Umlagen weitergegeben. Diese dienen primär der Mitfinanzierung von Landesaufgaben, eine Mitgestaltung und -bestimmung ist für die Gemeinden in diesen Bereichen gering bis gar nicht gegeben bzw. möglich. Die Sozialhilfe- und Krankenanstaltenumlage haben sich seit 2001 verdreifacht, die Ertragsanteile hingegen nur etwas mehr als verdoppelt. Die Folge ist, dass ein steigender Anteil der Gemeindeertragsanteile gar nicht die Gemeinden erreicht, sondern durch die Länder einbehalten wird. Dieser Anteil an Umlagenzahlungen ist von 35 Prozent (2001) auf 46 Prozent (2022) der Ertragsanteile gestiegen und kann sich angesichts der aktuellen Dynamik 2024/25 auf über 60 Prozent erhöhen. Auch unter Berücksichtigung der Transferzuschüsse durch die Länder erhöht sich der aus Gemeindesicht negative Transfersaldo substanziell. Die Verdreifachung (3,1 Mrd. Euro 2022 statt 1,0 Mrd. 2001) bedeutet, dass nunmehr 32 Prozent (2022) der Ertragsanteile statt 25 Prozent abgeschöpft werden.

Aufgrund der verstärkten Bindung der Steuermittel in den genannten Umlagen reduziert sich das Potenzial zur Finanzierung der Kernaufgaben der Gemeinden. So entsteht in kommunalen Kernbereichen (wie z. B. der Kinderbetreuung) eine wachsende Transferabhängigkeit von Bund und Ländern.

Die unzureichende Mittelausstattung aus dem Finanzausgleich zur Finanzierung der kommunalen Kernaufgaben – Bildung, Infrastruktur und öffentlicher Personenverkehr, Kultur- und Freizeitinfrastruktur sowie Klimaschutz – verschlechtert sich weiter und wird durch die Einnahmen-Ausgaben-Schere in den nächsten Jahren verstärkt.

Der Überschuss der operativen Gebarung ist seit 2001 nachhaltig gesunken. In den 2010er-Jahren ist er rund ein Viertel niedriger als 2001. Ab 2023 beträgt er etwa die Hälfte des Wertes von 2001 (wie auch des Ausnahmejahr 2022).

Die Folge ist, dass sich der finanzielle Spielraum der Gemeinden in den letzten Jahren halbiert hat. Die Ausgaben – insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales – sind wesentlich stärker gestiegen als die Einnahmen. Die Finanzmittelausstattung der Gemeinden hält mit der Aufgaben- und Ausgabendynamik nicht Schritt. Verstärkt wird dies noch dadurch, dass von den Gemeinde-Ertragsanteilen zuerst die Landesumlagen (inkl. Gesundheit und Soziales) abgezogen werden und mit den verbleibenden schrumpfenden Mitteln die kommunalen Kernaufgaben der Daseinsvorsorge zu finanzieren sind. Richtig wäre, dass zuerst diese Kernaufgaben mit den Gemeinde-Ertragsanteilen finanziert werden, die verbleibenden Mittel könnten dann für die Mitfinanzierung von Landesaufgaben dienen.

Reformbedarf

Zur Stärkung und Sicherung der Gemeindeautonomie ergibt sich ein vielfältiger Reformbedarf, im Anschluss seien die wichtigsten Ansätze kurz angerissen.

Die Aufgaben- und Transferentflechtung erfordert eine Reduktion der Mitfinanzierung in den Bereichen Soziales, Gesundheit und Kinderbetreuung und eine klare



NEUES FAG-HANDBUCH

Grundlagen zum Finanzausgleich, Kommentare, Stellungnahmen und Bedarfe zur Weiterentwicklung.

Von Helfried Bauer, Peter Biwald, Karoline Mitterer (Hg.)

ISBN 978-3-7083-4223-8

Gebunden, 568 Seiten, € 68,–

www.verlagoesterreich.at

Zuordnung der Kompetenzen (z. B. Gemeinden sind für Kinderbetreuung verantwortlich, die Länder für Gesundheit; Soziales ist eine gemeinschaftliche Aufgabe, in kooperativen Strukturen, mit abgestimmter Finanzierung).

Die Aufgaben- und Ausgabenentwicklung im vertikalen Finanzausgleich ist künftig verstärkt zu berücksichtigen. So weist das WIFO in einer Studie aus 2020[2] einen hohen strukturellen Ausgabendruck der Länder und Gemeinden nach. Beispielhaft für den Bereich der Pflege wird auch dargelegt, dass die hohe subnationale Ausgabendynamik in den kommenden Jahren womöglich anhalten wird, was sich in einer weiteren höheren Dynamik der Sozialhilfeumlage niederschlagen wird. In einer weiteren WIFO-Studie[3] wird auf Basis des Finanzausgleichs 2024 festgehalten, dass Länder und Gemeinden sich 2024 bis 2028 tendenziell vom Ziel eines Haushaltsausgleichs entfernen. Die Ursache dafür liegt in der Ausgabensteigerung auf subnationaler Ebene – speziell in den Bereichen Gesundheitswesen, Elementarbildung, Soziales und Pflege –, mit der die Einnahmenentwicklung nicht mithalten kann. Es bedarf daher einer Weiterwicklung und Anpassung des vertikalen Finanzausgleichs an die tatsächliche Aufgaben- und Ausgabenentwicklung. Dies wird auch durch die aktuelle WIFO-Studie zu „Inflation und Budgets in den Bundesländern“[4] bestätigt, wonach zwischen 2022 und 2025 die Einnahmen von Ländern und Gemeinden um 17,5 Mrd. Euro steigen werden, während die Ausgaben um 31,7 Mrd. Euro zunehmen – eine Lücke von 14,2 Mrd. Euro.

Der Ausbau der Abgabenautonomie stärkt die Gemeindestrukturen und reduziert die Abhängigkeit von den gemeinschaftlichen Bundesabgaben. Im Mittelpunkt steht aktuell die Reform der Grundsteuer, die einerseits zu einer rechtlichen Sicherung der Gemeindeabgaben beitragen soll, andererseits auch zu einer Dynamisierung des Abgabenaufkommens und zu einer reformbedingten Erhöhung (gegen Abtausch bei anderen Abgaben) führen kann. Ein weiterer Reformpunkt ist das Umsetzen der Leerstandsabgabe, einerseits als Steuerungsinstrument zur Bereitstellung von Wohnraum, andererseits als Instrument zum teilweisen Ausgleich der „Leerstandskosten“ (geringere Steuern, nicht gedeckte Infrastrukturausgaben), die den Gemeinden entstehen.

Schließlich bedarf es eines institutionalisierten landesinternen Finanzausgleichs, in dem die Länder mit den Gemeinden auf Augenhöhe den sekundären und tertiären Finanzausgleich klären. Zentrale Themen wären der Umfang des Transfersystems, die Ziele in den zentralen Aufgabenfeldern der gemeinschaftlichen Finanzierung sowie das erforderliche Ausmaß des Lastenausgleichs und des – davon getrennten – Ressourcenausgleichs. Die rechtlichen Voraussetzungen wären dazu – idealerweise – in der Finanzverfassung sowie im Finanzausgleichsgesetz zu schaffen.

Ein weiteres – offenes – Thema betrifft die Gemeindestrukturen. Zur Stärkung und Sicherung der Gemeinde als subnationale Ebene im föderalen System bedarf es Strukturreformen. Neben dem Fusionsansatz könnte auch der Ansatz der Region mit eigenem Statut (als Alternative zur Gebietsgemeinde) verfolgt werden. Dies könnte neben einer strukturellen Stärkung auch eine Verbesserung der regionalen Entwicklung inklusive der Infrastruktur vor Ort und in der Region, der regionalen Raumplanung wie auch der gemeinsamen Leistungserbringung der regionalen/kommunalen Aufgaben mit sich bringen. Dies könnte in demokratischen Strukturen (mit gewählten Vertretungen) erfolgen und die finanzielle Leistungsfähigkeit der regionalen/kommunalen Ebene stärken.

1 Verfasst von Peter Biwald, Marion Jonas; in: Bauer, H., Biwald, P., Mitterer, K. (2024); Finanzausgleich 2024 – ein Handbuch, Wien, S. 450–467

2 Klien, M., Pitlik, H., Firgo, M. & Famira-Mühlberger, U. (2020). Ein Modell für einen strukturierten vertikalen Finanzausgleich in Österreich; WIFO-Bericht. Wien.

3 Loretz, S. & Pitlik, H. (2024). Österreichischer Stabilitätspakt 2012 und föderative Lastenverschiebungen – eine Projektion für die Jahre 2024 bis 2028. WIFO-Bericht. Wien.

4 Loretz, S., Pitlik, H., Schratzenstaller, M. (2024). Inflation und Budgets der Bundesländer in Österreich. WIFO-Bericht. Wien



STRIESSNIG
WIEN

CORPORATE FASHION
KRAWATTEN TÜCHER SCHALS ACCESSOIRES

FARBEN LOGO MUSTER STRUKTUR

IHR DESIGN

Mit Accessoires in Ihrem Eigendesign können Sie Ihr CI sehr effizient und kostengünstig vermitteln. **Krawatte, Tuch, Masche oder Schal** sind leicht gebunden, eingesteckt, umgelegt oder drapiert.

So lassen auch Sie Ihre MitarbeiterInnen schnell und einfach in neuem Glanz erstrahlen.

ALLWERK BEKLEIDUNG GMBH | Abteilung Striessnig
Theresienthalstraße 2 | 4810 Gmunden
Tel. +43 7612 705020 | Mobil:+43 676 6706902
office@striessnig.at | b.krumpas@striessnig.at

www.striessnig.at



Mit uns reden!

Die Städtebund-Forderungen an die neue Bundesregierung

Oliver Puchner, GS Thomas Weninger, Österreichischer Städtebund

Die Wahlen sind geschlagen. Welche Regierung sich am Ende der Verhandlungen nun auch immer zusammenfindet, sie wird sich mit den drängendsten Anliegen der Städte und Gemeinden befassen müssen. Dabei gilt getreu der Resolution des 73. Städtetages in Wiener Neustadt: „Nicht über uns reden, mit uns reden".

Die Auswirkungen politischer Entscheidungen, aber auch von politischer Untätigkeit, werden zuallererst vor Ort spürbar und müssen auf kommunaler Ebene bewältigt werden. Österreichs Städte und Gemeinden müssen daher – angemessen ihrer Relevanz – bei sämtlichen grundsätzlichen und strategischen Entscheidungen des Bundes als ernsthafte und gleichberechtigte Partnerinnen von Anfang an bei allen die kommunale Ebene betreffenden Vorhaben miteinbezogen werden.

Die vorige Bundesregierung hat die dramatische Lage der Städte und Gemeinden erkannt und erste Schritte gesetzt. Die dahinterliegenden strukturellen Probleme müssen von der neuen Bundesregierung auf Augenhöhe mit den kommunalen Verbänden angegangen werden. Dafür ist unter Beiziehung von externen Expert:innen ein Kommunalgipfel zeitnah einzuberufen.

Kommunale Leistungen absichern

Die wesentliche Problematik liegt in den unterschiedlichen Dynamiken in den Aus- und Aufgabenbereichen der Gebietskörperschaften und der fehlenden Anpassung der vertikalen Verteilung der gemeinschaftlichen Einnahmen im Rahmen des letzten Finanzausgleiches (FAG); so ist die langfristige Finanzierbarkeit der kommunalen Leistungserbringung nicht gesichert. Nicht zuletzt die vom Finanzministerium beauftragte Langzeitprognose des WIFO vom 21. 12. 2022 zeigt eindeutig, dass die Kosten der Bereiche Pflege, Gesundheit und Bildung weit überproportional zu anderen Bereichen steigen und weiterhin steigen werden.[1] Diese Aufgaben liegen im Verantwortungsbereich der Städte und Gemeinden (sowie der Länder). In Vorbereitung des nächsten FAG sind dafür die Ausgabendynamiken der Gebietskörperschaften unter Beiziehung wissenschaftlicher Begleitung zu evaluieren.

Städte und Gemeinden springen ein

Dazu kommt die bedauerliche Praxis, Städten und Gemeinden stets neue Aufgaben zu übertragen, ohne deren langfristige Finanzierung sicherzustellen, aufgrund derer Städte und Gemeinden zunehmend an ihre finanziellen Grenzen stoßen (grauer Finanzausgleich). Sei es, dass durchaus sinnvolle Qualitätsverbesserungen (Senkung der Gruppengrößen im Kindergarten etc.) eingeführt werden oder dass die Kommunen einspringen sollen, wie beispielsweise bei der Unterstützung der Antragstellung für den Handwerkerbonus, der Installation der

© Foto: Markus Wache

ID-Austria auf einer Unzahl unterschiedlicher Mobilfunkgeräte oder die Fotoaufbringung auf der e-card (um nur einige zu nennen). Stets wird davon ausgegangen, dass die Städte und Gemeinden das schon irgendwie bewältigen. Gemäß § 17 Abs. 4 Z 2 BHG sind die finanziellen Auswirkungen von Rechtsvorschriften des Bundes auf am Finanzausgleich beteiligte Gebietskörperschaften im Rahmen des Gesetzesentwurfes darzustellen. Dieser Pflicht kommt der Bund nur in sehr unzureichendem Ausmaß nach. Es gilt also, die Kostenauswirkungen auf kommunaler Ebene entsprechend der gesetzlichen Verpflichtung ernst zu nehmen und die Qualität der Folgenabschätzungen in diesem Bereich entsprechend zu steigern.
Neben den Mehrausgaben durch neue Aufgaben sind es auch die Mindereinnahmen aufgrund von steuerpolitischen Maßnahmen des Bundes (wie insbesondere die Abschaffung der Kalten Progression), welche die kommunalen Budgets massiv belasten. Die derzeitige Praxis einer bloßen im Nachhinein erfolgenden Information über die Vorhaben ist ungenügend; echte Verhandlungen müssen anders aussehen. Sollte es diese nicht geben, ist ein automatischer Ausgleich anzudenken.

Klimawandel & mehr stemmen

Dies ist auch deshalb notwendig, um dem Klimawandel mit aller Kraft und Ernsthaftigkeit begegnen zu können. Der Bund hat dabei seine Aufgabe der gesamtstaatlichen Koordination wahrzunehmen und ein Miteinander aller staatsrelevanten Institutionen (Interessenvertretungen, zivilgesellschaftliche Organisation, Wirtschaft, Medien usw.) zu fördern.
Mit den Leistungen der Daseinsvorsorge erfüllen Städte und Gemeinden wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die nicht nach rein ökonomischen Gesichtspunkten beurteilt werden können. Die neue österreichische Bundesregierung hat dafür Sorge zu tragen, dass die Bereitstellung von Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge durch Vorgaben und Liberalisierungsbestrebungen – sowohl auf nationaler Ebene als auch in der EU – nicht verunmöglicht oder unverhältnismäßig erschwert wird. Ein Dauerbrenner hierbei ist etwa die Frage der Umsatzsteuer bei Gemeindekooperationen.

Personalfragen

Damit die Kommunen ihren Aufgaben gerecht werden können, braucht es neben den oben angesprochenen finanziellen Mitteln auch ausreichend motivierte Mitarbeiter:innen. Demografische Veränderungen und anstehende Pensionierungen in zunehmender Anzahl stellen Städte und Gemeinden in den nächsten Jahren vor große personelle Herausforderungen. Dies betrifft sowohl die Kommunalpolitik als auch die kommunale Verwaltung. Die neue Bundesregierung wird aufgefordert, der abnehmenden Bereitschaft zur Ausübung politischer Ämter mit Maßnahmen zur Attraktivierung der Kommunalpolitik entgegenzuwirken. Ein Fokus ist dabei auf junge Menschen zu richten (insb. auf derzeit massiv unterrepräsentierte junge Frauen). Die neue Bundesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, die Leistungen und den Einsatz der Mitarbeiter:innen in der öffentlichen Verwaltung zu würdigen und zu unterstützen.

Wie geht es den Städten?

Um all die angesprochenen Punkte – und natürlich auch die vielen konkreteren Forderungen aus der Resolution des Städtetages (www.staedtebund.gv.at/ePaper/forderungen_2024_neu) – strukturiert abarbeiten zu können, ist ein Mal pro Legislaturperiode – so wie dies in Deutschland der Fall ist – vonseiten der Bundesregierung ein umfassender Bericht über die Lage der Städte und Gemeinden in Österreich dem Nationalrat vorzulegen. Der/Die Präsident:in des Österreichischen Städtebundes sowie jene:r des Österreichischen Gemeindebundes erhält bei der öffentlichen Behandlung des Berichts im Nationalrat Rederecht. Die kommunalen Vertreter:innen sind jederzeit für Gespräche mit der neuen Bundesregierung bereit!

1 Eine Einschätzung, die auch die Europäische Kommission in ihrem jüngsten Länderbericht zu Österreich teilt (Commission Staff Working Document 2024 – Country Report – Austria, Seite 11).



REDEN SIE MIT UNS!

Forderungskatalog an die neue Bundesregierung.



Der digitale Euro – die Zukunft des Geldes

Der digitale Euro (D€) wäre ein elektronisches Zahlungsmittel, das Bargeld dort ergänzen soll, wo es nicht hinreicht. Somit würde der D€ als digitales Zentralbankgeld für die Bürger:innen des Euroraums eine weitere Zahlungsmöglichkeit darstellen.

Petia Niederländer, Oesterreichische Nationalbank

Im Grunde kann zwischen zwei Arten von Geld unterschieden werden. Auf der einen Seite steht Zentralbankgeld, dieses wird von Zentralbanken ausgegeben und ist für die Allgemeinheit in Form von Münzen und Banknoten zugänglich. Auf der anderen Seite steht privates Geld, dieses wird von Geschäftsbanken ausgegeben und existiert in digitaler Form auf Bankkonten. In den letzten Jahren ist die Nutzung von Bargeld stark zurückgegangen und Zahlungen verlagerten sich vermehrt in den digitalen Raum. In diesen digitalen Raum konnte Zentralbankgeld bisher nicht folgen und die Rolle von privatem Geld wurde größer. Dadurch stieg auch die Abhängigkeit von privaten Zahlungsverkehrsdienstleistern. Aktuell werden zwei Drittel aller elektronischen Zahlungen im Euroraum von nur zwei Zahlungsanbietern abgewickelt. Diese Zahlungsanbieter sind sowohl privat als auch nicht-europäisch, was wiederum die Souveränität und Autonomie des europäischen Zahlungsverkehrs massiv einschränkt. Genau hier soll der digitale Euro als digitales Zentralbankgeld eingreifen. Er soll eine Alternative zu privatem Geld darstellen und die Autonomie des europäischen Zahlungsverkehres stärken.

Zusätzliches Zahlungsmittel

Der digitale Euro wäre also ein gesetzliches Zahlungsmittel für den digitalen Raum, das einheitliches Bezahlen im gesamten Euroraum ermöglichen soll. Er soll sowohl bei Zahlungen zwischen Privatpersonen als auch bei Zahlungen bei Geschäften, sowohl online als auch physisch, einsetzbar sein. Auch bei Zahlungen von und zu öffentlichen Stellen, also Steuern oder Zulagen und Subventionen, soll der D€ zum Einsatz kommen. Durch seinen Status als gesetzliches Zahlungsmittel ist dem digitalen Euro eine breite Akzeptanz garantiert. Alle Unternehmen, die digitale Zahlungen akzeptieren, werden den digitalen Euro akzeptieren müssen. Bürger:innen haben eine Wahlfreiheit, ob sie den digitalen Euro nutzen wollen.

Wie bei der Produktion von Banknoten und Münzen trägt das Eurosystem auch bei der Ausgabe des digitalen Euro seine eigenen Kosten. Die Nutzung von Basisfunktionen ist für Bürger:innen somit kostenfrei. Auch für den Handel werden

© Foto: Getty Images

die Kosten durch niedrigere Gebühren sinken. Neben den kostenlosen Basisdienstleistungen, die im Grunde alles inkludieren, was für reguläre Zahlungen mit dem digitalen Euro notwendig ist, steht es finanziellen Intermediären, z. B. Banken, allerdings frei, Zusatzdienstleistungen anzubieten, um Kundenbeziehungen zu stärken.

Privatsphäre

Für Endnutzer:innen wird der digitale Euro sowohl online als auch offline zur Verfügung stehen. Ein Hauptaugenmerk des Eurosystems liegt dabei auf der Wahrung von Privatsphäre. Es ist dabei zu erwarten, dass der Online-D€ ein Niveau an Privatsphäre haben wird, das mit existierenden Zahlungsarten vergleichbar ist. Bei der Offline-Version sind bargeldähnliche Eigenschaften vorgesehen, die die höchstmögliche Privatsphäre erlauben, die im Einklang mit EU-Regularien möglich ist.

Um Finanzmarktstabilität zu gewährleisten, wird es ein Bestandslimit für das Halten vom digitalen Euro für Endnutzer:innen geben. Dies verhindert auch, dass Banken ihre Funktion als Intermediär verlieren. Die genaue Höhe dieses Bestandslimits wird erst kurz vor der Einführung genau definiert. Für Unternehmen und Behörden soll grundsätzlich eine Null-Bestandsgrenze gelten; für sie soll also kein Halten von digitalem Euro möglich sein. Der digitale Euro ist somit für Transaktionen vorgesehen und nicht als Anlagegut.

Finanzielle Inklusion

Ein weiteres Kernthema bei der Entwicklung des digitalen Euro ist finanzielle Inklusion.
Durch die Offline-Nutzbarkeit wird der Einsatz auch in Regionen mit schlechter Netzinfrastruktur möglich sein. Ein einfacher Aufbau der digitalen Euro-App sowie zusätzliche Funktionalitäten und Hilfe durch Behörden sollen den digitalen Euro auch für Menschen mit schlechten digitalen oder finanziellen Kompetenzen zugänglich machen, dies inkludiert sowohl Senior:innen als auch Personen mit Behinderung oder funktionaler Einschränkung.

Aktueller Stand

Aktuelle Informationen und Pläne basieren auf dem Vorschlag für die Verordnung des digitalen Euro. Der Vorschlag stellt den aktuellen Verhandlungsstand dar, ist allerdings noch nicht beschlossenes Gesetz. Eine fertige Verordnung wird Mitte 2025 erwartet.
Der digitale Euro würde Bargeld also ergänzen und nicht ersetzen. Er wäre ein gesetzliches Zahlungsmittel, das digitales, privates und sicheres Bezahlen im gesamten Euroraum ermöglicht. In einer vermehrt digitalen Gesellschaft wäre ein digitaler Euro für unsere gemeinsame Währung ein großer Schritt nach vorne.



Nachhaltigkeitsaspekte bei kommunalen Finanzierungen

Nachhaltigkeitsaspekte verändern den Zugang zu Finanzierungen und haben bereits jetzt Einfluss auf die Kreditvergabe. Künftig werden auch Kommunen und deren Investitionsvorhaben noch mehr davon betroffen sein.

Der Finanzsektor spielt bei der Transformation hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft eine zentrale Rolle. Allein in Österreich werden bis 2030 Investitionen von ca. EUR 145 Mrd. notwendig, um die ehrgeizigen Klimaziele der EU bis 2040 zu erreichen. Die Transformation erfasst auch den öffentlichen Sektor und macht Investitionen in eine nachhaltige Infrastruktur immer dringlicher.

Gemäß EU-Aktionsplan sollen Banken ihre Kapitalflüsse in Richtung nachhaltige Investitionen lenken, um ein nachhaltiges und sozialverträgliches Wachstum der Realwirtschaft zu fördern. Auch wenn für Kommunen derzeit noch keine Berichtspflichten bestehen, verlangen Banken zunehmend auch von den Gebietskörperschaften einen Nachweis über die nachhaltige Verwendung von Finanzierungen.

Nach welchen Kriterien werden daher Finanzierungen neuerdings vergeben?



Regulatorische Anforderungen

Die EU hat zur Unterstützung der Transformation ein umfangreiches Regelwerk für Unternehmen und Banken erstellt.

Die „Corporate Sustainability Reporting Directive“, kurz „CSRD“, verpflichtet schrittweise alle Unternehmen in der EU und auch Banken, detaillierte Informationen über ihre Nachhaltigkeitsleistung in der Bilanz zu veröffentlichen. Die EU-Taxonomie hilft dabei, Wirtschaftstätigkeiten von Unternehmen als ökologisch nachhaltig zu klassifizieren und Banken den notwendigen Nachweis für eine Finanzierung zu erbringen.

Ein wichtiger Indikator für die Lenkungsfunktion von Banken ist die Veröffentlichung der „Green Asset Ratio“, die das Verhältnis der nachhaltigen Risikopositionen zu den gesamten Vermögenswerten einer Bank misst. Der Anteil der „grünen“ („taxonomiekonformen“) Finanzierungen an den Gesamtfinanzierungen soll in den nächsten Jahren messbar größer werden und Banken werden damit vergleichbar, gleichzeitig verhindert die Regulatorik ein Greenwashing.

Finanzinstitute brauchen zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben (EBA-Leitlinie) aber auch umfangreiche ESG-Daten ihrer Kund:innen (Firmen und Kommunen), die in Kreditrisiko-Entscheidungen und Sicherheiten-Bewertungen integriert werden müssen.

Klimarisiken = höheres Kreditrisiko

Zusätzlich zu den finanziellen Daten über die Kreditfähigkeit werden von den Kund:innen nun auch Angaben zum Nachhaltigkeitsrisiko verlangt. Physische Risiken ergeben sich als direkte Folge von Klimaveränderungen, dazu zählen

© Foto: Getty Images

Extremwettereignisse (z. B. Hochwasser, lang anhaltende Trockenperioden, Hagel, Murenabgänge), welche Schäden oder Umsatzausfälle verursachen und damit zu einem Kreditrisiko werden können. Transitionsrisiken hingegen resultieren aus gesetzlichen und politischen Änderungen sowie einem veränderten Konsumverhalten, die Unternehmen dazu zwingen, ihre Geschäftsmodelle anzupassen. Auch dadurch können hohe Belastungen entstehen, die ein Kreditrisiko beeinträchtigen.
Banken fragen daher verstärkt nach Maßnahmen und Zielen von Unternehmen und Kommunen, um diese Nachhaltigkeitsrisiken zu bewältigen und langfristige Stabilität zu gewährleisten.

Welche Daten braucht die Bank?

Banken verwenden für Unternehmen üblicherweise Fragebögen, um die Betroffenheit ihrer Kund:innen von Nachhaltigkeitsrisiken zu messen und in ihre Ratingmodelle und Kreditentscheidungen einzubeziehen. Es werden beispielsweise Treibhausgas-Emissionsdaten (Score 1,2,3), Daten zum Energie- und Wasserverbrauch, der Abfallquote, aber auch hinsichtlich konkreter Reduktionsziele und ESG-Verantwortlichkeiten im Unternehmen erfragt. Da aber jede Bank einen eigenen Fragebogen in Verwendung hatte, wurde von der OeKB gemeinsam mit den Banken eine Lösung zur Harmonisierung entwickelt. Der OeKB > ESG Data Hub bietet nun eine Plattform für Unternehmen, um ihre Daten in einer standardisierten Form einzugeben und den teilnehmenden Banken die Nutzung der Daten zu ermöglichen.

Wie unterstützen Banken?

Banken haben ihr Angebot an nachhaltigen Produkten erweitert, um Unternehmen und Kommunen bei ihrer Transformation zu unterstützen. Sustainable Finance unterscheidet generell zwischen „Use of Proceeds“, bei dem der Verwendungszweck der Mittel nachgewiesen werden muss, und „ESG-linked“ Finanzierungen, die an die Nachhaltigkeitsentwicklung eines Unternehmens gebunden sind. Kommunen können Sustainable Finance nutzen, indem sie grüne oder soziale Verwendungszwecke nachweisen. Beispiele für grüne Investitionen sind der Ausbau an erneuerbarer Energie, eine Verbesserung der Energieeffizienz, nachhaltiges Wassermanagement oder Kreislaufwirtschaft. Als Nachweis müssen hier entsprechende CO2-Daten oder für grüne Gebäude ein Energieausweis zur Verfügung gestellt werden. Zu den sozialen Investitionen gehören die Errichtung oder Modernisierung von Schulen und Kindergärten, die Errichtung von Alten- und Pflegeeinrichtungen oder leistbares Wohnen. Auch hier muss ein Nachweis über die Verwendung, z. B. eine Projektbeschreibung oder die Anzahl der Begünstigten, beigebracht werden.
ESG-linked loans eignen sich für ausgelagerte Unternehmen mit einer klaren Nachhaltigkeitsstrategie und bereits veröffentlichten Nachhaltigkeitszielen, zum Beispiel für Energieversorger. Kapitalmarktprodukte wie Green Bonds oder nachhaltige Schuldscheindarlehen, sind etwas aufwendiger in der Dokumentation und daher eher für größere Unternehmen und Städte geeignet.

Transition im Fokus

Eine weitere Möglichkeit bietet Transition Finance, wodurch die schrittweise Umstellung auf eine CO2-neutrale, klimaresistente und ökologisch nachhaltige Wirtschaft unterstützt werden soll. Wichtig ist hier, dass das Geschäftsmodell und die gesamte Unternehmensstrategie mit dem Pariser Abkommen im Einklang stehen. Im Mittelpunkt stehen vor allem CO2-intensive Sektoren, wie die Energieerzeugung, die Industrie, der Verkehr und die Bau- und Immobilienbranche.
Unterstützt werden bei Transition Finance langfristige Investitionen, die nachweislich zur Umsetzung der Klima- und Umweltziele beitragen, die strikten Kriterien der Taxonomie aber noch nicht vollständig erfüllen. Als Nachweis wird von den Banken ein sogenannter „Transition Plan“ verlangt, der sich auf konkrete, quantifizierbare und objektive Klima- und Umweltziele konzentriert und nachvollziehbare Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele beinhaltet. Der Plan sollte daher glaubwürdig sein und wird für die Dauer der Finanzierung jährlich überprüft.

Gemeinsam in eine nachhaltige Zukunft

Hohe Investitionen sind notwendig, um sowohl den privaten als auch den öffentlichen Sektor ökologisch nachhaltig umzugestalten. Finanzierungen werden nicht mehr nur nach finanziellen Aspekten vergeben, sondern müssen auch Nachhaltigkeitskriterien erfüllen, um den konkreten Beitrag zur Transformation zu dokumentieren. Auch wenn die Berichtspflichten der CSRD und EU-Taxonomie zunächst nur für Unternehmen gelten, werden mittelfristig entsprechende Standards auch für Kommunen erwartet und schon jetzt von Banken eingefordert.
Die UniCredit Bank Austria unterstützt ihre Kund:innen bei der Transformation mit einer entsprechenden Beratung und nachhaltigen Finanzprodukten. 2023 und 2024 wurde die Bank Austria dafür von Euromoney als „Best Bank for ESG“ in Österreich ausgezeichnet.

Nachhaltigkeitscheckliste
Kommunen können ab sofort auf praxisplaner.at neben den bereits bekannten Funktionen ihr Investitionsvorhaben anhand von Nachhaltigkeitskriterien einschätzen, um einen strukturierten Überblick zur Nachhaltigkeit des Projektes zu erlangen. Die neue kostenlose „Nachhaltigkeitscheckliste“ unterstützt Gemeinden, bei Investitionsvorhaben verstärkt darauf zu schauen, die Vorgaben der EU unter dem Deckmantel der Taxonomie zu erfüllen.



MARY-ANN HAYES,

ESG Expertin – Corporates Division, UniCredit Bank Austria AG

© Foto: UniCredit Bank Austria AG



Nachhaltigkeit meistern

Praxisnahe Unterstützung für Städte und Gemeinden bei Fremdfinanzierungen

Dalilah Pichler und Alexandra Schantl,
KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

© Foto: Getty Images

Spätestens seit dem Beschluss der Agenda 2030 für eine nachhaltige Welt im Jahr 2015 hat der Begriff Nachhaltigkeit eine neue, ganzheitliche Ausrichtung bekommen.
Mit den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen – hinlänglich auch als SDGs bekannt – soll Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen verankert werden. Dieser Anspruch, gepaart mit dem steigenden Bewusstsein über die Auswirkungen des Klimawandels auf Umwelt und Gesellschaft, erfordert ein beachtliches Mehr an zukunftsfähigen Praktiken bei Unternehmen und Gebietskörperschaften. Dies betrifft zunehmend auch den Finanzierungsbereich (Stichworte: nachhaltige öffentliche Finanzen, Klimabudgets etc.). Auf EU-Ebene wurden dahingehend im Rahmen des European Green Deals zwei wesentliche Verordnungen erlassen, die zwar a priori nicht zur nachhaltigen Finanzierung verpflichten, aber Auswirkungen auf die Vergabe von Fremdmitteln haben: die Richtlinie zur nicht-finanziellen Nachhaltigkeitsberichterstattung für Unternehmen [(EU) 2022/2464] und die EU-Taxonomie-Verordnung [(EU) 2020/852]. Beide betreffen heute schon kommunale Unternehmen, die eine bestimmte Größe aufweisen und kapitalmarkorientiert sind.

ESG-Kriterien und EU-Taxonomie als Voraussetzung?

Aus der Investoren- und Bankenwelt ist ein Akronym hervorgegangen, das die nicht-finanziellen Aspekte von Unternehmen zusammenfassen soll: ESG. Dabei steht das „E“ für „Environment“ und umfasst Kriterien zum Umweltschutz. Das „S“ steht für „Social“ und bezieht sich auf Arbeitsrechte, Arbeitsbedingungen und Menschenrechte in der Lieferkette. Das „G“ schließlich steht für „Governance“ und bezieht sich auf verantwortungsvolle Unternehmensführung, einschließlich ethischer Führung, Korruptionsbekämpfung, Transparenz und Compliance. Die Erfüllung dieser ESG-Kriterien wird zunehmend von Banken bei Kreditnehmer:innen gefordert, da auch Finanzdienstleister in die Pflicht genommen werden, in nachhaltige Wirtschaftszweige zu investieren und diese mit besseren Kreditkonditionen zu fördern. Allerdings sind die ESG-Kriterien bis dato nicht standardisiert, wodurch Anforderungen und Nachweise bei Finanzierungsinstitutionen variieren und unterschiedlich gehandhabt werden.

Projektname	Kanalabschnitt Hauptplatz
Projektbeschreibung	Kanalabschnittsanierung
Kategorie (Pflichtfeld für Ergebnisdarstellung)	Abwasseranlagen/Kanal
Bereich (bitte auswählen)	
Projektvolumen	€ 500.000,00
Projektzeitraum	05.2024-12.2024
Projektleitung	Dalilah Pichler
Nachhaltigkeitskoordinator:in der Gemeinde	Alexandra Schantl

Ökologische Kriterien (E)	Erfüllt
Soziale Kriterien (S)	Erfüllt
Governance Kriterien (G)	Erfüllt
Das Projekt bejaht alle taxonomierelevanten Fragen.	Ja
Mehrerträge p.a. durch Investition	€ 20.000,00
Mehraufwendungen p.a. durch Investition	€ 10.000,00
Investitionskosten	€ 500.000,00

Übersichtsblatt der Nachhaltigkeitscheckliste von praxisplaner.at

Die EU-Taxonomie ist ein Regelwerk, das definiert, welche Wirtschaftstätigkeiten unter welchen Voraussetzungen als nachhaltig eingestuft werden dürfen. Dafür wurden für unterschiedliche Wirtschaftszweige technische Kriterien festgelegt, um Umsätzen, Aufwendungen und Investitionen der Wirtschaftstätigkeit „Taxonomiekonformität“ zu bestätigen. Zentral dabei ist, dass keines der Umweltziele durch die Maßnahme(n) erheblich beeinträchtigt wird („Do No Significant Harm“-Kriterium). Konkret verfolgt die ökologische Taxonomie sechs Umweltziele:

- Klimaschutz,
- Klimawandelanpassung,
- Nachhaltige Nutzung und Schutz von Wasser- und Meeresressourcen,
- Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft,
- Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung sowie
- Schutz und Wiederherstellung der Biodiversität und der Ökosysteme.

Genannte Wirtschaftszweige beinhalten auch Bereiche, die in den Zuständigkeitsbereich von Gemeinden fallen wie beispielsweise der Bau und die Sanierung von Gebäuden oder der Betrieb von Abwasser- und Trinkwasserversorgungsanlagen. Gemeinden können sich somit an diesen Vorgaben orientieren, um zu prüfen, inwieweit ihre Projekte ökologisch nachhaltig sind.
Gemeinden sind aktuell nicht gesetzlich verpflichtet, die ESG-Kriterien oder die Vorgaben der EU-Taxonomie zu erfüllen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass diese Anforderungen mittelfristig auch für Gemeinden relevant werden könnten, insbesondere bei Kreditansuchen und Förderanträgen.
Während die SDGs primär einen Orientierungsrahmen für die strategische Ausrichtung von Städten und Gemeinden bieten oder in die Haushaltsplanung integriert werden können (Stichwort SDG-Budgeting), werden ESG-Kriterien und EU-Taxonomie mit ihren Indikatoren

Agenda 2030
Im Jahr 2015 haben die Vereinten Nationen die Agenda 2030 verabschiedet und damit 17 globale Nachhaltigkeitsziele, die Sustainable Development Goals (SDGs), für eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Entwicklung gesetzt.

ESG
Environmental Social Governance – Umwelt, Soziales und Unternehmensführung – wird als weitgefasster Begriff für CSR (Corporate Social Responsibility) verwendet. ESG bezeichnet Kriterien für nachhaltiges Wirtschaften von Unternehmen.

EU-Taxonomie
Die EU-Taxonomie-Verordnung beschreibt einen Rahmen, um „grüne" oder „nachhaltige" Wirtschaftstätigkeiten innerhalb der EU allgemeingültig zu klassifizieren. Zuvor bestand keine klare Definition von grüner, nachhaltiger oder umweltfreundlicher Wirtschaftstätigkeit.

Green Deal
Der European Green Deal wurde von der Europäischen Kommission im Dezember 2019 auf den Weg gebracht mit dem Ziel, bis 2050 in der Europäischen Union die Netto-Emissionen von Treibhausgasen auf null zu reduzieren und somit als erster Kontinent klimaneutral zu werden. Er dient gleichzeitig als übergeordnete Strategie und löst damit die Europa-2020-Strategie ab.

und Richtwerten eine entscheidende Rolle bei der Planung großer kommunaler Projekte spielen, für die eine Fremdfinanzierung erforderlich ist.
Können Gemeinden bereits heute „freiwillig" ESG und Taxonomienachweise für ihre Vorhaben erbringen, kann sich der Verhandlungsspielraum für bessere Finanzierungskonditionen erhöhen. Auch dafür, aber vor allem als Wegbereiter, hat das KDZ im Auftrag der Bank Austria eine Nachhaltigkeitscheckliste konzipiert, die das Ansuchen von Fremdmitteln für kommunale Vorhaben unterstützen soll.

Nachhaltigkeit belegen

Als projektbezogener Fragenkatalog unterstützt die Nachhaltigkeitscheckliste Städte und Gemeinden, ihre Investitionsvorhaben nach ESG-Kriterien und entlang der ökologischen EU-Taxonomie einzuschätzen und zu belegen. Dabei werden Fragen gestellt, die mit „Ja" oder „Nein" zu beantworten sind. Die befüllte Checkliste bietet schließlich einen strukturierten Überblick zur Nachhaltigkeit des geplanten Investitionsvorhabens, sowohl extern als auch intern. Extern als zusätzliches „Argumentarium" gegenüber den Finanzierungsinstitutionen und intern für die eigene Kommune, indem ein allfälliges Nachschärfen ermöglicht wird, um beispielsweise Folgekosten abzufedern. Derzeit kann die Checkliste bei Investitionsprojekten im Rahmen von Gebäudebau bzw. -sanierung sowie bei Bau und Sanierung von Anlagen der Abwasserent- und Trinkwasserversorgung angewendet werden.
Das erste Bewertungsblatt betrifft die „Governance". Ziel dieser Fragen ist es, die Prozesse und Verfahren der Gemeinde zu verstehen, die eine nachhaltige Steuerung des Projektes ermöglichen, mit entsprechenden Fragen zu Vergabe, Transparenz und Risikomanagement.
Die umweltrelevanten Fragen („Environment") variieren nach Investitionstyp (Bewertungsblatt 2). Beispiele sind der Energieverbrauch, Wassersparsamkeit oder die Verwertung von Bauabfällen (Stichwort: Kreislaufwirtschaft). Da die ökologische Nachhaltigkeit mit technischen Kriterien bewertet werden kann, sind auch Richtwerte auf Basis der EU-Taxonomie und anderer nationaler Leitfäden als Referenz enthalten.
Die soziale Nachhaltigkeit („Social") enthält vor allem Fragestellungen zu Arbeitsbedingungen und Personalentwicklung. Handelt es sich bei dem Vorhaben um eine Bildungs- oder Pflegeeinrichtung, gibt es zusätzliche Fragen, die beispielsweise auch den Bedarf abbilden sollen (Bewertungsblatt 3).
Wird die Checkliste vollständig befüllt, erfolgt die Bewertung anhand folgender Parameter:

- Die ESG-Kriterien gelten als erfüllt, wenn je Kriterienbereich mehr „Ja"- als „Nein"-Antworten angewählt wurden.
- Die Taxonomierelevanz des Projekts ist gegeben, wenn keine taxonomierelevante Frage mit „Nein" angewählt wurde. Die taxonomierelevanten Fragen sind explizit in separaten Spalten gekennzeichnet.

Die Nachhaltigkeitscheckliste steht auf der KDZ-Plattform www.praxisplaner.at allen Gemeinden kostenfrei als Download zur Verfügung. In Kombination mit dem KDZ-Vorhabens- und Investitionsplaner können zudem Mehraufwendungen und Mehrerträge berechnet werden. Letzterer ist ebenfalls für alle Städte und Gemeinden kostenlos nutzbar.

Apropos Finanzierungsmöglichkeiten: Hier lohnt sich auch ein Blick auf das Webportal „Kommunale Nachhaltigkeit" des Österreichischen Städtebundes (https://sdg.staedtebund.gv.at).
Als Austauschformat für Städte und Gemeinden zu Nachhaltigkeitsthemen findet man neben zusätzlichen Tools und Praxisbeispielen auch aktuelle Förderinfos und Ausschreibungen für nachhaltige Projekte.


schau
vorbei.at
CRM
MEDIEN
TREND
GMBH
DIE BESTEN IDEEN
FÜR DEINE FREIZEIT
GETTY IMAGES
AUSFLUGSZIELE
EVENTKALENDER
GEWINNSPIELE
STORIES
schauvorbei.at



EU-geförderte, integrierte Stadtentwicklung in Graz

EU-Kohäsionspolitik – quo vadis?

Zur städtischen Dimension in der zukünftigen EU-Kohäsionspolitik. Ein aktueller „Reality Check“ der politischen Bedeutung von Städten und Gemeinden in Österreich und auf EU-Ebene.

Christian Nußmüller, Stadt Graz

Unsere europäischen Städte – ob größer oder kleiner – hatten für den sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt der Europäischen Union schon immer eine besondere Bedeutung. Traditionell sind sie Orte der Vielfalt, Kreativität und Solidarität, Innovationstreiber in gesellschaftlichen Transformationsprozessen und oft auch Pioniere in der Entwicklung von Lösungsansätzen für aktuelle Herausforderungen.

Da gerade in urbanen Ballungsgebieten globale Trends – wie unter einem Brennglas – am deutlichsten sichtbar und erlebbar werden, waren und sind „erfolgreiche“ Städte mit hoher Lebensqualität bei gleichzeitiger Prosperität gezwungen, sich kontinuierlich anzupassen und weiterzuentwickeln, sich „neu zu erfinden“ und somit die kürzlich wiederentdeckte „Resilienz“ zu stärken.

Vor dem Hintergrund der oftmals erschwerten Ressourcenlagen stellt diese Notwendigkeit der Anpassung und Weiterentwicklung sowohl die Stadtpolitik als auch die Stadtverwaltung und nicht zuletzt auch die Stadtbewohner:innen, um die es ja primär geht, vor nicht geringe Herausforderungen.

© Foto: Stadt Graz/Nußmüller

EU fördert Nachhaltigkeit im urbanen Raum

Seit über 30 Jahren bemüht sich die EU-Kohäsionspolitik, durch ihre Fonds und Programme wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten zwischen den europäischen Regionen zu verringern und fördert daher auch gezielt eine nachhaltige Entwicklung im urbanen Raum – so auch in Ländern wie Österreich, die traditionell keine nationale Städtepolitik aufweisen. Die dafür zur Verfügung gestellten Finanzmittel tragen dabei auf lokaler Ebene besonders zur wirtschaftlichen Entwicklung, zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Verbesserung der Lebensbedingungen, zur Bekämpfung des Klimawandels, zur Förderung von Innovationen und zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen als wesentliche Stütze der lokalen Wirtschaft und damit des Wohlstandes der Bevölkerung bei.

Dezidierte Städtepolitik fehlt

Da in Österreich vonseiten der Bundespolitik seit Jahrzehnten keine Notwendigkeit einer dezidierten Städtepolitik erkannt wurde, existiert für den urbanen Siedlungstyp in unserer Republik (rund 59 % der österreichischen Bevölkerung leben in Städten) auch kein eigenes Ministerium oder eine strukturelle Bundesfinanzierung zur Förderung von notwendigen Stadtentwicklungsmaßnahmen wie in Deutschland oder anderen EU-Mitgliedsstaaten. Dementsprechend werden aktuelle städtische Bedarfe Österreichs in Brüssel vertreten beziehungsweise zeigt sich das Bild beim Einsatz der dem Mitgliedsstaat zugewiesenen Kohäsionsmittel, vor allem dem EFRE – Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung. Die Programmierung der nationalen EFRE-Programme wird zwar von der Österreichischen Raumordnungskonferenz koordiniert, letztlich entscheiden jedoch die Bundesländer über den EU-Mitteleinsatz, die sich leider nach wie vor schwertun, Städten und Stadtregionen auf Augenhöhe zu begegnen.

Eine zeitgemäße Regionalpolitik müsste jedoch heute – mehr denn je – ländliche Gebiete und Städte inklusive Stadtregionen – mit ihren individuellen Stärken und Schwächen – gleichermaßen berücksichtigen und als synergetisches Ganzes sehen.

Eine erfreuliche Ausnahme in der Wahrnehmung der Städte und ihrer Rolle auf Bundesebene kann mit der Initiative „Klimaneutrale Stadt“ des Klimaschutzministeriums aufgezeigt werden, die für den dringend benötigten städtischen Personalressourcenaufbau im relativ „jungen“ Klimaschutzbereich seit 2023 mit insgesamt zehn Klima-Pioniergroßstädten und 25 Pionier-Kleinstädten eine öffentlich-öffentliche (Finanzierungs-) Kooperation eingegangen ist. Auch etablierte nationale FTI-Förderinstrumente des Klima- und Energiefonds oder der Forschungsförderungsgesellschaft nehmen erfreulicherweise nicht zuletzt durch diese Bund-Städte-Initiative zunehmend auf die konkreten Bedarfslagen der lokalen Ebene Rücksicht.

Warum für EU-Förderungen bewerben?

Im Bereich der Europäischen Strukturfonds stehen in Österreich 2021–2027 für das Programm „Investitionen in Beschäftigung und Wachstum“ rund 521 Mio. Euro aus der EFRE-Förderung, 220 Mio. Euro EFRE-Mittel für das Ziel „Territoriale Zusammenarbeit“ und 136 Mio. Euro aus dem „Just Transition Fonds“ zur Verfügung. Für die „Städtische Dimension“ im Sinne strategiebasierter, nachhaltiger, integrierter Stadtteilentwicklungsmaßnahmen kommen davon in Österreich nur ca. 40 Mio. Euro in Städten an, davon ein Großteil in Wien mit seiner Sonderrolle als Bundesland und Stadt. Jedoch auch in der Steiermark, in Oberösterreich und Kärnten werden EFRE-Mittel für Städte bzw. stadtregionale Projekte eingesetzt, was einen Fortschritt zur vergangenen Förderperiode 2014–2020 darstellt.

Nun kann man sich berechtigterweise fragen, warum sich Städte, trotz des nicht unerheblichen bürokratischen Aufwands, nach wie vor für EU-geförderte Projekte interessieren und bewerben.

Folgende Argumente sprechen dafür:

- Nutzung von EU-Förderungen als Anschubfinanzierung für strategische, kommunale Infrastrukturprojekte auf Quartiersebene. Hierbei nutzen andere EU-Mitgliedsstaaten EFRE-Mittel zudem auch komplementär zu lange bewährten nationalen Finanzierungsinstrumenten (z. B. deutsche Städtebauförderung) und schaffen dadurch eine noch größere Hebelwirkung
- Transnationale EU-Städteinitiativen und -programme, wie URBACT, Interreg, Urban Europe etc., dienen nicht nur einem wichtigen Know-how-Austausch und -Aufbau in städtischen Verwaltungen, sondern sollten zudem auch als wichtiger Beitrag zur Europäischen Integration, zu einem gegenseitigen Verständnis über Nationalgrenzen hinweg, gesehen werden.
- Letztlich fördern EU-kofinanzierte Infrastrukturprojekte die Akzeptanz für europäische Politiken bei der lokalen Bevölkerung. Die oftmals als „abstraktes Wesen“ gesehene EU im weit entfernten Brüssel wird dadurch plötzlich vor Ort sichtbar und – im wahrsten Sinne – begreifbar.

Wie geht es weiter?

Wie geht es nun mit der „Städtischen Dimension“ in der EU-Kohäsionspolitik in Zukunft, also nach 2028, weiter? Grundlagen für die seit Ende 2023 laufende Diskussion sind der „9. Kohäsionsbericht“ sowie Empfehlungen einer „High Level Group“ unabhängiger Expert:innen, die heuer im Frühjahr veröffentlicht wurden. Nach der erfolgten Wahl zum EU-Parlament und der Bildung der neuen EU-Kommission laufen dazu aktuell Konsultationen und politische Debatten mit sämtlichen Mitgliedsstaaten. Auch diverse Positionspapiere von Interessensverbänden wurden und werden dazu eingebracht. Das „Fell des Bären“ will – geleitet von diversen Interessenslagen – so verteilt werden, dass natürlich möglichst alle Mitgliedsstaaten, zumindest halbwegs, zufrieden sind – die übliche Quadratur des EU-Kreises!

Für die erste Jahreshälfte 2025 werden dazu die Vorschläge der EU-Kommission zur Ausgestaltung des mehrjährigen EU-Finanzrahmens für die Periode ab 2028 erwartet. Danach folgen üblicherweise

Reaktionen der Mitgliedsstaaten und eine Diskussion der Vorschläge auf allen Ebenen (EU-Parlament, Mitgliedsstaaten).

Erkenntnisse aus dem 9. Kohäsionsbericht

Wie lauten die konkreten Erkenntnisse in Bezug auf die europäischen Städte aus diesem 9. Kohäsionsbericht?

- Es besteht eine große Vielfalt unterschiedlicher Gebietskulissen und lokaler Rahmenbedingungen innerhalb der EU.
- Das BIP pro Kopf ist in Europas Metropolregionen höher und wächst dort auch schneller – dies zieht Arbeitskräfte in die Städte, die Urbanisierung schreitet damit noch weiter voran.
- Die Einkommensunterschiede spiegeln auch Disparitäten in lokalen Bildungsniveaus wider.
- Städte sind gleichzeitig Opfer und Mit-Verursacher des Klimawandels.
- Die wirtschaftliche Entwicklung wird in vielen Mitgliedsstaaten vor allem durch eine starke Wettbewerbsfähigkeit der Hauptstadtregionen und großen Ballungsräume bestimmt.
- Damit wäre zukünftig eine stärkere Berücksichtigung „funktionaler Räume“ notwendig.
- Eine Stärkung von Stadt-Land-Verbindungen innerhalb von Stadtregionen, also interkommunale Kooperation über Verwaltungsgrenzen hinweg, wird immer relevanter.
- Es wird künftig eine Konzentration auf kleine und mittelgroße Städte beziehungsweise funktionale Stadtregionen vorgeschlagen aufgrund deren zentraler Rolle für die räumliche Entwicklung ihres Umlandes („Second-Tier Metro Regions“ ab 250.000 Einwohner:innen und „Smaller Metro Regions“ ab 50.000 Einwohner:innen).
- Ortsbezogene (place-based) Entwicklungsansätze sollten künftig eine Aufwertung erfahren, da nur „maßgeschneiderte“ lokale bzw. regionale Ansätze ideal auf die spezifischen Rahmenbedingungen vor Ort eingehen können.

Ändern sich die Ziele?

Aktuell deutet einiges darauf hin, dass zukünftig eine grundlegende Veränderung der EU-Kohäsionspolitik zu erwarten sein wird. Durch die veränderte geopolitischen Lage wird die Priorität auf EU-Ebene aktuell auf Verteidigung und innere Sicherheit gelegt. Damit einhergehen könnte ein gravierender Bedeutungsverlust der Kohäsionspolitik und eine Abkehr von den bisherigen politischen Zielen, wie einem „innovativen und intelligenten wirtschaftlichen Wandel“, einem „grüneren, CO2-ärmeren Europa“, einem „stärker vernetzten Europa (Mobilität und regionale IKT-Konnektivität), einem „sozialeren Europa“ und einem „bürgernäheren Europa“. Zudem könnte aufgrund traditionell stärkerer Lobbykräfte auch eine ausschließliche Förderung ländlicher Entwicklung erfolgen. Eine Abkehr vom bewährten, jedoch ressourcenintensiveren Partnerschaftsprinzip (Einbindung der Partner der Zivilgesellschaft, Wirtschafts- und Sozialpartner und Verwaltung von Vorbereitung bis zum Abschluss von EU-Förderprogrammen) steht dem Vernehmen nach auch zur Diskussion.

Stadtentwicklung braucht weiterhin EU-Mittel

Die laufende EU-Regionalförderperiode zeigt einmal mehr die Notwendigkeit einer nachhaltigen und langfristig ausgelegten Stadtentwicklungspolitik mit angemessener Mittelausstattung, da sich durch die COVID-19-Pandemie, dem – gerade in Städten deutlich spürbaren – Klimawandel, durch (Binnen-)Migration und dem Krieg in der Ukraine neue regionale und lokale Ungleichheiten herausbilden und sich bestehende strukturelle Unzulänglichkeiten und Disparitäten weiter verschärfen werden. Umso wichtiger ist auch in Zukunft eine starke EU-Kohäsionspolitik als Instrument zur Förderung der Stabilität in Europa und zugleich die damit verbundene Unterstützung von Wandel und Transformation in sämtlichen europäischen Gebietskategorien. Aktuelle Transformations-Herausforderungen unserer Städte müssen sich daher in den Schlüsselthemen einer zukünftigen Kohäsionspolitik unbedingt wiederfinden: Dekarbonisierung (öffentlicher Infrastruktur), Klimawandelanpassung des urbanen Lebensraumes, Verkehrswende, Energiewende, Kreislaufwirtschaft, Auf-/Ausbau sozialer Infrastruktur, Schutz und Erhalt des kulturellen Erbes. Zudem sollte aus Sicht der Städte eine zukünftige EU-Kohäsionspolitik bewährte Schlüsselprinzipien der „Urbanen Dimension“, wie

- Incentivierung von Multi-Level-Governance-Ansätzen,
- Wahrung des Partnerschafts-Prinzips bei Programmerstellung und -umsetzung,
- nachhaltige, integrierte städtische Entwicklungskonzepte als Förderungsbasis

dringend beibehalten sowie um ein verpflichtendes, angemessenes finanzielles „Urban Earmarking“ in allen relevanten EU-Programmen sowie im Budget der EIB Europäischen Investitionsbank ergänzt werden.

Positionspapier für die EU-Kohäsionspolitik 2028+

Um diese aktuellen städtischen Bedarfe möglichst allen Verwaltungsebenen und darüber hinaus zu kommunizieren, wurde im Frühjahr 2024 ein Positionspapier von den Mitgliedsstädten des Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerks unter Beteiligung der deutschen Fachministerien von Bund und Ländern und weiteren Partnern und Expert:innen erarbeitet. In Österreich beteiligten sich die beiden Netzwerkstädte Wien und Graz in Abstimmung mit dem Österreichischen Städtebund an dessen Erstellung. Die nachfolgenden Positionen und Handlungsempfehlungen resultieren insbesondere aus den bisherigen Erfahrungen der lokalen Verwaltungen mit der Umsetzung EU-Strukturfonds-/EFRE-geförderter integrierter Stadtentwicklungsprojekte:

- Transformation befördern: nachhaltige und langfristige integrierte Stadtentwicklung mit angemessener Mittelausstattung in allen Regionen Europas
- Attraktive EU-Kofinanzierung etablieren: Ko-Finanzierungssätze in den Strukturfonds müssen angehoben werden, um insbesondere leistungsschwächeren Kommunen und Städten mit geringer Finanzausstattung (auch in stärker entwickelten Regionen!) weiterhin Zugang zur EU-Förderung zu ermöglichen.
- Bedarfsgerechte Mittelzuweisung schaffen: Statistische Indikatoren zur Feststellung der Förderfähigkeit von Regionen müssen unbedingt im Sinne der Städte ergänzt werden, um lokale Problemlagen differenzierter wiederzugegeben – weiters: angemessene Mittelausstattung auch in Städten stärker entwickelter Regionen sowie in Übergangsregionen.
- Thematische Flexibilität beibehalten: Konzentration der EU-Förderung auf die aktuellen fünf politischen Leitziele ist beizubehalten. Städtische Maßnahmen könnten so unkompliziert allen Leitzielen angerechnet werden.
- Quotierung erhöhen: Die Förderung einer nachhaltigen Stadtentwicklung sollte künftig eine Mindestquotierung von 15 % der nationalen Förderprogramme umfassen (aktuell: 8 %).
- Flächendeckende Wirkung durch geteilte Mittelverwaltung stärken: Der breite, partnerschaftliche Ansatz der geteilten Mittelverwaltung hat sich bewährt und soll beibehalten werden. Eine strukturelle Kohäsionspolitik ist dabei einer punktuellen Förderung durch EU-Sonderprogramme vorzuziehen.
- Administrative Vereinfachung anstreben: Eine Vereinfachung des Regelwerks und des Verfahrens sowie die Verlängerung der Abrechnungszeiträume auf mindestens N+3 sind notwendig, um eine effiziente und effektive operative Umsetzung zu gewährleisten.
- Optionen schaffen: Für die Förderung von Maßnahmen der integrierten territorialen Entwicklung muss weiterhin eine Wahlmöglichkeit zwischen den Instrumenten ITI (integrierte territoriale Investitionen) und CLLD (von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung) und „sonstigen territorialen Instrumenten“ der Mitgliedsstaaten bestehen.
- Langfristige Kohäsionspolitik wahren: Kohäsionspolitik soll strukturell wirken und ist kein Kriseninstrument. Eine Fragmentierung durch Schaffung von (zentral verwalteten) EU-Krisen- und Sonderprogrammen muss vermieden werden.
- Territoriale Flexibilität aufrechterhalten: Gebietskulissen der EU-Förderung mit deren unterschiedlichen Herausforderungen und Bedarfen müssen im Sinne zukünftiger lokaler Transformationsanforderungen und Innovationspotenziale entsprechend flexibel ausgestaltet werden können: ausgehend vom Quartier zu gesamtstädtischen und interkommunalen Räumen.

Eines ist gewiss: Eine gelungene, intelligente Stadt- und Quartiersentwicklung unter Einbeziehung aller relevanten Funktionalitäten und Stakeholder sowie unter intelligenter Nutzung unterschiedlicher Finanzierungsquellen und Förderungsinstrumente stärkt unsere Städte als relevante lokale Standorte auf lange Sicht – dies sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht als auch als qualitativ hochwertige Lebensräume. Agglomerationen müssen daher, nicht zuletzt durch deren effiziente Ressourcenbeanspruchung, viel stärker als bisher als Gegenthese zu stark flächenbeanspruchenden Zersiedelungsräumen in den Fokus von EU, Bund und Ländern gerückt werden.



CHRISTIAN NUßMÜLLER

ist langjähriger Experte für Förderprojekte im Bereich Stadtentwicklung und stadtregionaler Entwicklung in der Stadtbaudirektion Graz.



Downloadlink zum Positionspapier

© Foto: ÖROK/APA/Fotoservice Fiedler



Transformationsräte

In Deutschland gibt es immer mehr Transformationsräte zur regionalen Gestaltung des sozial-ökologischen Wandels.

Frederik Moch, Deutscher Gewerkschaftsbund

Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel hat in den letzten Jahren – ausgelöst durch Globalisierung, Digitalisierung und Dekarbonisierung – eine bisher ungeahnte Größenordnung und Geschwindigkeit angenommen. Gleichzeitig bleibt festzuhalten, dass dieser als Transformation beschriebene Prozess in einem äußert instabilen und krisengeschüttelten Umfeld stattfindet.

Zunehmend wird sichtbar, dass die digitale und ökologische Transformation etablierte Geschäftsmodelle, Wertschöpfungsketten und die damit verbundenen Arbeitsplätze in Frage stellt. Aus Gewerkschaftssicht ist brisant, dass dabei vielfach gut organisierte Unternehmen in Industrie- und Dienstleistungsbranchen mit ihren tarifvertraglich abgesicherten und mitbestimmten Arbeitsplätzen unter Druck geraten. Diese für die soziale Marktwirtschaft konstitutiven Arbeitsplätze stehen für die Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten am wachsenden Wohlstand. Gleichzeitig bietet eine gelingende Transformation die Aussicht auf neue, nachhaltige Wertschöpfung und hochwertige Arbeitsplätze. Doch ob diese Chancen genutzt werden können und ebenso gleichwertige Arbeitsbedingungen geschaffen werden, ist noch offen.

Wandel braucht Investitionen

Um die deutschen Treibhausgasemissionen bis 2045 auf Netto-Null zu senken, werden alle Wirtschafts- und Lebensbereiche einen tiefgreifenden Wandel durchlaufen. Um auf dem Weg zur Klimaneutralität Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern, sind umfangreiche Investitionen in neue Infrastrukturen und Technologien notwendig. Private Investitionen sind dabei vielfach von funktionierenden, öffentlichen Infrastrukturen abhängig. Dennoch steckt Deutschland in einem seit Jahrzehnten andauernden öffentlichen und privaten Investitionsstau, der durch eine restriktive Haushaltspolitik verschärft worden ist.

Mit Blick auf die Klimaneutralität sind die gestiegenen Energiepreise ein immenses Investitionshemmnis geworden, was regelmäßig durch Unternehmensbefragungen belegt wird. Diese haben zusammen mit regulatorischen und geopolitischen Unsicherheiten sowie weithin bekannten Herausforderungen wie einer bröckelnden Infrastruktur, langwierigen Genehmigungsverfahren und partiellen Fachkräfteengpässen die private Investitionstätigkeit in Deutschland einbrechen lassen.[1] Aus Gewerkschaftssicht macht diese Situation eine aktive Wirtschafts- und Transformationspolitik notwendig, bei der neben mehr regulatorischer Klar-

© Foto: Getty Images

heit v. a. auch eine staatliche Investitions- und Förderpolitik zu einer Verbesserung der öffentlichen Daseinsvorsorge und zu einer Stimulation privater Investitionen in einem unsicheren Marktumfeld führt.[2] Hierzu haben die Gewerkschaften in Deutschland umfassende Forderungen eingebracht.

Mit Blick auf die privaten Transformationsinvestitionen ist dabei die Verbindung von Unternehmensförderung und einer Standort- und Beschäftigungsentwicklung hervorzuheben. In diesem Zusammenhang geht es aus Gewerkschaftssicht neben konditionierten Fördermitteln[3] und staatlichen Transformationsfonds zum Schließen der „grünen Investitionslücke“[4] auch um den Ausbau der Mitbestimmung. Letzteres wird insbesondere mit Blick auf strategische Unternehmensentscheidungen gefordert und resultiert aus der Erfahrung, dass insbesondere kapitalmarktgetriebene Unternehmen weiterhin kurzfristig orientierte Geschäftsstrategien verfolgen. Im Gegensatz dazu haben die Arbeitnehmer:innen eine langfristige Perspektive durch das Interesse am Arbeitsplatzerhalt. Zudem sind die Beschäftigten ein oftmals unterschätzter Innovationstreiber. Werden sie an Entscheidungen beteiligt, stärkt dies nicht nur die Akzeptanz der getroffenen Maßnahmen, es verbessert auch die wirtschaftliche Aufstellung und die Nachhaltigkeit der Unternehmen.[5]

Regionen vor massiven Herausforderungen

Vor dem Hintergrund dieser Transformationsprozesse und dem Anspruch gleichwertiger Lebensverhältnisse stehen viele Regionen in Deutschland vor enormen Herausforderungen. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte etwa im Ruhrgebiet zeigen, dass eine wirtschaftskraftfördernde und sozialverträgliche Gestaltung des Strukturwandels ohne staatliches Handeln nicht funktioniert. Um vor die Welle der Entwicklungen zu kommen, wird eine proaktive Strukturpolitik gebraucht, die rechtzeitig vor großen Umbrüchen ansetzt, um Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze und Lebensqualität zu stärken.



Der Transformationsrat in Bremen bei seiner konstituierenden Sitzung im Senatssaal

Kohlekommission

Ein erfolgreiches Beispiel für einen proaktiven Ansatz in der Strukturpolitik liefert die deutsche „Kohlekommission“[6]. Diese erarbeitete unter breiter Beteiligung von Politik, Wissenschaft, Gewerkschaften, Wirtschafts- und Umweltverbänden einen umfassenden Plan für einen sozialverträglichen Kohleausstieg. Dabei stand neben den energiewirtschaftlichen Fragen vor allem die Strukturentwicklung der Kohlereviere im Mittelpunkt. Zwar ist noch ungewiss, wie erfolgreich dieser Wandel in der Praxis gelingen wird. Als Erfolg kann jedoch schon heute bezeichnet werden, dass ein breit getragener und durchfinanzierter Ansatz erarbeitet wurde, der neue Zukunftsperspektiven bieten kann.

Insbesondere im Nachgang der Kohlekommission wurde in Deutschland verstärkt über eine stärker proaktiv ausgerichtete Strukturpolitik diskutiert. Erste Ansätze wurden in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) verankert, in dem die Förderung stärker auf die Gestaltung von Transformationsprozessen ausgerichtet worden ist. Entscheidend ist jedoch, dass künftig nicht nur strukturschwache Regionen gefördert werden, sondern auch solche, bei denen große Veränderungen noch bevorstehen. Hierzu hatte der DGB bereits 2021 umfangreiche Vorschläge in die politische Debatte eingebracht.[7]

Transformationsräte als Katalysatoren für einen gerechten Wandel

Um den regionalen Strukturwandel proaktiv zu gestalten, ist eine beteiligungsorientierte Governance erforderlich. Hier setzt die Idee der Transformationsräte[8] an, der die zentralen Akteure[9] einer Region zusammenbringt. In einem ersten Schritt ist es wichtig, die Auswirkungen der Transformation zu analysieren. Daraus folgt ein umfassendes Bild über die Herausforderungen und Ansatzpunkte zur regionalen Gestaltung. Dabei stehen die Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Unternehmen, Fragen der Fachkräftesicherung und Qualifizierung sowie Fragen der Innovations- und Investitionsförderung im Fokus. Mit Blick auf die konkreten Herausforderungen sollte dann in einem zweiten Schritt an einer gemeinsamen Handlungsstrategie gearbeitet werden. Dabei erscheint es

© Foto: Senatspressestelle Bremen



FREDERIK MOCH

ist seit 2016 Leiter der Abteilung Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Seit September 2021 ist er zudem als Projektleiter des Revierwende-Projektes tätig. Nach dem Studium der Elektrotechnik und des Nachhaltigkeitsmanagements arbeitete er in der Solarwirtschaft.

Neue Studie

Eine aktuelle Befragung der Hans-Böckler-Stiftung zu Transformationsräten und vergleichbaren Kooperationsstrukturen ergab: Zwei Drittel der 400 deutschen Stadt- und Landkreise stehen unter hohem Transformationsdruck, regionale Kooperation muss ausgebaut werden.

Details: www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-deutschen-staedte-und-landkreise-unter-hohem-transformationsdruck-63434.htm

wichtig, dass eine hohe Anschlussfähigkeit an die regionalen Strukturen gegeben ist und keine „Luftschlösser" gebaut werden. Ein anschließendes Monitoring der Förderkulisse kann die zügige Machbarkeit der Umsetzung sicherstellen. Der dritte Schritt besteht dann in der Umsetzung der aufgestellten Strategie, die unter Beteiligung der Akteure stattfinden sollte.

Partizipative Institutionen

Erfolgskritisch ist die Kooperationsbereitschaft trotz unterschiedlicher Interessenlagen, um ausgehend von einem gemeinsamen Verständnis zu einer erfolgreichen Umsetzung der identifizierten Maßnahmen zu kommen. Frühzeitiges Handeln soll verhindern, dass vermeidbare Strukturbrüche entstehen. Als partizipative Institutionen können Transformationsräte zudem die gesellschaftliche Verankerung der Transformation stärken. Dies ist beispielsweise sinnvoll, um gesellschaftlich kontrovers diskutierte Infrastrukturprojekte zu begleiten. All diese Aufgaben wird ein Transformationsrat nur erfüllen können, wenn eine unabhängige Geschäftsstelle bei notwendigen organisatorischen und fachlichen Aufgaben zuarbeitet. Klar ist, dass ein Transformationsrat die staatliche Rahmensetzung nicht ersetzen kann. Jedoch können durch diesen beteiligungsorientierten Ansatz neue Ideen und fachliche Expertisen gewonnen und konkurrierende Interessenlagen zu tragfähigen Kompromissen entwickelt werden.

Mittlerweile sind in Deutschland auf Ebene der Bundesländer und Kommunen zahlreiche Transformationsräte mit teils sehr unterschiedlichen Strukturen und Arbeitsaufträgen entstanden – häufig auf Initiativen der Gewerkschaften. Darin sind entweder Vertreter:innen der Kommunalpolitik/-verwaltung oder der Wirtschaftsförderung vertreten. Zu nennen sind bspw. das Transformationsnetzwerk in Kassel (hier ist die Wirtschaftsförderung der Region Kassel als kommunale Ebene dabei), der kommunale Transformationsbeirat in Dortmund oder der Transformationsrat Bremen. Ein anderes prominentes Beispiel ist der im Jahr 2019 gegründete Transformationsrat Rheinland-Pfalz[10]. Dieser hat im März 2024 sein zweites Maßnahmenpaket beschlossen, welches die Themen Fachkräftesicherung, Innovationsprozesse, Investitionsförderung und Energieversorgung adressiert.

Fazit

Auf dem Weg zu einer nachhaltigen und stärker gemeinwohlorientierten Wirtschaftsweise können Transformationsräte einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung des regionalen Strukturwandels leisten. Damit verbunden ist die Idee, das Wirtschaftssystem nicht allein durch Marktentscheidungen zu steuern, sondern durch eine stärkere Einbeziehung aller relevanten Anspruchsgruppen schrittweise zu demokratisieren.

1 DIHK (2023): DIHK-Konjunkturumfrage Frühsommer 2024

2 DGB (2024): DGB-Strategie – Starke Wirtschaft, starker Sozialstaat: Jetzt handeln für ein erfolgreiches, nachhaltiges und soziales Deutschland!

3 Unter konditionierten Fördermitteln wird eine Kopplung der Inanspruchnahme z. B. an Vereinbarungen zur Beschäftigungs- und Standortsicherung oder an die Einhaltung von Tarifverträgen verstanden. In ersten Ansätzen werden beschäftigungspolitische Anforderungen in den neu geschaffenen Klimaschutzverträgen des Bundeswirtschafts- und Klimaministerium abverlangt.

4 Als „grüne Investitionslücke" wird die aus Unternehmenssicht bestehende Diskrepanz zwischen den betriebswirtschaftlich rentablen Investitionen und den volkswirtschaftlich gewünschten Investitionen zur Dekarbonisierung von Produktionsprozessen beschrieben. Diese Lücke lässt sich am Markt schwerlich schließen, sondern erfordert eine angemessene staatliche Rahmensetzung, um Technologien voranzutreiben und Arbeitsplätze und Standorte im internationalen Wettbewerb zu sichern.

5 hierzu gibt es eine Reihe von Studien bspw. Wolfgang Scholl u. a.: Innovationserfolg durch aktive Mitbestimmung, Nomos, 2013; Raymond Markey u. a.: Reducing carbon emissions through employee participation: evidence from Australia, Industrial Relations Journal, Februar 2019.

6 Die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" (KWSB) wurde in der Öffentlichkeit vielfach verkürzt als Kohlekommission bezeichnet.

7 DGB (Hrsg.): Präventive Strukturpolitik und regionale Transformationsprozesse, August 2021

8 Die Idee von Transformationsräten wird mitunter auch in anders bezeichneten Gremien aufgegriffen. So gibt es beispielsweise Transformationsnetzwerke, Wirtschaftsbeiräte oder Kommissionen.

9 Dazu zählen etwa Arbeitgeberverbände oder strukturprägende Unternehmen, Gewerkschaften und Betriebsräte, Arbeitsagentur, Landes- und oder Kommunalverwaltung, Hochschulen und Zivilgesellschaft.

10 Er besteht aus Vertreter:innen der Landesregierung, den Gewerkschaften IG Metall und IG BCE, dem DGB, der Landesvereinigung der Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz, den Handwerkskammern, den Industrie- und Handelskammern sowie der Bundesagentur für Arbeit.

© Foto: Simone M.Neumann - www.simone-m-neumann.de

Neue EU-Fiskalregeln

Die neuen EU-Fiskalregeln und ihre Bedeutung für die nachhaltige Entwicklung der Staatsfinanzen

Nach Jahren der Krise ist die Rückkehr zu einem nachhaltigen Pfad der Staatsfinanzen von entscheidender Bedeutung. Zur Gewährleistung der Stabilität der Wirtschafts- und Währungsunion ist ein solider Rahmen erforderlich, um tragfähige öffentliche Finanzen zu gewährleisten. Das Instrument dazu ist der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt.

Das Europäische Parlament hat im Frühjahr 2024 eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts verabschiedet: Ziel war es, die alten Vorgaben zu vereinfachen und in der Anwendung flexibler zu gestalten. Wenngleich leider zu konstatieren ist, dass die neuen EU-Fiskalregeln jedenfalls nicht einfacher wurden[1], so tragen sie diesen Zielen doch insofern Rechnung, als sie einen Rahmen bieten, mit dem im Vergleich zu den bisherigen Regelungen die fiskalische Disziplin mit mehr Flexibilität geregelt wird. Trotz dieser Flexibilität darf aber nicht übersehen werden, dass auch bei den neuen Fiskalregeln das Ziel geordneter Haushalte im Vordergrund steht und es einer gesamtstaatlichen Budgetdisziplin bedürfen wird, um die Regeln einhalten zu können.



© Foto: Getty Images

Maastricht-Kriterien als unverändertes Ziel

Mit der Reform hat sich die Europäische Union zwar nunmehr neue Fiskalregeln gegeben, an den seit dem Vertrag von Maastricht aus dem Jahr 1992 bestehenden Defizit- und Schuldenkriterien von 3 bzw. 60 Prozent des BIP hat sich dadurch allerdings nichts geändert – lediglich der Weg dorthin ist ein neuer und flexiblerer. Intention der Reform war es, den Weg zur Einhaltung der Defizit- und Schuldenkriterien individueller an die Herausforderungen jedes Mitgliedsstaates anzupassen.

Nunmehr stehen länderspezifische Vereinbarungen zwischen der EU-Kommission und den nationalen Regierungen im Vordergrund, in denen verbindliche Werte für die Entwicklung eines „Nettoausgabenindikators“ bestimmt werden. Dieser als „einziger operativer Indikator“ bezeichnete Wert setzt sich aus den um – u. a. – Zinsausgaben, diskretionäre einnahmenseitige Maßnahmen, konjunkturelle Komponenten der Ausgaben für Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Einmalmaßnahmen bereinigten Staatsausgaben zusammen. Dieser Indikator soll gewährleisten, dass der Schuldenstand des Mitgliedslandes sowohl über den Anpassungszeitraum als auch während der zehn darauffolgenden Jahre, trotz Berücksichtigung von Alterungs- und Zinskosten, sinkt oder unter 60 Prozent bleibt und dass die Drei-Prozent-Grenze eingehalten wird.

Die Kommission errechnet künftig für jedes Land einen sogenannten Referenzpfad für das Nettoausgabenwachstum, der diese beiden Kriterien erfüllt. Durch Reformen, die mit der Kommission vereinbart werden müssen, und zumindest gleichbleibende Investitionen kann der Anpassungszeitraum von vier auf sieben Jahren verläxngert werden. Unter Einhaltung des Referenzpfades müssen die Mitgliedsstaaten einen Fiskal-Strukturplan vorlegen. Im Fall von Österreich umfasst dieser – abgeleitet aus der Dauer der Legislaturperiode – fünf Jahre

(„Planperiode“, und zwar unabhängig davon, ob der Anpassungszeitraum vier oder sieben Jahre beträgt).

Neue Instrumente für die Zielerreichung

Das mittelfristige Ziel einer maximal 60-prozentigen Staatsverschuldung ist gleich geblieben. Geändert hat sich, dass sich der Weg dorthin nun von Mitgliedsland zu Mitgliedsland stärker unterscheiden kann. Dennoch gibt es zwei einheitliche Regeln, die für alle Mitgliedsstaaten gleichermaßen gelten und sozusagen Mindeststandards (die im deutschen Rechtstext als „Absicherungen“ bezeichnet werden, wofür sich aber im Fachjargon bereits der Begriff „Safeguards“ durchgesetzt hat) sicherstellen.
Diese sind:
Der *Schuldentragfähigkeits-Safeguard*: Staaten mit einer Schuldenquote über 90 Prozent des BIP sind verpflichtet, ihre Schuldenquote um durchschnittlich einen Prozentpunkt pro Jahr zu senken. Für Länder mit Schuldenquoten zwischen 60 und 90 Prozent genügt eine Reduktion um 0,5 Prozentpunkte pro Jahr.
Der *Defizitresilienz-Safeguard*: Ziel dieser Regelung ist es, Puffer für wirtschaftliche Abschwünge aufzubauen. Das strukturelle Defizit darf 1,5 Prozent des BIP nicht überschreiten. Wird diese Schwelle überschritten, ist der Mitgliedsstaat verpflichtet, das Defizit um 0,4 Prozentpunkte pro Jahr zu reduzieren, wobei dieser Pfad beim verlängerten Anpassungszeitraum auf jährliche Verbesserungen von 0,25 Prozentpunkte sinkt.

Österreichischer Stabilitätspakt

Mit dem Österreichischen Stabilitätspakt 2012 (ÖStP 2012) wurde u. a. vereinbart, dass der strukturelle Haushaltssaldo Österreichs nicht schlechter als insgesamt -0,45 % des nominellen BIP sein darf. Dieses Ziel wurde in den Krisenjahren 2020 bis 2023 deutlich verfehlt, allerdings galt in diesen Jahren die allgemeine Ausweichklausel, wodurch Abweichungen von den Fiskalregeln nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch im Rahmen des ÖStP 2012 nicht sanktioniert wurden.

Aufgrund der neuen europarechtlichen Regelungen wird der Österreichische Stabilitätspakt jedenfalls anzupassen sein, es wird aber – anders als bei den bisherigen Regelungen – aufgrund der Komplexität weder zweckmäßig noch aufgrund der ex ante zur Verfügung stehenden Daten möglich sein, die europarechtlichen Regelungen innerstaatlich unverändert auf Bund, Länder und Gemeinden herunterzubrechen. Sinnvollerweise wird man sich für den neuen ÖStP nunmehr auf steuerungsrelevante und bekannte Parameter konzentrieren, also vor allem auf den strukturellen Saldo und für die Länder und Gemeinden auf den Maastricht-Saldo.
Um diese Vereinfachung zu erreichen, könnten die europarechtlichen Vorgaben in einem neuen ÖStP für die Länder und Gemeinden derart auf Maastricht-Salden umgerechnet werden, dass mit der Einhaltung dieser Ziele auch die europarechtlichen Vorgaben eingehalten werden. Mit einer solchen Regel würde im ÖStP auf einen bekannten Parameter abgestellt werden, der ohnehin in jedem Rechnungsabschluss der Länder und Gemeinden ausgewiesen ist und der mittlerweile als etabliert und steuerungsrelevant bezeichnet werden kann.
Bei aller Flexibilität, die bei der Vorbereitung der länderspezifischen Vereinbarungen der EK und den Regierungen im Vergleich zu den alten Regelungen nunmehr gegeben ist und die auf die unterschiedlichen Ausgangslagen der Mitgliedsstaaten Rücksicht nimmt: Angesichts der Mindeststandards, die für den Pfad zur Erreichung der Defizit- und Schuldenkriterien von 3 bzw. 60 Prozent des BIP bestehen, hat diese Flexibilität enge Grenzen. Es muss daher allen Beteiligten bewusst sein, dass der Referenzpfad bzw. letztlich der darauf aufbauende mit der EK vereinbarte Fiskal-Strukturplan einzuhalten sein wird und dass Österreich bei einer Verletzung der Fiskalregeln letztlich eine Sanktion zu leisten haben wird.
Damit Österreich seine Verpflichtungen einhalten kann, wird es sinkende Defizite und einen weiteren Rückgang der Schuldenquote brauchen. Mit dem neuen Österreichischen Stabilitätspakt wird daher wiederum eine gesamtstaatliche Budgetdisziplin zu vereinbaren sein. Diese Ziele sind aber kein Selbstzweck: Nur mit nachhaltigen krisenfesten Budgets können Spielräume für zukünftige Generationen geschaffen und die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden.

Fazit

An den maximal 3 Prozent Neuverschuldung und 60 Prozent Schuldenstand hat sich durch den neuen Fiskalrahmen der EU nichts geändert. Neu ist allerdings der Weg dorthin. Der Österreichische Stabilitätspakt (ÖStP) setzt die unionsrechtlichen Regeln über die Haushaltsdisziplin der Mitgliedsstaaten um und regelt die innerstaatliche Haushaltskoordinierung für die Subsektoren Bund, Länder und Gemeinden. Ziel der kommenden Monate ist es, den ÖStP 2012 an die neuen europäischen Vorgaben anzupassen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass wenige, dafür aber steuerungsrelevante Indikatoren erstrebenswert sind.

1 Siehe dazu den Beitrag von Grossmann, „Der neue EU-Fiskalrahmen oder das Märchen von der einfachen Fiskalregel“, in diesem Heft.



MARIA ULMER

ist Leiterin der Sektion II (Budget) im Bundesministerium für Finanzen.

© Foto: Martina Siebenhandl



© Foto: Getty Images

Das Märchen von der einfachen Fiskalregel

Der neue Fiskalrahmen der EU im Spannungsfeld nachhaltiger Schuldenrückführung und länderspezifischer Flexibilität

Bernhard Grossmann, Leiter des Referats Fiskal- und Produktivitätsrat in der Oesterreichischen Nationalbank[1]

Die Bindung der Fiskalpolitik in der EU an numerische Vorgaben (Fiskalregeln) dient im Wesentlichen dazu, die Fiskalpolitiken der Mitgliedstaaten besser zu koordinieren und die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen. Das bedeutet, der Defizitneigung von Regierungen (Tendenz, mehr auszugeben als eingenommen wird) aktiv zu begegnen und die Pro-Zyklizität der Fiskalpolitik (Tendenz, Ausgaben in wirtschaftlichen Boomphasen zu erhöhen, anstatt Mehreinnahmen für Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs zu sparen) zu vermeiden. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU (SWP) als Grundlage dieser Regelbindung ist allerdings „in die Jahre gekommen". So zeigten sich im Rahmen einer ausführlichen Evaluierung konzeptuelle Schwächen (Komplexität, hohe Pro-Zyklizität etc.), kamen neue Herausforderungen und Handlungsbedarfe hinzu (multiple Krisen, digitale und grüne Transformation etc.) und blieben Verschuldungsquoten oft hoch oder stiegen weiter an.

Ausgewählte Stärken und Schwächen des neuen EU-Fiskalrahmens

☑

- *Grundsätzliche Ausrichtung auf eine Schuldentragfähigkeitsanalyse*
- *Verstärkte Berücksichtigung länderspezifischer Ziele*
- *Zugrundelegung der Netto-Primärausgaben ermöglicht Wirkung automatischer Stabilisatoren und Berücksichtigung wirtschaftspolitischer Maßnahmen der Einnahmenseite*
- *Anreize für Reformen und Investitionen*
- *Mindestanforderungen via Schutzvorkehrungen erhöht Vorhersehbarkeit und Gleichbehandlung*
- *Konsistenz bei Schuldenregel zwischen präventivem und korrektivem Arm*

☒

- *Ausgeprägte Komplexität und folglich geringe politische Steuerungsrelevanz*
- *Unzureichende Methodologie (z. B. vereinheitlichte Annahmen für länderspezifische Vorgaben, ausgeprägte Abhängigkeit der Ergebnisse von den Annahmen, weiterhin nicht beobachtbare Größen, Revisionsanfälligkeit)*
- *Schutzvorkehrungen untergraben die Wirkung automatischer Stabilisatoren, die Intention antizyklischer Fiskalpolitik und den risikobasierten Ansatz*
- *Ermessens- und Verhandlungsspielräume*
- *Kaum fiskalische Koordinierung der Mitgliedstaaten*
- *„Kann-Bestimmungen" zur Rolle der Fiskalräte*

Der neue EU-Fiskalrahmen

Der neue Fiskalrahmen der EU verfolgt (weiterhin) als Hauptziel die Stärkung der Schuldentragfähigkeit der Mitgliedstaaten, aber zugleich auch die Förderung eines nachhaltigen und inklusiven Wachstums in allen Mitgliedstaaten (Europäische Kommission, 2024). Zur Zielerreichung sollen allen voran Reformen und Investitionen beitragen, die insbesondere im Hinblick auf die grüne und digitale Transformation erforderlich sind, indem die Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftliche und soziale Resilienz der EU erhöht sowie Herausforderungen der Zukunft besser adressiert werden. Mit der Reform des Fiskalrahmens ging aber auch die Zielsetzung einher, sowohl die Komplexität des Regelwerks zu reduzieren als auch dessen Transparenz und Effektivität zu erhöhen. Letzteres soll durch Stärkung der nationalen Eigenverantwortung und verbesserte Durchsetzbarkeit sichergestellt werden. Schlussendlich soll der neue Rahmen dazu beitragen, die krisenbedingt hohen Staatsschuldenstände auf realistische Art und Weise schrittweise und dauerhaft zu senken und dabei auf länderspezifische Herausforderungen Bedacht nehmen.

Stärken und Schwächen

Erst ein zweiter, kritischer Blick offenbart Stärken und Schwächen. Der neue EU-Fiskalrahmen setzt zur nachhaltigen Rückführung bzw. Beibehaltung der Staatsschulden unter 60 % des BIP sowie nachhaltigen Unterschreitung der Obergrenze des Maastricht-Defizits von max. 3 % des BIP auf die Einhaltung eines einzigen operationalen Indikators – auf die Beschränkung des Ausgabenzuwachses. Diese – auf den ersten Blick „einzige" verbindliche – Vorgabe ist als durchschnittliche, jährliche, nominelle Wachstumsrate zur Begrenzung eines Netto-Primärausgabenaggregats definiert und bildet den sogenannten „Referenzpfad" während des Anpassungszeitraumes von vier bzw. sieben Jahren (z. B. im Fall von Reformen und Investitionen im Zusammenhang mit dem ökologischen und digitalen Wandel). Am Ende des Anpassungszeitraumes soll eine Fiskalposition erreicht werden, die – unter bestimmten Annahmen – eine nachhaltige Rückführung der Staatsschuldenquote in den zehn Folgejahren impliziert. Zur Ermittlung der Wachstumsrate des Netto-Primärausgabenaggregats sind allerdings mannigfaltige Berechnungsschritte erforderlich und müssen zahlreiche Nebenbedingungen erfüllt sein (Fiskalrat, 2024), sodass auf den zweiten Blick der neue Fiskalrahmen eine neue, in diesem Ausmaß bisher noch nicht existierende Dimension der Komplexität erreicht. Zudem blieben Schwächen des alten SWP bestehen und kamen weitere Unsicherheitsfaktoren hinzu (siehe Abbildung).

So stellt die risikobasierte Schuldentragfähigkeitsanalyse als Grundlage zur Berechnung der neuen Vorgabe zwar ein anerkanntes Konzept dar, die Vereinheitlichung von Annahmen für länderspezifische Vorgaben, die Abhängigkeit der Ergebnisse von gewählten Annahmen oder die Verwendung nicht beobachtbarer Variablen untergraben allerdings die Validität der Ergebnisse. Zudem kommt neuen Mechanismen große Bedeutung zu, u. a. bilateralen

Verhandlungsprozessen und dementsprechend Verhandlungsmacht und -geschick oder dem Ermessensspielraum der Europäischen Kommission bei der Plausibilitätsprüfung der Annahmen und Argumente, die im Rahmen der nationalen Fiskalstrukturpläne zur Untermauerung der selbstgesteckten Budgetziele anzuführen sind.

Ungeachtet dessen weist der neue Fiskalrahmen das Potenzial auf, durch die länderspezifischen (auf Basis einheitlicher Kriterien), aus Schuldentragfähigkeitsanalysen abgeleiteten Vorgaben sowie aktive Einbindung der Mitgliedstaaten bei der Erstellung der Zielvorgaben, eine verstärkte Identifikation der Mitgliedstaaten mit dem Fiskalrahmen und folglich dessen Einhaltung zu erwirken.

Die Umsetzung von Reformen und Investitionen, wodurch die Dauer des Anpassungszeitraums und damit das Ausmaß der jährlichen Konsolidierung reduziert werden kann, zielt auf notwendige grüne und digitale Transformationsprozesse ab. Demnach werden Ausgaben für Reformen und Investitionen bei der Ermittlung der Ausgabendynamik[2] zwar nicht ausgenommen, aber besteht der Anreiz, dass eine potenziell notwendige Konsolidierung nicht zulasten wichtiger Maßnahmen und Zukunftsinvestitionen geht.

Mehr Koordination und erhöhte Steuerungsrelevanz der Vorgaben

Mit der Inkraftsetzung des neuen Legislativpakets auf EU-Ebene per Ende April 2024 besteht nun jener Fiskalrahmen, der ausschlaggebend für die Neugestaltung des heimischen Fiskalregelwerks ist. Der Empfehlung des Fiskalrates folgend sollten die EU-Vorgaben zeitnahe auf den nationalen Haushaltsrahmen Österreichs zur Festlegung der Vorgaben für einzelne gebietskörperschaftliche Ebenen übertragen werden (Fiskalrat, 2024). Es ist nicht ausgeschlossen, dass budgetäre Schieflagen einzelner Gebietskörperschaften zur Verfehlung gesamtstaatlicher Vorgaben führen. Vor diesem Hintergrund gilt der innerstaatlichen Koordination, aber insbesondere auch der Vereinfachung und erhöhten Steuerungsrelevanz nationaler Budgetvorgaben besonderes Augenmerk. Das bedeutet, praktikable Vorgaben zu erarbeiten, die zur Erreichung gesamtstaatlicher Budgetziele beitragen und sowohl bei der Budgetplanung als auch beim laufenden Budgetvollzug einfach überprüfbar sind.

Fazit

Die Effektivität des neuen Fiskalrahmens wird erst nach Abklärung letzter Details im Rahmen seiner Implementierung im Herbst 2024 und nach ersten Erfahrungen in seiner Anwendung final zu beurteilen sein. Dass der neue Rahmen entsprechend seiner Intention etabliert werden kann, erfordert weitreichende Bereitschaft aller Mitgliedstaaten, laufendes Lernen und eine zweckorientierte Weiterentwicklung. Insbesondere bei föderaler Staatsarchitektur kommt dem Zusammenspiel und der Koordination der verschiedenen gebietskörperschaftlichen Ebenen eine besondere Bedeutung zu.

Dies schließt eine Abstimmung von Reform- und Investitionsvorhaben, aber auch die Festlegung von Konsolidierungsbeiträgen ein. Sich aus regelgebundener Fiskalpolitik ableitender Handlungs- bzw. Konsolidierungsbedarf ist ernst zu nehmen, schließlich besteht dieser nicht zum Selbstzweck: Wenngleich das Ausmaß der notwendigen Konsolidierungsanstrengung strittig ist, sollte jedenfalls das finale Ziel nachhaltig solider Staatsfinanzen außer Streit stehen. Dies ist die Voraussetzung dafür, die gegenwärtigen und zukünftigen Transformationsprozesse (Demografie, grüner und digitaler Wandel) unterstützend begleiten und fiskalpolitischen Handlungsspielraum für Krisenzeiten erhalten zu können.

1 Die zum Ausdruck gebrachte Meinung gibt nicht notwendigerweise die Meinung des Fiskalrates, der Oesterreichischen Nationalbank oder des Eurosystems wieder.

2 Abgesehen von Ausgaben für nationale Kofinanzierungen von EU-Programmen, die meist investiven Charakter haben.

Referenzen

Europäische Kommission (2024). Kommission begrüßt politische Einigung auf neuen, zukunftsfähigen Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung. Pressemitteilung, 10. Februar 2024. Brüssel.

Grossmann, B., Moser, M. und L. Reiss. (2024). Neuer Fiskalrahmen der EU – neue Komplexität.

https://www.fiskalrat.at/dam/jcr:ce2b6262-c3ec-4760-a175-589250243896/202401-Neuer%20Fiskalrahmen%20der%20EU.pdf. Zugegriffen: 14. Februar 2024.

Budgetdienst (2024). Update neue EU-Fiskalregeln und Europäisches Semester 2024: Referenzpfad und länderspezifische Empfehlungen. Information. 2. Juli 2024.

Fiskalrat (2024). Bericht über die Einhaltung der Fiskalregeln 2023–2028.



Überschießende Kürzungen durch neue EU-Schuldenregeln?

Werden die neuen Fiskalregeln punktgenau erfüllt oder national zu rigide umgesetzt, wird das Wirtschaft, Sozialstaat und Klimaschutz ausbremsen – und auch an den europäischen Städten nicht spurlos vorbeigehen.

Georg Feigl, stv. Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik in der Arbeiterkammer Wien

Die Schranken für die Staatsschuldenquote und die Neuverschuldung prägen den Euroraum seit seiner Gründung: Jedes Land, das dem Euro beitreten wollte, musste sich den Maastricht-Kriterien unterwerfen – und diese in Folge auch einhalten. Wenngleich wirtschaftliche Krisen – die stets Defizite steigen lassen – zu mehrfachen Regelverletzungen führten, konnte der Schuldenzuwachs über die Jahre doch eingedämmt werden: So war der Euroraum in den letzten zehn Jahren der einzige große Wirtschaftsraum, in dem die Staatsschuldenquote gesunken ist.

Und trotzdem wird kaum jemand zu finden sein, der seriös argumentieren könnte, dass die großen Versprechen der Regeln – wirtschaftliche Stabilität und Wachstum – hierzulande deutlich besser eingelöst worden wären als in den USA und China mit stark steigenden Staatsschuldenquoten. Im Gegenteil: Es ist der Euroraum, dem unterstellt wird, ins Hintertreffen zu geraten. Möglicherweise gerade weil öffentliche Investitionen in die Erneuerung der Infrastruktur und verstärkten Klimaschutz durch die Fiskalregeln gebremst wurden und werden.

Festhalten am falschen Fokus

Für die Reform (siehe BMF-Beitrag S. 40) spielten diese Überlegungen nur eine untergeordnete Rolle. Zwar wurde die Bedeutung der öffentlichen Investitionen erkannt – der Fokus blieb aber trotzdem auf Staatsschuldenquoten von 60 % der Wirtschaftsleistung (BIP) gerichtet, also dem Durchschnittswert von vor über drei Jahrzehnten. Innerhalb dieses Rahmens gibt es wenigstens wesentliche Verbesserungen (ausführlicher siehe Grossmann S. 35) wie insbesondere die mittel- statt kurzfristige Orientierung. Zudem wird die Möglichkeit zur Streckung der Konsoli-

© Foto: Getty Images

dierung bei gleichzeitiger Verabschiedung eines Reform- und Investitionspakets dazu führen, dass die bevorstehende Kürzungswelle sich diesmal wohl nicht zu einem Tsunami auswachsen wird.
Die größten Konsolidierungspläne müssen in Italien, Frankreich, Spanien und Belgien – also in der ökonomisch größeren Hälfte des Euroraums – geschmiedet werden. Knapp unter dem gewichteten Euroraum-Schnitt liegt Österreich mit 2 % des BIP – das entspricht gut 10 Mrd. Euro oder rund 4 % der öffentlichen Ausgaben bzw. der Größe der Konsolidierungspakete der Jahre 2011 bis 2015.

Miese Methode

Wie viel konsolidiert werden muss, wird im Detail von der Kommission vorgegeben. Dabei überprüft sie für jedes Land, ob die Staatsschuldenquote auch nach umgesetztem Konsolidierungsplan weiter zurückgehen wird. Hierfür trifft sie hochspekulativ Annahmen für die nächsten 14 bis 17 Jahre. Schätzt die Kommission etwa den langfristigen Anstieg der Erwerbstätigen – wie das retroperspektiv der Fall war – zu gering ein, führt das zu einer stärkeren Kürzungsvorgabe.
Obendrein geht sie davon aus, dass der nächste Fiskalplan (also der in 4 bis 7 Jahren zu verabschiedende) nicht zwangsläufig den Fiskalregeln entspricht, sondern ein Anstieg der Alterungskosten ohne Gegenmaßnahmen bleibt; Zusätzlich lässt sie in ungünstigen Szenarien die Zinsen steigen, die Wirtschaft schwächeln oder das Staatsdefizit zufällig steigen. Im nächsten Schritt setzt sie das Konsolidierungsziel so, dass selbst unter all diesen Fällen die Staatsschuldenquote im Jahrzehnt nach Ablauf des aktuellen Plans nicht wieder steigt. Damit kommt sie zu Konsolidierungszielen, die für alle Länder restriktiver sind als die 1,5 % des BIP, die von Rat und Parlament als konkreter Wert für ein maximales Defizitziel beschlossen wurden.
Die errechneten Vorgaben sind auch schärfer, als sie zur Schuldenstabilisierung notwendig wären, also worum es aus Stabilitätsgründen eigentlich gehen sollte. Damit riskiert die Kommission eine Unterausschöpfung der materiellen Möglichkeiten für Wohlstand und Wohlergehen, etwa wenn in Folge Investitionsprojekte oder Verbesserung der sozialen Dienste und der Daseinsvorsorge verschoben oder gar gestrichen werden.
Naheliegender als diese Zahlenspiele wäre es, bei der Methodik davon auszugehen, dass Regeln, die gemeinsam beschlossen wurden, auch tatsächlich eingehalten werden. Allein diese „alternative“ – und wohl eigentlich erwartbare – Annahme würde Milliarden an Budgetspielraum bringen. Um es auf den Punkt zu bringen: Diese Methode hebelt einen wesentlichen Teil der Verbesserungen durch die Reform wieder aus.

Was bedeuten die neuen Regeln für Österreich?

Bei aller Kritik am neuen EU-Regelwerk darf nicht übersehen werden, dass es für die meisten Länder trotzdem eine Lockerung gegenüber den alten Regeln darstellt; konkret für Österreich im kommenden Jahr um bis zu 1,3 Mrd. Euro. Mittelfristig könnte man sich eine Einschränkung des jährlichen Spielraums sogar um knapp 6 Mrd. Euro ersparen – wenn eben die Methode geändert wird. Nachdem diese nicht in der neuen Verordnung selbst geregelt ist, sondern die Kommission vorgibt, würde ein Beschluss des Rates ausreichen, um diese zu ändern.
Zweitens muss aber auch die nationale Schuldenbremse reformiert werden, die sogar noch rigider ausgestaltet ist als das alte EU-Regelwerk. Eine Herausforderung ist, dass eine direkte Anwendung der neuen Regeln nicht möglich ist, weil die Kommissionsmethode aufgrund ihrer Komplexität nicht auf einzelne Gebietskörperschaften herunterzubrechen ist. Vereinbaren könnte man nur einen Schlüssel, wie die konkreten Konsolidierungsvorgaben aufzuteilen sind. Die scheinbar einfachste Lösung – ein für alle Einheiten gleicher maximaler Ausgabenzuwachs – wäre allerdings die schlechteste, weil sie unterschiedliche Ausgangslagen und Dynamiken nicht berücksichtigen kann. Wohin das führt, hat das Beispiel Spanien vor fünf Jahren gezeigt: Städten wie Barcelona war es innerstaatlich verboten, eigene Überschüsse zu investieren, da dies die gesamtstaatliche Ausgabenbremse gesprengt hätte.
Sinnvoller wäre es, am von Rat und Parlament hineinverhandelten konkreten Ziel für das strukturelle Defizit von 1,5 % des BIP anzuknüpfen. Dieser Indikator ist bereits im innerösterreichischen Stabilitätspakt in Verwendung, allerdings mit Zielwerten von 0,35 % des BIP für Bund & Sozialversicherungsträger und 0,1 % des BIP für Länder und Gemeinden. Bei der Neuformulierung könnte man dann auf nationaler Ebene eine goldene Investitionsregel einbauen, indem etwa die alten Werte unverändert bleiben, aber die Nettoinvestitionen (also der Vermögensaufbau; zuletzt rund 1 % des BIP, davon etwa ein Viertel Städte und Gemeinden) herausgerechnet werden, um sich den 1,5 % des BIP anzunähern. Alternativ könnte man direkt die 1,5 % als gesamtstaatliches Ziel verankern und proportional zu den vergangenen durchschnittlichen Investitionsniveaus der Gebietskörperschaften herunterbrechen.
Was darüber hinaus in jeder Variante notwendig wäre, ist die Einführung einer Übergangslösung für die Befüllung der Kontrollkonten nach einer krisenbedingten Aussetzung – wie das aktuell der Fall ist. Hier bietet sich an, auf den Fiskalstrukturplan abzustellen, sprich auf 4 Jahre (bzw. 7 mit Reformen und Investitionen).

Schlussfolgerungen

Mit der Fiskalregel-Reform wurde eine Chance verpasst, eine ausgewogene Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene zu verankern. Sie bleibt einseitig fixiert auf Einschränkungen der Budgetpolitiken der Mitgliedstaaten. Wie groß das Problem tatsächlich sein wird, wird auch vom Umgang der Kommission mit den Investitions- und Reformpaketen abhängen.
Gefragt sind jetzt eine Reform des nationalen Haushaltsrechts sowie neuerlich zusätzliche EU-Mittel, denn ohne Flankierung werden die neuen Regeln zulasten wichtiger anderer Ziele – wie insbesondere dem sozialen Ausgleich und dem Klimaschutz – gehen; und jedenfalls auch zulasten der Städte und Gemeinden in Europa.



Grundsteuerreform – eine unendliche Geschichte?

Die im Paktum zum FAG 2024 vorgesehene Arbeitsgruppe zur Erarbeitung konkreter Reformvorschläge nahm am 11. März 2024 ihre Arbeit auf. Zu den Hintergründen, aktuellen Diskussionen und möglichen Perspektiven ein kurzer Bericht.

Oliver Puchner, Österreichischer Städtebund

Über die Notwendigkeit einer Reform herrscht (scheinbar) ein weitreichender Konsens. Keine Publikation inländischer Expert:innen[1] oder ausländischer Ökonom:innen (zuletzt OECD[2]) zur öffentlichen Finanzpolitik kommt ohne einen solchen Hinweis aus. Dabei wird meist die geringe Bedeutung von vermögensbezogenen Steuern in Österreich und die drohende Verfassungswidrigkeit, insbesondere der historischen Einheitswerte[3], in den Vordergrund gerückt. Ebenfalls angeführt wird oft die Idee, eine stärkere Baulandmobilisierung durch eine höhere Abgabe auf gewidmetes, aber nicht bebautes Bauland zu erreichen.

Bei all den Punkten ist aber zu bedenken, dass die Grundsteuer nicht alle Probleme des Steuersystems und der Finanzierung der Gemeinden lösen und dann vielleicht noch mögliche ökologische Lenkungen erreichen wird, soll sie nicht völlig überfrachtet werden.

Für die Städte und Gemeinden drängender ist da die aufwendige und fehleranfällige Administration, die gerade auch zu Bewertungsrückständen in der Finanzverwaltung führt. Hier sind in der Vergangenheit immer wieder die Kommunen eingesprungen, was keine Dauerlösung sein kann.

Die Absicherung bzw. Stärkung der Abgabenautonomie der Gemeinden ist natürlich der Hauptfokus; und hier gibt es eindeutig Handlungsbedarf. Einerseits was eine mögliche Verfassungswidrigkeit betrifft und andererseits die stagnierende Einnahmenentwicklung. So ist die Grundsteuer B von 2001 (451 Mio. EUR) bis 2021 (738 Mio. EUR) um lediglich 64 % gestiegen. Der Zuwachs betrifft vor allem Mengeneffekte (Neu-, Zu- und Umbauten), aber kaum Werteffekte (die Wertentwicklung der letzten 40 Jahre des Großteils der Liegenschaften wurde nicht berücksichtigt). Wäre die Grundsteuer B analog der Lohnsteuer von 2001–2021 um 99 % gestiegen, hätte das Aufkommen 2021 rund 900 Mio. EUR betragen. Gegenüber 2001 ist der Anteil der Grund-

© Foto: Getty Images

steuer B in Prozent des BIP von 0,205 % auf 0,182 % im Jahr 2021 gesunken.

Bisherige Reformüberlegungen

Nun hat die Diskussion zu einer Grundsteuerreform bereits eine längere Geschichte hinter sich. So legte der Österreichische Städtebund bereits 2008 (!) das sogenannte „Grazer Modell" vor, das von der WU-Wien gemeinsam mit dem KDZ erarbeitet und das 2010 von der TU-Wien auch empirisch erprobt wurde. Dabei wurden alle Gemeinden einer von 20 Wertzonen zugeordnet, ein eigener Gebäudewert war nicht vorgesehen.

Mit dem sogenannten „Altlengbacher Modell" legten dann Gemeindebund und Städtebund 2013 gemeinsam ein Modell vor, das unter – informeller – Mitarbeit des Finanzministeriums entstand und die Bedenken des BMF hinsichtlich eines fehlenden Gebäudewerts aufnahm. Mehr als eine unverbindliche Zusage des Bundes zur Aufnahme in eine Steuerreformarbeitsgruppe konnte aber nicht erreicht werden.

Mit dem Paktum zum FAG 2017 wurde eine neue (nunmehr offizielle) Arbeitsgruppe eingerichtet, die ausgehend vom Altlengbacher Modell sehr detailliert diskutierte, etwa auch zu möglichen Datengrundlagen. Es zeigte sich, dass das größte Problemfeld der Datenbestand zu den älteren Gebäuden im Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) ist. Zudem stellte sich die Frage, ob und wie der Erhaltungszustand der Bauwerke abzubilden ist. Die sehr intensiven Arbeiten fanden bereits mit Ende 2017 ihr Ende, da das BMF, trotz wiederholter Forderungen der Bünde, die Arbeitsgruppe nicht mehr einberief.

Seitdem haben die beiden Bünde weiter an unterschiedlichen Modellen gearbeitet und konnten mit dem Paktum zum FAG 2024 erreichen, dass die Arbeiten nun auch vonseiten des Finanzministeriums wieder unterstützt werden.

Folgende Eckpunkte haben sich über die Jahre herauskristallisiert:

- Die Administration wird in Zukunft durch die Gemeinden erfolgen müssen, da der Bund nicht mehr ausreichend Ressourcen dazu verwenden will.
- Deshalb gilt es, ein möglichst einfaches System zu finden, das die Kommunen auch administrieren können.
- Dazu sollen hauptsächlich bestehende Daten aus Registern verwendet werden.
- Ein neues System muss auf jeden Fall die dynamische Wert-Entwicklung abbilden, damit nicht wieder veraltete Werte zu Problemen führen.

Deutschland

Bei der Diskussion wird natürlich auch die Entwicklung in Deutschland im Auge behalten, wobei klar ist, dass die rechtliche Ausgangslage zwar ähnlich, aber nicht ident ist. Auch gibt es in Österreich keine Finanzverwaltungen der Länder. Derzeit stehen auch für sämtliche Modelle noch Prüfungen durch die Höchstgerichte an (siehe Seite 44).

Aktuelle Diskussion

Mit 11. März 2024 startete nun die neue Arbeitsgruppe, als erstes Ziel wurde vereinbart, einen Raster für die Politik zu erarbeiten, der die verschiedenen Modelle übersichtlich darstellt und mögliche Vor- und Nachteile sichtbar macht.

Dass nun ausgerechnet dem Österreichischen Städtebund verschiedentlich vorgehalten wird, er verzögere die Umsetzung einer Reform, entbehrt nach den oben beschriebenen umfangreichen Bemühungen und nunmehr bereits neun Finanzministern seit 2008, die alle nicht mit Reformeifer zu diesem Thema aufgefallen wären, nicht einer gewissen Komik. Ja, der Gemeindebund hat – angelehnt an das Modell in Bayern — ein reines Flächenmodell vorgeschlagen, das keine Wertkomponenten mehr enthält, sondern, vereinfacht gesprochen, nur mehr die Fläche vom unbebauten Land und jene des Gebäudes mit unterschiedlichen Äquivalenzzahlen multipliziert. Klar ist, dass ein solcher Ansatz einfach zu administrieren wäre. Klar ist aber auch, dass dies eine radikale Abkehr vom bisherigen System wäre, weshalb aus Sicht des Städtebundes einige (insbesondere auch verfassungsrechtliche) Fragen aufgeworfen wurden. Auch in Bayern ist die Judikatur zur Prüfung aufgerufen, wie es allerdings hinsichtlich sämtlicher neuer Modelle in Deutschland der Fall ist. Zudem zeigt sich in Bayern, dass der Wegfall der Wertkomponente dazu führt, dass größere Städte und Gemeinden mit teuren Lagen ihre Hebesätze erhöhen müssen, um das bisherige Aufkommen halten zu können, während andere Gemeinden ihre Hebesätze sogar senken können.

Die vom Städtebund favorisierten Modelle mit Wertkomponenten bedürfen für die Ausarbeitung und insbesondere für die Berechnung naturgemäß mehr Zeit, zumal die Datenlage in den zentralen Registern (insbesondere dem GWR) nicht optimal ist.

Der Städtebund sieht auch gerade in einem Wahljahr keinerlei zeitlichen Druck, sondern möchte für die Diskussion mit einer neuen Bundesregierung eine wohlüberlegte Grundlage haben. Justament ausgeschlossen wird aber kein Modell. Dieser Standpunkt ist auch in der Resolution zum diesjährigen Städtetag einstimmig abgebildet.

Am Ende des (mittlerweile schon sehr langen) Tages muss ein von beiden Bünden und dem BMF gemeinsam getragener Reformentwurf stehen, der die verfassungsrechtlichen Bedenken weitestgehend berücksichtigt – endgültige Klarheit kann nur der VfGH bringen – und den Städten und Gemeinden ihre zweitwichtigste kommunale Abgabe, gerade auch im Sinn der – gerade auch immer vom Bund geforderten – Steuerautonomie[4] absichert.

1 Etwa Margit Schratzenstaller am 21. 2. 2024 in den Salzburger Nachrichten:

2 OECD (2024): OECD Economic Surveys AUSTRIA. S. 40

3 Der Bund hat seit den 1980er-Jahren keine Hauptfeststellung mehr durchgeführt, weshalb die historischen Werte nicht mehr die unterschiedliche regionale Wertentwicklung abbilden. Dies hat etwa auch zur Beanstandung der Erbschafts- und Schenkungssteuer geführt.

4 Zwischen 2013 und 2022 ist der Anteil der eigenen Abgaben an den Einnahmen der Gemeinden (ohne Wien) von 19,74 % auf 18,34 % gesunken. Eine Entwicklung, die diametral zu den politischen Forderungen steht. Dies ist hauptsächlich auf die eingangs erwähnte unterdurchschnittliche Entwicklung der Grundsteuer zurückzuführen.

Grundsteuer-Reform in Deutschland

Ein Blick ins Nachbarland und zu der Diskussion über das deutsche Modell zur Besteuerung von Grund und Boden

Florian Schilling, Deutscher Städte- und Gemeindebund

Seit gut einem halben Jahrhundert wird in Deutschland mal mehr und mal weniger intensiv über eine Reform der Grundsteuer debattiert. In diesem Jahr ist die Grundsteuerreform auf die Zielgerade eingebogen, denn ab dem kommenden Jahr können die Städte und Gemeinden nur noch auf Basis des neuen Rechts die Grundsteuer erheben. Die Diskussion um das „beste" Modell zur Besteuerung von Grund und Boden wird gleichwohl nicht abnehmen, allein schon, weil in Deutschland dann gleich vier verschiedene Modelle zur Anwendung kommen.

1. Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

Eine Reform der Grundsteuer ist schon lange überfällig, schließlich gehen die für die Höhe der Grundsteuer maßgeblichen sogenannten Einheitswerte auf die Wertverhältnisse zum Zeitpunkt des Hauptfeststellungsverfahrens vom 1. Januar 1964 und in Ostdeutschland sogar auf die Verhältnisse vom 1. Januar 1935 zurück. Die Reformbedürftigkeit ist daher seit Jahrzehnten unstrittig. Bund und Länder konnten sich jedoch trotz diverser Modellvorschläge lange nicht auf eine Reform verständigen. Erst die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 2018 hat diese dann herbeigeführt.
Das Bundesverfassungsgericht stellte fest, dass die veralteten Werte gravierende und umfassende Ungleichbehandlungen bei der Bewertung von Grundvermögen zur Folge haben und damit gegen das Grundgesetz und den Gleichheitssatz verstoßen. Aufgrund der herausragenden Bedeutung der Grundsteuer für die Kommunalfinanzen mit einem konjunkturunabhängigen Aufkommen von zuletzt rund 15,7 Mrd. Euro und des immensen Aufwandes einer Neubewertung, schließlich sind rund 36 Millionen wirtschaftliche Einheiten neu zu bewerten, wurde die Grundbesteuerung auf Basis der Einheitswerte zwar für verfassungswidrig, nicht aber für nichtig erklärt. Wohl einmalig in der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts wurde eine zweistufige Frist eingeräumt, eine erste Frist zur Neuregelung der Grundbesteuerung bis zum Ende des Jahres 2019 und eine zweite Frist zur Umsetzung bis spätestens zum 31. Dezember 2024. Da sich Bund und Länder auch mit dieser Frist im Nacken nicht auf ein gemeinsames Grundsteuermodell verständigen konnten, wurde insbesondere auf Drängen des Freistaats Bayern das Grundgesetz geändert und den Ländern die Möglichkeit zur Abweichung vom Bundesmodell via Länderöffnungsklausel zugestanden.

2. Grundsteuermodelle

Während die Hälfte der Bundesländer – sowie Sachsen, Saarland und Berlin mit differenzierten Steuermesszahlen abhängig von der Nutzungsart – das Bundesgrundsteuermodell umsetzen, setzen die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Hamburg auf gänzlich andere, teils gegensätzliche, Modelle. Gemein haben alle Modelle, dass die Finanzverwaltungen der Länder die Neubewertungen vornehmen und auf diesen Wert eine Steuermesszahl anwenden. Abschließend wendet jede Gemeinde individuell ihren eigenen Hebesatz an. Modellunabhängig sind für die Bewertung des jeweiligen Grundstücks die zum Hauptfeststellungszeitpunkt, Stichtag 1. Januar 2022, vorliegenden Verhältnisse maßgebend. Während beim Bundesmodell sowie dem baden-württembergischen Bodenwertmodell künftig alle sieben Jahre eine vollständige Erfassung und Neubewertung der Grundstücke notwendig ist, sieht das hessische Landesgrundsteuergesetz eine Neubewertung lediglich alle 14 Jahre vor. Gänzlich ohne Neubewertungszyklus kommen die Grundsteuermodelle in Bayern, Hamburg und Niedersachsen aus.

Bundesmodell

Das Bundesgrundsteuermodell ist im Grundsatz verkehrswertorientiert. Der Grundsteuerwert bebauter Wohngrundstücke wird nach dem Ertragswertverfahren ermittelt und setzt sich aus einer Boden- und einer Gebäudekomponente zusammen. Die Bodenkomponente resultiert aus der Fläche und dem abgezinsten Bodenrichtwert. Für die Bewertung der Gebäudekomponente ist neben der Fläche die durchschnittliche monatliche Nettokaltmiete maßgebend. Gebäudeart, Wohnfläche und Baujahr fließen ebenfalls in die Bewertung ein. Zur Berücksichtigung von Mietniveauunterschieden zwischen Gemeinden eines Landes gibt es Zu- oder Abschläge in Abhängigkeit von der jeweiligen Mietstufe.
Bei Immobilien mit gewerblicher Nutzung kommt ein sogenanntes Sachwert-

verfahren zur Anwendung. Immer deutlicher wird mittlerweile, dass es in den Ländern, die das Bundesmodell anwenden, aufgrund der unterschiedlichen Bewertungsverfahren sowie der deutlich stärkeren Wertentwicklung bei den Wohngrundstücken im Vergleich zu den bisher geltenden Einheitswerten, zu signifikanten Belastungsverschiebungen von der gewerblichen Nutzung hin zum Wohnen kommt. Der Freistaat Sachsen und das Saarland hatten hierauf, auch auf Basis eigener Verprobungen, bereits frühzeitig reagiert und bei den Steuermesszahlen abhängig von der Nutzungsart differenziert. Der Stadtstaat Berlin steuerte im laufenden Jahr nach und hat ebenfalls eine Differenzierung bei den Steuermesszahlen nach Wohnen und gewerblicher Nutzung vorgenommen.

Bodenwertmodell

Baden-Württemberg nutzt die neue, im Grundgesetz niedergeschriebene Möglichkeit zur Abweichung vom Bundesgrundsteuermodell und wendet zur Besteuerung von Grund und Boden ab dem 1. Januar 2025 ein sogenanntes modifiziertes Bodenwertmodell an. Für den Grundsteuerwert ist allein die Grundstücksfläche und der Bodenrichtwert Bewertungsgrundlage. Die Bebauung selbst findet keine Berücksichtigung. Die Modifizierung der reinen Bodenwertsteuer resultiert aus der Anwendung einer Steuermesszahl, die für überwiegend zu Wohnzwecken genutzte Grundstücke einen Abschlag in Höhe von 30 Prozent vorsieht.

Flächenmodell

Der Freistaat Bayern gilt seit Jahrzehnten als Befürworter eines Flächenmodells. Wie der Name schon sagt, ist hier die Fläche maßgeblich für den Grundsteuerwert. Konkret soll in Bayern auf die Grundstücksfläche ein Wert von 0,04 €/m² und für die Gebäudeflächen ein Wert von 0,50 €/m² angesetzt werden. Für Wohnflächen ist ein Abschlag von 30 Prozent über die Steuermesszahl vorgesehen.

Flächen-Lage-Modell

Das Flächen-Lage-Modell setzt beim Flächenmodell an. Allerdings kommt hier neben den pauschalen Werten je Quadratmeter noch ein Lagefaktor hinzu, um zwischen Zentrums- und Peripherielage differenzieren zu können. Dieses Grundsteuermodell, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, wenden Hamburg, Niedersachsen und Hessen an.

In Hessen kommt ein sogenanntes „Flächen-Faktor-Verfahren“ mit der Einbeziehung des Bodenrichtwerts als „Lageindiz“ zur Anwendung. Vereinfacht dargestellt bedeutet dies für Lagen mit zum Beispiel einem doppelt so hohen Bodenrichtwert wie der Durchschnittswert einen Faktor von rund 1,2. Ist der Bodenrichtwert nur halb so hoch wie der Durchschnitt, ist ein Abschlag in Form eines Faktors in Höhe von rund 0,8 vorgesehen. Der Grundsteuerwert erhöht sich im konkreten Beispiel also um 20 Prozent bzw. wird um 20 Prozent reduziert.



© Foto: Getty Images

3. Stand der Umsetzung

Unabhängig vom gewählten Grundsteuermodell waren alle Grundsteuerpflichtigen bis zum 31. Januar 2023 – bzw. im Freistaat Bayern bis zum 30. April 2023 – verpflichtet, ihre Grundsteuererklärung abzugeben. Bei nicht fristgemäßer Abgabe der Erklärung gab es in den meisten Ländern nochmals Erinnerungsschreiben an die jeweiligen Steuerpflichtigen. Anfang des Jahres fehlten dennoch rund 1,5 Millionen Erklärungen.

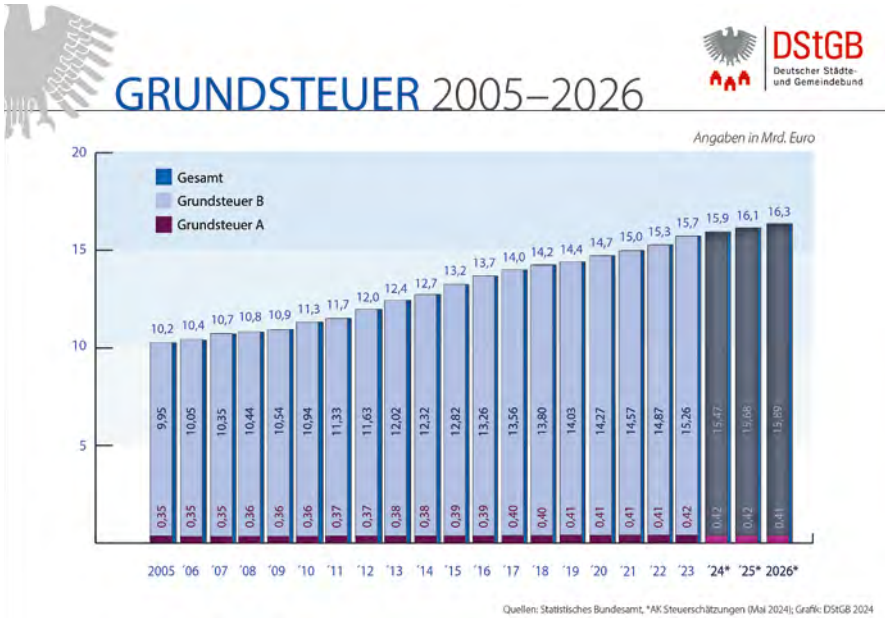
Der Bearbeitungsstand der Grundsteuererklärungen seitens der Finanzämter ist in den Ländern unterschiedlich. Dies gilt im Übrigen auch für die Datenqualität. Eklatante Fehler wurden seitens der Finanzverwaltung teilweise nicht korrigiert bzw. hinterfragt und sind damit erst einmal bestandskräftig.

Noch nicht abgeschlossene sowie fehlerhafte Neubewertungen erschweren es Städten und Gemeinden, die neuen Hebesätze für die Grundsteuern A und B festzusetzen. Eine Fortgeltung der bisherigen Sätze ist eigentlich nicht möglich, denn nach § 25 Abs. 2 Grundsteuergesetz ist für den neuen Hauptveranlagungszeit-



FLORIAN SCHILLING

studierte Verwaltungswissenschaft an der Universität Potsdam (Dipl.-Verw. Wiss.), ist Referatsleiter für Kommunalfinanzen und Internationales beim Deutschen Städte- und Gemeindebund und Ko-Vorsitzender der Local Finances Expert Group des CEMR.



Die Grundsteuer mit ihrem konjunkturunabhängigen Aufkommen von herausragender Bedeutung für die Kommunalfinanzen

raum eine Neufestsetzung der Grundsteuer-Hebesätze notwendig. In der Regel wird eine eigenständige Grundsteuerhebesatz-Satzung sinnvoll sein. Die Festlegung des Hebesatzes im Rahmen des Gemeindehaushaltsbeschlusses ist zwar auch weiterhin möglich, aufgrund der engen Zeitschiene gegebenenfalls aber nicht umsetzbar.

4. Grundsteuer C

Ab dem Jahr 2025 haben die Städte und Gemeinden in Deutschland, ausgenommen die bayerischen Kommunen, zur Mobilisierung von Bebauung die Möglichkeit zur Einführung einer neuen Grundsteuer C. Mit der Grundsteuer C kann aus städtebaulichen Gründen auf bebaubare, aber unbebaute Grundstücke ein höherer Hebesatz angewendet werden. Zu den städtebaulichen Erwägungen zählen unter anderem ein erhöhter Wohnraumbedarf, die Nachverdichtung bestehender Siedlungsstrukturen sowie die Stärkung der Innenstadtentwicklung. Eine Zonierung ist grundsätzlich möglich und im Übrigen auch erforderlich, wenn die von der Gemeinde festgelegten städtebaulichen Gründe nur auf einen Teil des Gemeindegebiets zutreffen.

Die Grundsteuer C kann ein weiteres städtebauliches Instrument zur Mobilisierung von Bebauung sein. Allein die Ankündigung der Einführung einer Grundsteuer C kann weitere mögliche Bebauungen initiieren. Sie stellt zudem eine Möglichkeit dar, Grundstücksspekulation zu verringern.

Ihr erheblicher administrativer Aufwand darf jedoch nicht unterschätzt werden. Auch ist davon auszugehen, dass es Fälle geben wird, in denen Eigentümer:innen, zum Beispiel wegen ihrer finanziellen Lage, des Lebensalters oder der Umstände zwar bauen wollen, aber nicht können.

Eine höhere steuerliche Belastung über eine Grundsteuer C könnte in diesen Fällen dazu führen, dass sie zum Verkauf ihres bebaubaren Grundstückes motiviert werden und das bebaubare Grundstück dann erst recht in die Hände eines „Immobilienspekulanten“ fällt.

Die Entscheidung über die Grundsteuer C ist daher gemeindeindividuell zu treffen und mit Blick auf die städtebaulichen Gründe und einer möglichen Zonierung mit Augenmaß vor Ort umzusetzen.

© Foto: Gunnar Bernskoetter

Blick nach Dänemark

Die dänische Bewertungsagentur (Vurderingsstyrelsen) hat die Aufgabe, für eine faire, einheitliche und transparente Bewertung und Besteuerung der 2,3 Millionen Immobilien des Landes zu sorgen. Insgesamt trägt die Grund- und Immobiliensteuer in Dänemark jährlich etwa 5,36 Milliarden Euro zur Wohlfahrtsgesellschaft bei. Fragen und Antworten zu diesem Steuersystem.



ÖGZ: Wie berechnet sich in Dänemark die Höhe der Grundstückssteuer?
Vurderingsstyrelsen: In Dänemark zahlen Sie zwei Arten von Steuer, wenn Sie ein privates Anwesen besitzen: a) Grundstückssteuer (grundskyld) und b) Immobiliensteuer (ejendomsværdiskat).
Bei der Ermittlung der Grundstückssteuer wird der öffentliche Bodenrichtwert herangezogen. Nach Abzug von 20 % wird die Steuer auf der Grundlage des in der Gemeinde geltenden Steuersatzes festgesetzt. Bei der Festsetzung der Immobiliensteuer wird der veröffentlichte Wert der Immobilie herangezogen. Nach Abzug von 20 % wird die Steuer auf der Grundlage des effektiven Steuersatzes ermittelt.

Wie wird der Wert einer Immobilie definiert? Gibt es nur einen Wert für die gesamte Immobilie oder getrennte Werte für Gebäude und Grundstück?
Bei Häusern basiert die Immobiliensteuer auf dem Gesamtwert von Grundstück und Gebäuden, während die Grundstückssteuer auf dem Wert basiert, als wäre das Grundstück unverbaut. Das Grundstück wird auf der Grundlage der Nutzung und Verwertung mit dem höchsten Wert bewertet.
Bei Eigentumswohnungen basiert die Immobiliensteuer auf der Eigentumswohnung und der Lage, während die Grundstückssteuer auf dem Immobilienwert basiert, der sich auf die Lage und das Gesamtpotenzial der bebaubaren Fläche bezieht.

Wird das dänische Bau- und Wohnungsregister (BBR) nur für die Grundstückssteuer herangezogen?
Nein. Das BBR ist ein nationales und öffentliches Register für Informationen zu allen Gebäuden und Wohnungen in Dänemark. Die Informationen werden sowohl vom Staat als auch von lokalen Behörden und privaten Unternehmen für verschiedene Zwecke verwendet, unter anderem für Grundstückssteuer, Subventionen, Wärmechecks, Kreditaufnahmen und Immobilientransaktionen.

Die Daten zur Berechnung des Wertes werden von den einzelnen Eigentümer:innen bereitgestellt, wie überwachen Sie die Richtigkeit dieser Daten?
Die Eigentümer:innen überprüfen die Angaben und informieren das BBR über Änderungen. Die Gemeindeverwaltung prüft nach und verifiziert diese Informationen, bevor die Bewertungsagentur und das BBR die Daten bei der Ermittlung des öffentlichen Wertes bearbeiten und überprüfen.

Welche Rolle spielen die Gemeinden? Habe ich richtig verstanden, dass die Grundstückssteuer keine lokale Steuer mehr ist? Wurden die Gemeinden für den Verlust entschädigt?
Die Kommunalverwaltungen entscheiden über die spezifische Nutzung des Landes innerhalb ihrer Region. Sie prüfen und überprüfen auch die Informationen, die die Grundstückseigentümer:innen dem BBR übermitteln. Aber sie heben keine Grundstückssteuer mehr ein – das macht der Staat. Wobei die Kommunalverwaltung dann einen Teil der Grundstückssteuer erhält.

Wie lange gibt es das BBR schon?
Das BBR wurde bereits Mitte der 1970er-Jahre gegründet.

Wie viele Leute arbeiten beim BBR? Sind sie auf lokaler oder föderaler Ebene beschäftigt?
Es gibt leider keine Angaben zur Gesamtzahl der Mitarbeiter:innen beim BBR, da sie sowohl auf Landes- als auch auf lokaler Ebene beschäftigt sind.

Gab es Einwände gegen die Bereitstellung der Daten, vielleicht in Bezug auf den Datenschutz?
Das BBR ist ein nationales und öffentliches Register, das wir seit den 1970er-Jahren führen, die Informationen über alle Gebäude und Wohnungen in Dänemark sind für alle frei verfügbar.

In welchen Abständen müssen die Daten im BBR aktualisiert werden?
Dies geschieht kontinuierlich. Wann immer der Eigentümer, die Eigentümerin eine Änderung an einer Immobilie vornimmt, ist er/sie verpflichtet, das BBR über die Änderungen zu informieren. Die Gemeindeverwaltung prüft und verifiziert dann die Informationen.

Danke für den Einblick!

Mehr Informationen
www.vurderingsportalen.dk

© Foto: Getty Images

Gemeindefinanzen im Umbruch

Der „Fiscal Decentralisation Report“ für Südosteuropa

Thomas Prorok, KDZ, Elton Stafa, NALAS

KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung und NALAS (Netzwerk der Gemeindeverbände Südosteuropas www.nalas.eu) haben den „Gemeindefinanzbericht Südosteuropa 2024“ veröffentlicht. Dieser analysiert die finanziellen Beziehungen zwischen den nationalen Regierungen und den Gemeinden sowie die Einnahmequellen und Ausgabenbereiche der Gemeinden. Ziel ist es, Transparenz in die Finanzbeziehungen und Gemeindefinanzen durch Vergleiche zwischen den Ländern zu bringen und Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Gemeindeautonomie zu erarbeiten. Erstmals wurden auch Vergleichszahlen aus Österreich aufgenommen. Der Bericht ist Teil des BACID-III-Projekts, das vom Städtebund und KDZ geleitet und von der Austrian Development Cooperation kofinanziert wird. Umfasst sind die Länder Albanien, Österreich, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Kosovo, Nordmazedonien, Moldawien, Montenegro, Rumänien, Serbien, Slowenien und die Türkei. Aufgrund der unterschiedlichen Standards zu Statistiken, Rechnungs- und Berichtswesen der öffentlichen Finanzen sind Vergleiche zum Teil nur eingeschränkt möglich. So sind in einigen Ländern die in der EU angewandten Standards von COFOG (Classification of the Functions of Government) und ESA (European System of Accounting) erst im Aufbau. Dennoch zeigen sich interessante Einblicke, welche hier auszugsweise vorgestellt werden.



Herausfordernde Landschaft

Die Gemeindeautonomie ist in Südosteuropa (SEE) sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die Region besteht aus unterschiedlichen Wirtschaftssystemen mit verschiedenen Governance-Strukturen, von Systemen der Einheitsgemeinde bis hin zu solchen mit mehreren subnationalen Ebenen. Zum Beispiel variiert die Anzahl der Gemeinden erheblich, von 25 in Montenegro bis zu 3.181 in Rumänien. Die durchschnittliche Einwohnerzahl der Gemeinden beträgt 27.679 und ist deutlich höher als der EU27-Durchschnitt von 5.075. Südosteuropa folgt dem europäischen Trend der Bevölkerungskonzentration in den Hauptstädten und Metropolen. Die übergroße Bedeutung der Hauptstädte verursacht Spannungen im System der intergovernmentalen Finanzen.

Demografische Verschiebungen

Demografische Trends stellen eine erhebliche Herausforderung für die Finanzausgleiche in Südosteuropa dar. Zwischen 2012 und 2021 verzeichneten die westlichen Balkanstaaten einen Bevölkerungsrückgang von 4 Prozent. Migration, Brain Drain, niedrige Geburtenraten und eine alternde Bevölkerung verschärfen die Herausforderungen für Gemeinden, beeinflussen die Art der benötigten Dienstleistungen und belasten die Finanzbeziehungen zwischen den Gebietskörperschaften.

© Foto: Getty Images

Die COVID-19-Pandemie: Katalysator für Veränderungen

Die COVID-19-Pandemie hat die kommunalen Finanzen in Südosteuropa tiefgreifend beeinflusst und die Auswirkungen der globalen Finanzkrise 2008–2009 weit übertroffen. Vor der Pandemie wuchsen die Einnahmen der Gemeinden über einen Zeitraum von fünf Jahren stetig, durchschnittlich 5 Prozent pro Jahr in Südosteuropa und 7 Prozent in den westlichen Balkanländern. Die Pandemie unterbrach jedoch dieses Wachstum und führte zu einem Rückgang der Gemeindeeinnahmen. Im Jahr 2020 sanken die Eigenmittel der Gemeinden in den westlichen Balkanländern um 10 Prozent, wobei Nordmazedonien und Kosovo die schwersten Einbußen verzeichneten.

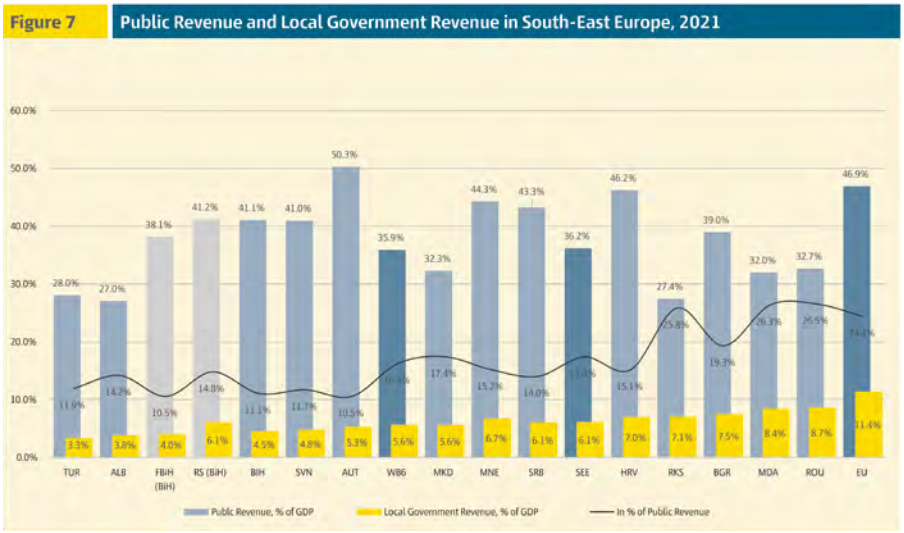


Abbildung 1: Einnahmen des öffentlichen Sektors sowie der Gemeinden in Südosteuropa 2021

Einnahmen der Gemeinden

Die Einnahmen der Gemeinden in Südosteuropa entwickeln sich unbeständig. In den letzten 15 Jahren sind die Einnahmen nur in etwa der Hälfte der Länder gestiegen. Dies gilt für Kosovo, Nordmazedonien, Albanien und Bulgarien, wo die Einnahmen der Gemeinden im Verhältnis zum BIP gestiegen sind. In den anderen Ländern sind die Einnahmen der Gemeinden im Verhältnis zum BIP entweder auf dem gleichen Niveau wie 2006 oder 2009 (Slowenien, Serbien, Rumänien, Kroatien) geblieben oder sogar gesunken (Türkei, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Moldawien).

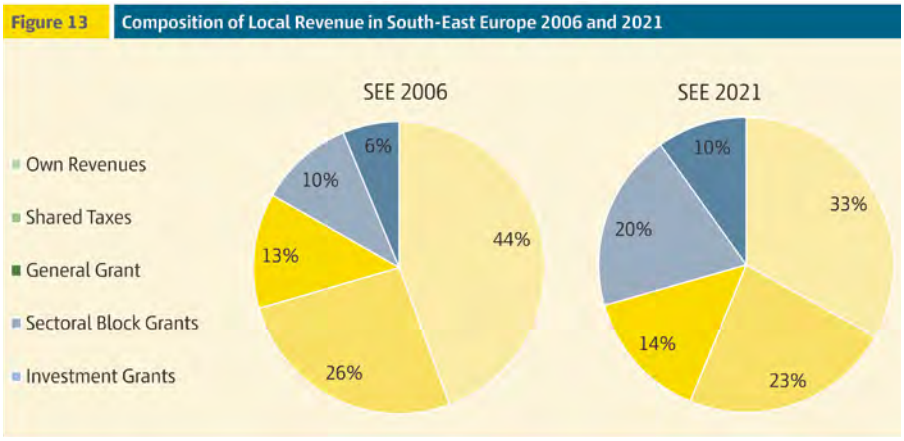


Abbildung 2: Gemeindeeinnahmen im Überblick

Südosteuropas Wirtschaft und EU

Im Durchschnitt haben die EU-Länder sowohl größere öffentliche Sektoren und weisen auch eine stärkere Dezentralisierung der staatlichen Finanzen aus als in den Ländern Südosteuropas (SEE). Im Jahr 2021 betrugen die Einnahmen der Gemeinden in Südosteuropa nur 6,1 Prozent des BIP, verglichen mit 11,4 Prozent in der EU[1]. Pro Kopf haben die Gemeinden in Südosteuropa siebenmal weniger Einnahmen als ihre EU-Kollegen. Innerhalb von Südosteuropa selbst gibt es große Disparitäten. Zum Beispiel sind die Gemeinden in Slowenien mehr als fünfmal reicher als jene in Moldawien, welche nur 206 € pro Kopf erhalten. Die Disparitäten zeigen sich auch bei den Bildungskosten: Gemeinden in Moldawien, Kosovo und Nordmazedonien bezahlen Lehrergehälter mit Pro-Kopf-Einnahmen von weniger als 316 €, während kroatische und slowenische Gemeinden, die nur wenig dieser Kosten tragen, bis zu viermal höhere Pro-Kopf-Einnahmen aufweisen (siehe Abb. 1).

Gemeindeautonomie nimmt ab

Die finanzielle Autonomie der Gemeinden zeigt einen rückläufigen Trend. Im Jahr 2021 macht der Anteil der eigenen Einnahmen, der gemeinsamen Steuern und Basistransfers nur noch 70 Prozent der Gemeindebudgets aus, im Vergleich zu 83 Prozent im Jahr 2006. Der Anteil der eigenen Einnahmen ist um 25 Prozent gesunken, während der Anteil der allgemeinen und zweckgebundenen Zuschüsse in den letzten 15 Jahren um 87 bzw. 58 Prozent gestiegen ist. Diese Veränderung verringert die Fähigkeit der Gemeinden, ihre Dienstleistungen an die lokalen Bedürfnisse anzupassen, was ein wesentlicher Aspekt einer effektiven Dezentralisierung ist (siehe Abb. 2).

Herausforderung Grundsteuer

Die Kapazitäten der Gemeinden bei der Erhebung eigener Steuern sind begrenzt. In Südosteuropa machen die eigenen Einnahmen der Gemeinden durchschnittlich 33 Prozent ihres Gesamtbudgets aus, wobei sich der Anteil der Grundsteuern in den letzten 15 Jahren verdoppelt hat. Es gibt jedoch große Unterschiede bei der Erhebung der Grundsteuern: Moldawische

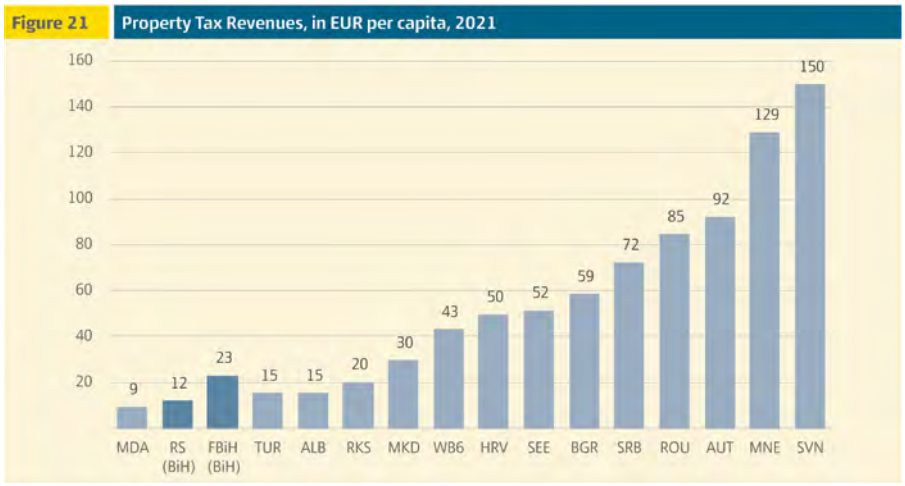


Abbildung 3: Grundsteuer-Einnahmen pro Kopf



KDZ-STUDIE

Gemeindefinanzbericht Südosteuropa 2024

Der Gemeindefinanzbericht Südosteuropa 2024 von NALAS (Network of Associations of Local Authorities of South-East Europe) und KDZ erfasst die Entwicklung der lokalen Finanzen in Südosteuropa für den Zeitraum von 2006–2021. Der Bericht legt einen besonderen Schwerpunkt auf die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und auf die kommunalen Finanzen, sowohl aus gesetzlicher Sicht als auch in Bezug auf Umfang, Regelungen und Ausmaß der kommunalen Verschuldung in Südosteuropa.

www.kdz.eu/en/knowledge/studies/fiscal-decentralization-indicators-south-east-europe

Gemeinden liegen am niedrigsten und slowenische Gemeinden am höchsten. Einnahmequellen wie neue Bauabgaben sind in Albanien, Kosovo und Montenegro sehr wichtig, während Serbien die Bodenentwicklungsgebühr abgeschafft hat. Die Hauptprobleme der Gemeinden in Südosteuropa bei der Einnahmenbeschaffung sind häufige Änderungen ihrer Steuerbefugnisse, veraltete Register sowie schwache Steuervollstreckung (siehe Abb. 3).

Kredite wenig genutzt

Kredite können von den Gemeinden in Südosteuropa im Vergleich zur EU nur wenig genutzt werden. Einige Länder weisen zwei bis vier Prozent des BIP an Schulden im Gemeindesektor auf. Strenge Vorschriften schränken die Möglichkeit der Gemeinden ein, Kredite aufzunehmen, was ihre Nutzung für langfristige Investitionen begrenzt. Während der COVID-19-Pandemie ist ein Anstieg der Kreditaufnahme durch Gemeinden zu verzeichnen. Diese wurden jedoch hauptsächlich zur Überbrückung von Liquiditätsengpässe genutzt.

Schlüsselbereiche Bildung und Gesundheit

Die Gemeinden in den westlichen Balkanländern und Südosteuropa verwalten zwischen 10 % und 25 % der gesamten öffentlichen Ausgaben. Bildung ist die wichtigste Aufgabe für Gemeinden in Südosteuropa, wobei es erhebliche Unterschiede bei der Finanzierungsverantwortung gibt. In Moldawien und Kosovo machen die Bildungsausgaben über 50 % der Gemeindebudgets aus, während sie in der Türkei direkt vom Staat finanziert werden. Die Sozialausgaben sind in der Region im Vergleich zur EU niedriger. Die Finanzierung und Regulierung der dezentralen sozialen Aufgaben sind komplex und oft unklar, was die Abgrenzung zwischen „eigenen“, „gemeinsamen“ und „übertragenen“ Funktionen betrifft.

Investitionen in die Infrastruktur

Die Gemeinden in den westlichen Balkanländern und Südosteuropa geben etwa 24–25 % ihrer Budgets für Investitionen aus. Die Gemeinden in den EU-Ländern liegen mit einem Anteil von ca. 15 Prozent deutlich darunter. Dies zeigt die angespannte Situation der Kommunalfinanzen in Südosteuropa. Hinzu kommt, dass der Anteil der Investitionsausgaben in den letzten 15 Jahren instabil war und es große Unterschiede zwischen den Gemeinden hinsichtlich ihrer Fähigkeit gibt, Investitionen zu managen. Im Durchschnitt geben die Gemeinden in den westlichen Balkanländern etwa 77 Euro pro Person für Investitionen aus, verglichen mit 142 Euro in Südosteuropa. Obwohl der Anteil der Investitionen am Gesamtbudget in den Gemeinden der EU-Länder deutlich niedriger ist, profitieren diese von erheblich höheren Investitionsmitteln im Vergleich zu den westlichen Balkanländern.

Fazit: Reformen nötig

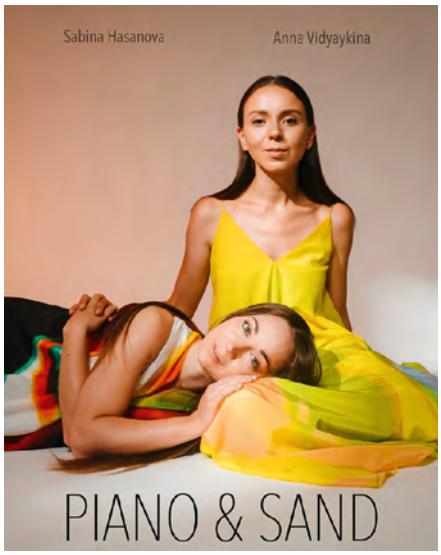
Der Bericht betont die Notwendigkeit, die Bemühungen zur Stärkung der Dezentralisierung in Südosteuropa fortzusetzen und die Gemeindeautonomie zu fördern. Trotz erheblicher Fortschritte gibt es weiterhin Herausforderungen, um die Stabilität der Gemeindefinanzen zu gewährleisten, die Einnahmensituation zu verbessern, eigene Steuern auszubauen, den Zugang zu Krediten für Investitionen zu erleichtern und dadurch die Gemeinden zu Akteuren des Wandels in ihren Regionen zu machen.

1 Hier ist einschränkend festzuhalten, dass sich der Durchschnittswert durch die sehr hohen BIP-Anteile einzelner Länder (vor allem Skandinavien) signifikant erhöht.

Bunter Herbst in den Wien Holding-Museen

Kunst, Konzerte und Ausstellungen







Ob Historisches, Musikalisches oder Kunst: Der Herbst in Wien hat einiges zu bieten, zum Beispiel die seit 11. September für das KunstHausWien entwickelte multisensorische Ausstellung „The End Is Where We Start From". Anne Duk Hee Jordan aus Korea präsentiert zwei Welten auf zwei Ebenen: Ausgehend vom Erdur, jenem Erdzeitalter, in dem erstes Leben dank einer sauerstoffreichen Atmosphäre entstand, verwandelt sich die Szenerie in eine magisch fluoreszierende Unterwasserwelt. Die Besucher*innen tauchen in die Tiefen eines von fantastischen Kreaturen und mikroskopisch kleinem Phytoplankton besiedelten Ozeans ein.

Im Mozarthaus Vienna stellt das Duo Piano & Sand mit dem Programm „New Moon" am 24. Oktober und am 5. Dezember eine Symbiose aus Klaviermusik und Sandmalerei vor. Mit Werken von Debussy, Boulanger, Rachmaninoff, Piazzolla und anderen huldigen die Künstlerinnen symbolisch dem Mond, dem Himmelskörper, der beides vermag: uns Erdbewohner*innen romantisch zu stimmen als auch die Gefühlswelt aufzuwühlen.

Daneben gibt es auch einige interkulturelle Events. „Classics from the Other Side" wurde mit der Idee gegründet, junge Musiker*innen aus Asien und Europa zusammenzubringen, um beide Kulturen durch Kammermusik zu verbinden. Am 31. Oktober präsentieren sich die jungen Talente Ania Druml und Sophie Druml mit César Franck sowie Belle Ting und Margaret Kim mit Prokofjew und Kreisler. Am 28. November unternimmt Gianmario Strappati eine „Musikalische Reise mit der Tuba". Begleitet wird er von Elena Postumi am Klavier.

Weiter geht es mit musikalischem Programm für die Kleinsten im Haus der Musik: Ein interaktives Mitmach-Konzert für Kinder von zwei bis sechs Jahren in der Reihe widmet sich am 25. Oktober und am 10. November – rund um das Laternenfest – der Legende hinter Sankt Martin. Am 15. November läuft das Erzähltheater „Der verlorene Handschuh", tags darauf, am 16. November, folgen zwei Kinderkonzerte mit Marko Simsa: „Mozart für Kinder". Dieses Konzert ist ideal für Kids von fünf bis zehn Jahren. Das Stück „Die vier Jahreszeiten – Vivaldi für Kinder" hat eine Altersempfehlung ab fünf Jahren.

Wichtige historische Momente werden im Jüdischen Museum abgebildet. Im Museum Judenplatz wird noch bis 27. Oktober die Doppelausstellung „Raub" gemeinsam mit dem Wien Museum gezeigt. Tausende Wiener Wohnungen und Häuser wurden während der NS-Herrschaft von verschiedenen Organisationen, aber auch von Privatleuten geplündert. Die geraubten Möbel, Kunstwerke und Gegenstände wurden in Besitz genommen, veräußert oder auch musealen Sammlungen zugeführt. Die Ausstellung, die sich gleichzeitig als künstlerische Installation und temporäres Denkmal versteht, entstand im Rahmen von 25 Jahren Provenienzforschung am Wien Museum.

Weitere Informationen unter:
www.kunsthauswien.com
www.mozarthausvienna.at
www.hdm.at
www.jmw.at

© Fotos: Gesine Mayer, Tim Cavadini, Courtesy the artist & Alexander Levy/Sophie Gruber

VRV – neuer Praxiskommentar

Ein Gespräch mit den beiden Herausgeber:innen

Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Heiligenbluter Abkommens haben Mitglieder des VR-Komitees ihre gesammelten Praxiserfahrungen in einem umfassenden Kommentar zur Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV) 2015 zusammengefasst. In diesem Werk wurden der Verordnungstext und die Anlagen der VRV 2015 umfangreich kommentiert und mit vielen Beispielen und Hinweisen aus dem Berufsalltag bei der Erstellung des Voranschlags und Rechnungsabschlusses ergänzt. Wertvolle Berichte des Rechnungshofes und der Landesrechnungshöfe vervollständigen den ersten Praxiskommentar zur VRV.



HANS-JÖRG HÖRMANN

ist Leiter der Gemeindeaufsicht Steiermark und unterstützt den Österreichischen Gemeindebund und den Österreichischen Städtebund als Fachexperte im VR-Komitee.



CHRISTINA PFAU

ist Fachexpertin und Legistin der VRV 2015 im Bundesministerium für Finanzen (Abteilung für Finanzverfassung und Finanzausgleich) sowie Mitglied des VR-Komitees.

ÖGZ: Wer hat am Praxiskommentar mitgeschrieben?
Hörmann: Fünf Mitglieder des VR-Komitees haben an der Kommentierung der VRV 2015 gearbeitet. Christian Schleritzko als Vertreter des Gemeindebunds; Klaus Kraml, Leiter der oberösterreichischen Landes-Buchhaltung als Vertreter der Länder; Elisabeth Oberleitner, Prüfungsleiterin am Rechnungshof und Vertreterin des Bundes; Christina Pfau vom Finanzministerium als meine Co-Herausgeberin und ich selbst, Leiter der Gemeindeaufsicht Steiermark, als Fachexperte im VR-Komitee.

Warum gibt es überhaupt das VR-Komitee?
Pfau: Das VR-Komitee wurde aufgrund des Heiligenbluter Übereinkommens 1974 ins Leben gerufen, um die Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Länder und aller Gemeinden zu vereinheitlichen. Die gemeinsame Erarbeitung wurde durch das Paktum zum Finanzausgleich 2017 nochmals bekräftigt, um einvernehmliche Lösungen zwischen den Gebietskörperschaften zu erreichen.

Wie kam es zur Idee, erstmals einen Praxiskommentar zur VRV 2015, der speziell für die Anwendung kommentiert wurde, zu erstellen?
Hörmann: In meiner täglichen Arbeitspraxis treten immer wieder Fragen zur Auslegung der VRV 2015 auf, die durch die bisherigen Erläuterungen nicht ausreichend geklärt wurden. Daher kam mir die Idee, das Wissen und die gesammelte Praxis in einem Kommentar zu verarbeiten und allen interessierten Personen in Lehre und Praxis zur Verfügung zu stellen.

Wie kam es dazu, dass sich Vertreter:innen von Bund, Ländern und Gemeinden, also die Mitglieder des VR-Komitees, sozusagen „zusammengerauft" haben, um gemeinsam an der Auslegung zu arbeiten?
Pfau: Wir sind ein tatkräftiges, konstruktives Team im VR-Komitee, das ständig nach geeigneten Lösungen für die praktische Auslegung der VRV 2015 sucht. Es ist nicht immer leicht, und die Verhandlungen sind oft langwierig und konfrontativ, aber das gemeinsame Ziel bleibt stets, sinnvolle Lösungen für ein vereinheitlichtes, transparentes Rechnungswesen von Ländern und Gemeinden zu schaffen.

Gab es bei der Verfassung des Kommentars auch Diskussionen über die Auslegung bestimmter Sachverhalte?
Hörmann: Oh ja, solche Diskussionen gab es und wird es immer wieder geben. Wir haben intensiv um gemeinsame Formulierungen gerungen, beispielsweise bei Themen wie Haushaltsrücklagen, Haftungen oder Leasing. Letztendlich haben wir jedoch immer eine gemeinsame Lösung gefunden.

Was wird im Kommentar dargestellt? Was wird kommentiert?
Pfau: Der gesamte Verordnungstext wird kommentiert, ebenso wie alle Anlagen zur VRV 2015. Es ist ein umfassendes

© Fotos: Privat (2)

Werk, in dem wir versucht haben, so viele Antworten wie möglich für die Praxis zu geben. Ziel ist, typische Fehler bei der Erstellung des Voranschlags bzw. Rechnungsabschlusses zu vermeiden und Tipps zu geben, wie sich Vermögenswerte und Schulden korrekt bewerten und erfassen lassen. Der Praxiskommentar zur VRV 2015 soll Anwender:innen dabei helfen, die Regelungen dieser Verordnung in die Praxis umzusetzen. Dies geschieht unter anderem durch rund 160 Beispiele, die verdeutlichen sollen, wie die Vorgaben der VRV 2015 korrekt umzusetzen sind. Darüber hinaus machen mehr als 100 Hinweise auf spezifische Sachverhalte aufmerksam, die in Verbindung mit der VRV 2015 stehen. Ergänzt wird der Kommentar durch etwa 75 Auszüge aus Berichten sowohl des Rechnungshofs als auch der Landesrechnungshöfe, die konkrete Feststellungen zur praktischen Anwendung der VRV 2015 enthalten.

Wann wird das Buch erscheinen?
Hörmann: Ende November 2024 ist es endlich soweit.

Es wurde auch ein Kontierungsleitfaden und ein Online-Buchhaltungs- und Bilanzierungshandbuch für Länder und Gemeinden erstellt.
Geht die Kommentierung über diesen hinaus?
Pfau: Ja, der Kommentar geht weit über den Kontierungsleitfaden und das Online-Buchhaltungs- und Bilanzierungshandbuch, auch oBHBH genannt, hinaus. Diese Werke stellen gebietskörperschaftsübergreifende nähere Erläuterungen dar, aber unser Kommentar bietet eine noch tiefere und praxisorientiertere Kommentierung.

Vielen Dank für die näheren Informationen zum Praxiskommentar; wir sind gespannt auf die Reaktionen in der Praxis.



PRAXISKOMMENTAR ZUR VRV 2015

Hans-Jörg Hörmann, Christina Pfau

MANZ Verlag Wien
Gebunden, ca. 600 Seiten

ISBN: 978-3-214-25821-4

Subskriptionspreis bis 31. 10. 2024 ca. € 104,–, danach ca. € 128,–

DIE ÖVGW-QUALITÄTSMARKE

Auf Qualität kommt es an:
mehr Sicherheit und Sauberkeit für unsere Gemeinden

ÖVGW

ÖVGW
GEPRÜFT

ZERTIFIZIERTE, JÄHRLICH KONTROLLIERTE PRODUKTE AUF DEM NEUESTEN STAND DER TECHNIK

ÖSTERREICHISCHE VERTRIEBSPARTNER MIT KUNDENDIENST, GESICHERTER ERSATZTEILVERSORGUNG UND BAUSTELLENSERVICE

SICHERE MATERIALIEN IM KONTAKT MIT TRINKWASSER

DEUTSCHSPRACHIGE GEBRAUCHSINFORMATION

GEBRAUCHSTAUGLICHKEIT, BETRIEBSSICHERHEIT UND ZUVERLÄSSIGKEIT

OPTIMALER PRODUKTEINSATZ NACH ÖVGW-RICHTLINIEN UND ÖSTERREICHISCHEM RECHT

www.ovgw.at

PARTIZIPATION

Der Zukunftshaushalt Werder

In der brandenburgischen Stadt Werder entscheiden Kinder und Jugendliche über die Verteilung eines Budgets von bis zu 200.000 Euro.

Barbara Ruhsmann, ÖGUT

Bürger:innen brachten im Herbst 2022 29 Vorschläge ein, um das Leben in der Stadt Werder (Havel) besser zu machen. Darunter die Ausstattung eines Spielplatzes mit behindertengerechten Geräten, die Einrichtung eines Volleyballfeldes, ein Mitmach-Musikfest oder die Schaffung von Fahrradboxen und Lademöglichkeiten für E-Bikes.
Die Bürger:innen brachten diese Ideen im Rahmen des Werderaner Zukunftshaushalts ein. Das ist eine Methode, um Teile des Budgets einer Kommune partizipativ festzuschreiben – in Österreich besser bekannt unter „Bürger:innenbudget". Der ungewöhnliche Zugang in Werder besteht darin, dass nicht wie sonst eine geloste, möglichst repräsentativ zusammengesetzte Jury darüber entscheidet, welche Ideen umgesetzt werden sollen, sondern einzig und allein Kinder und Jugendliche.

Schüler:innen wählen

Wahlberechtigt sind in Werder, wo der Zukunftshaushalt 2020 etabliert wurde, Kinder ab der 4. Klasse. Die Wahl selbst wird von einem „Zukunftsrat" vorbereitet, der aus gelosten Kindern und Jugendlichen besteht. Sie befassen sich in zwei Sitzungen intensiv mit den Vorschlägen und beraten die Verantwortlichen der Stadt in vielfacher Hinsicht: Zum Beispiel wie die Wahl an Schulen am besten beworben werden soll oder auch wie die Wahlunterlagen verständlicher geschrieben werden können. Danach wird die Wahl an allen Schulen durchgeführt. Bei den vergangenen beiden Verfahren in den Jahren 2020 und 2022 haben bis zu 1.700 Schüler:innen mitgemacht.
Aktuell befindet sich der Werderaner Zukunftshaushalt gerade in der dritten Runde. Bürger:innen haben im Frühherbst ihre Ideen über die Online-Beteiligungsplattform der Stadt eingebracht. Für Kinder und Jugendliche fand im September ein eigener Zukunftsworkshop statt, bei dem die Teilnehmer:innen unmittelbares Feedback zur Umsetzbarkeit ihrer Ideen erhielten, bevor sie ihre Vorschläge einreichten. Im Moment werden alle Projektideen von der Stadtverwaltung geprüft, bevor wieder der geloste Zukunftsrat aktiv wird und schließlich im Frühjahr 2025 mit Unterstützung der Schulen der Wahlvorgang startet.



Infofolder, Werderaner Zukunftshaushalt

Demokratie lernen

Von den 29 Vorschlägen im Herbst 2022 haben die Kinder und Jugendlichen übrigens 12 Projekte zur Umsetzung gewählt. Darunter das eingangs erwähnte Volleyballfeld und den barrierefreien „Spielplatz ohne Grenzen", allerdings auch Projekte, die vor allem älteren Generationen zugutekommen, wie neu aufgestellte Bänke. „Das ist schon sehr spannend zu sehen, dass die Kinder und Jugendlichen keineswegs nur für die eigenen Interessen stimmen", sagt Linus Strothmann, einer der Erfinder des Werderaner Zukunftshaushalts.
Das Beispiel zeigt gut, dass es mehr als lohnend ist, in einer Kommune Aufgaben an Kinder und Jugendliche abzugeben – selbst in scheinbar heiklen Budgetaufteilungsfragen. Als ein „Lernfeld der Demokratie" bezeichnet die Stadt selbst ihr Projekt. Lesen Sie mehr zu diesem Praxisbeispiel sowie zur Methode Bürger:innenbudget auf partizipation.at!

Dieser Artikel ist Teil einer Kooperation zwischen ÖGZ und partizipation.at, einer Initiative des BMK.

- *Alle zwei Monate informiert ein Newsletter über das Partizipationsgeschehen in Österreich: https://partizipation.at/newsletter-anmeldung/*
- *Wenn Sie selbst ein gelungenes Beteiligungsprojekt durchgeführt haben, das auf partizipation.at veröffentlicht werden soll, wenden Sie sich bitte per Mail an Barbara Ruhsmann (ÖGUT): kontakt@partizipation.at!*

© Foto: Stadt Werder (Havel)

Kommunale PIONIERINNEN

Lea Olczak

Astrid Kuffner porträtiert Österreichs erste Vizebürgermeisterin.

In einem Interview für die Österreichische Mediathek machte es Lea Olczak 2010 deutlich: Wer sich heute politisch nach rechts orientiert, „hat keine Ahnung, was es heißt, unterm Faschismus zu leben“. Im Mai 2023 ist Österreichs erste Vizebürgermeisterin im 101. Lebensjahr verstorben. Die Zeitzeugin des Nationalsozialismus heiratete 1960 Henryk Olczak, einen ehemaligen polnischen Zwangsarbeiter, den sie 1942 kennengelernt hatte. Zeit ihres Lebens setzte sie sich für Berufsberatung, Ausbildung und das Erkennen der Talente junger Menschen, insbesondere Mädchen, ein. Ehrenamtlich war sie zudem als Bewährungshelferin tätig.

Geboren wurde sie am 15. Juni 1922 als Lea Fürlinger in Braunau. Ihre beiden älteren Geschwister starben bereits im Kindesalter. Der Vater stammte aus einem Mühlviertler Dorf und kam früh zur sozialdemokratischen Partei bzw. zur Gewerkschaft, wo er sich weiterbildete. Nach dem Krieg war er Leiter der Stadtwerke Braunau. Die mütterlichen Vorfahren führten bis 1918 einen Gewerbebetrieb (Töpferei) im Haus. Die Mutter war Buchhalterin in einer Brauerei und als Gemeinderätin aktiv und führte z. B. eine Schulmilchaktion ein.

Privileg zu lernen

Ihren Eltern war sie zeitlebens dankbar, dass sie ihr die Ausbildung ermöglicht haben. Später hat sie einige Sträuße mit Vätern ausgefochten, damit deren Töchter weiter zur Schule gehen und in einen Beruf einsteigen können. Nach der Hauptschule in Braunau zog sie mit 14 Jahren alleine nach Salzburg, um ein öffentliches Realgymnasium zu besuchen. Bis zur Matura 1941 lebte sie dort in einer Mädchen-WG bei einer Witwe. Den Kriegsdienst leistete sie in Tarrenz bei Imst, studierte anschließend Germanistik in Wien, wollte aber nicht Lehrerin werden. In den Ferien arbeitete sie mehrmals im „Mattigwerk“, wo sie auch in Kontakt mit Zwangsarbeiter:innen kam. Ihre Eltern hatten ihr mitgegeben, dass man sich um andere kümmert, wo man es kann: „Das war meine Religion.“ Beim Einmarsch Hitlers war sie zu Hause, sah ihn aber nicht, weil sie weinend in die Au gelaufen war: „Ich wusste nur: Da passiert jetzt irgendetwas Schreckliches, und das ist ja dann auch so gekommen.“ So wurde etwa ihr Vater 1944 von der Gestapo abgeholt und kurzzeitig inhaftiert. Im April 1949 promovierte sie, fand aber zunächst keinen Job. Auf die Idee, als Berufsberaterin einzusteigen, brachte sie ihre Mutter. Diese Aufgabe erfüllte sie bis zur Pension 1981.

Gemeindepolitik

Ihren Einstieg in die Gemeindepolitik beschrieb sie so: „Man ist 1961 an mich als eingesessene Braunauerin herangetreten … Die männlichen Kollegen haben mich einstimmig als Vizebürgermeisterin vorgesehen.“ „Wenn sie dich brauchen, darfst du nicht Nein sagen“, mahnte ihre Mutter. Lea Olczak: „Man kann nicht nur keppeln und gescheit reden, aber selber nicht mittun – ich wollte aber politisch nie etwas werden.“

In einer Zeit, als viele Jugendliche nach der Schule keine Arbeit fanden, lag ihr Fokus als Gemeinderätin und Vizebürgermeisterin (1967 bis 1973) darauf, Ausbildungs- und Freizeiteinrichtungen zu errichten. Mit einem Kollegen brachte



sie „Jugend am Werk“ auch nach Braunau, wo junge Menschen an Betriebe vermittelt wurden. Olczak richtete auch eine hauswirtschaftliche Schule mit Garten ein, wo junge Frauen nähen, kochen, servieren etc. lernen konnten. „Kommunalpolitik“, so sagte sie im Interview, „ist was Handfestes – man wird zur Verantwortung gezogen … Ich habe mich gut durchsetzen können.“

INFOS

Lea Olczak hat in Günter Schwaigers Dokumentarfilm „Wer hat Angst vor Braunau? Ein Haus und die Vergangenheit in uns“ (2023) einen beispielhaften Beitrag geleistet.

www.mediathek.at/katalogsuche/suche/detail/?pool=BWEB&uid=1A09E9E9-303-000B9-00000D20-1A092045&cHash=3945714527bbb4170917ed14740f4f1e

© Foto: dimidimfilm



Städte gegen die Klimakrise

Die Stadt Steyr wird klimaneutral

Die Industriestadt Steyr macht mutig Neues und legt auf dem Weg zur Klimaneutralität an Tempo zu. Ein Klimaneutralitätsfahrplan dient als Leitschiene.

Carmen Braun, Stadt Steyr

Klimaschutz darf kein Luxus sein: Dieser Grundsatz aus der „Vision 2040“ der Stadt Steyr fasst zusammen, wie in Steyr der Weg zur Klimaneutralität gedacht wird. „Die Stadt macht mutig und konsequent Neues, wird grüner und leiser, achtet aber dabei auf den sozialen Ausgleich. Niemand darf zurückgelassen werden“, betont Stadträtin Katrin Auer, unter deren Leitung im Laufe eines Jahres Mandatar:innen und externe Beiräte bei intensiven ganztägigen Workshops den Klimaneutralitätsfahrplan für Steyr erarbeitet haben.

Steyr ist und bleibt Industriestadt

Schließlich ist Steyr eine Industriestadt mit reicher Geschichte, Tausende Menschen in der Stadt arbeiten in der Industrie, noch viele mehr profitieren vom Wohlstand, den die Produktionsbetriebe in die Kleinstadt brachten. „Wir wollen eine Industriestadt bleiben“, betont Bürgermeister Markus Vogl. Das sei kein Widerspruch zum Ziel der Klimaneutralität, große Betriebe wie BMW begleiten die Stadt auf ihrem Weg, indem sie die Produktion klimaneutral aufstellen.

Weniger Energie verbrauchen, klimaneutrale Energie produzieren

Das Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2040 will Steyr vor allem durch eine Reduktion des Energieverbrauchs, Effizienzsteigerung und die Dekarbonisierung der Energieversorgung erreichen. „Wir wollen, dass die Stadt Steyr mit ihren Unternehmen, die Bewohner:innen von Steyr sowie die hier ansässigen Betriebe ihren Energieverbrauch deutlich reduzieren und klimaneutrale Energie produzieren“, sagt Auer. Die Stadt geht dabei voran.

© Foto: Magistrat Steyr Presse

Seit 20 Jahren Klimabündnis-Gemeinde

Schon seit 2003 ist die Stadt Klimabündnis-Gemeinde und setzt seit Jahren Maßnahmen zum Klimaschutz. Die öffentliche Beleuchtung wird bis Ende 2025 vollständig auf LED umgestellt. Viele öffentliche Gebäude werden mit Photovoltaik-Anlagen ausgestattet. Die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung schreitet mit dem Fernwärme-Ausbau rasch voran. Mittlerweile sind rund 4.000 Wohnungen der städtischen Wohnungsgesellschaft GWG, Tausende Wohnungen anderer gemeinnütziger Wohnungsgesellschaften und öffentliche Gebäude wie etwa das Rathaus, Kindergärten oder Altenheime ans Fernwärmenetz angeschlossen und werden somit klimaneutral geheizt.

Busse fahren künftig elektrisch

Bei den Stadtbetrieben Steyr läuft aktuell die Umstellung der Busflotte auf E-Mobilität. Schon im nächsten Jahr wird ein Drittel des Liniennetzes von E-Bussen befahren. Auch der Fuhrpark des Magistrats und der Kommunalbetriebe der Stadt wird sukzessive auf E-Mobilität umgestellt. Über das Förderprogramm „Emissionsfreie Busse und Infrastruktur“ werden Mehrkosten bei der Anschaffung zu einem großen Teil unterstützt, was die Umstellung auch wirtschaftlich sinnvoll macht.

Die Stadtbetriebe planen den Kauf sogenannter Midi-Busse, das sind E-Busse mit zehn Metern Länge. Selbstverständlich ersetzt die Stadt zunächst jene Busse, die am Ende ihrer Lebensdauer angelangt sind, durch neue E-Busse. Die Stadtbetriebe testen laufend verschiedene Modelle, aktuell auch Kleinbusse, die eventuell in Zukunft auf manchen Routen eine Rolle spielen könnten.

Wasserkraft des Steyr-Flusses nützen

Ein weiterer Baustein auf dem Weg zur Klimaneutralität ist die klimafreundliche Stromerzeugung. Die Stadt will künftig die Wasserkraft der Steyr nützen und selbst Strom produzieren. Der Gemeinderat hat beschlossen, an den Wehranlagen Zwischenbrücken, St. Anna-Wehr und Kruglwehr die Errichtung von Kleinwasserkraftwerken zu unterstützen. Eine zumindest mehrheitliche Beteiligung der Stadtbetriebe Steyr (SBS) an Errichtung und Betrieb der Anlagen ist Voraussetzung dafür. Die SBS haben bereits mit einer Machbarkeitsstudie die Potenziale ermittelt bzw. bewertet und drei Planungsanzeigen für Kleinwasserkraftwerke beim wasserwirtschaftlichen Planungsorgan eingebracht. Nicht der maximale Ertrag allein darf im Vordergrund stehen, berücksichtigt werden muss dabei auch die besondere Lage der Anlagen im Altstadt- und Naturschutzbereich.

Zivilgesellschaft arbeitet mit

Erstellt wurde der Klimaneutralitätsfahrplan der Stadt Steyr unter Einbindung sehr vieler gesellschaftlicher Gruppen: So waren Vertreter:innen der Sozialpartner ebenso involviert wie Steyrer Klimainitiativen, Naturschützer:innen und städtische Stellen.

Finanziert hat das Projekt der Klima- und Energiefonds. Erarbeitet wurden eine Vision für 2040, strategische Ziele und Handlungsfelder für die Stadt Steyr und ihre Unternehmen, um das Ziel zu erreichen, sowie eine Sammlung von Maßnahmen. „Man spürt eine Zeitenwende, weil schon sehr viele Projekte laufen und aktuelle Maßnahmen, wie etwa die Neugestaltung unseres Schlossparks, vor dem Hintergrund des Klimaschutzes diskutiert werden“, berichtet Auer. „Dass das jährliche Stadtfest als Green Event veranstaltet wird, ist mittlerweile schon selbstverständlich.“

Klima-Koordinationsstelle ab Oktober

Eine konkrete Forderung aus den Workshops wird gleich am 1. Oktober umgesetzt: Eine Kompetenz- und Koordinationsstelle wird am Magistrat Steyr eingerichtet, die die Umsetzung der Klimastrategie begleitet und beratend zur Verfügung steht.

Diese Stelle soll die erforderlichen Schritte innerhalb der Stadt Steyr und ihrer Unternehmen koordinieren und gleichzeitig auch eine Bürger:innen-Servicestelle für Fragen und Anliegen zur Klimaneutralität in Steyr sein.

Busfahren wird attraktiver

Zum Klimafahrplan gehören auch weitere Maßnahmen für klimaneutrale Mobilität. Der öffentliche Verkehr wird weiter ausgebaut und damit attraktiver. Ein Effizienzsteigerungspaket, das der Gemeinderat bereits beschlossen hat, bringt ab 2025 eine bessere Anbindung von Stadtrandgebieten und eine neue Behördenlinie. Zudem werden mehr Busse den Stadtplatz direkt anfahren, was die Innenstadt stärken soll.

Seit 2019 ist die Zahl der Fahrgäste in Steyrer Stadtbussen um 250.000 gestiegen. Dieser Entwicklung will die Stadt Rechnung tragen. Zudem werden Forderungen aus der Bevölkerung berücksichtigt. Die Fahrpläne werden an die An- und Abfahrtszeiten der ÖBB angepasst, eingerichtet werden eine Frühverbindung und einzelne längere Betriebszeiten, eine Beschleunigung der Fahrzeit in den Norden und eine Entlastung häufig überfüllter Linien.

Umstieg aufs Fahrrad

Der Klimaneutralitätsfahrplan sieht außerdem eine Entsiegelung und Reduktion von Verkehrsflächen, mehr Fahrradabstellplätze, einen Ausbau der Radwege, Unterstützung für öffentliche Ladeinfrastruktur für E-Mobilität und – mit Ausnahme von Vorrangstraßen – Tempo 30 im Ortsgebiet vor.

Ideenpaket erarbeitet

Das Papier umfasst aber auch Vorschläge für Pilotprojekte, die noch näher konkretisiert werden müssen, wie etwa klimaneutrale Siedlungsentwicklung oder Dekarbonisierung im Wohnungsbestand.

„Der Umweltausschuss hat gemeinsam mit unseren vielen Beirätinnen und Beiräten bei den Workshops ein Ideenpaket erarbeitet. Diese Vorschläge können jederzeit von den jeweils zuständigen Ausschüssen weiterverfolgt und bearbeitet werden“, betont Auer. „Gemeinsam werden wir unser Ziel erreichen!“

Auf dem Weg zur klimafitten Stadt

Für die Erreichung der Klimaneutralität 2040 und die Anpassung an die bereits eintretenden Folgen des Klimawandels sind Städte und Gemeinden wesentliche Akteur:innen und Vorreiter:innen.

Klima- und Energiefonds



Die Sanierung und Aufstockung der Wohnhausanlage Wir InHAUSer, Salzburg, wurde mit dem Staatspreis Architektur und Nachhaltigkeit 2024 ausgezeichnet. Das Projekt wurde in unterschiedlichen Projektphasen (Konzeption, Demonstration von Innovation, Betrieb) vom Klima- und Energiefonds im Rahmen von Forschungsprojekten unterstützt.

Sie sind es, die konkrete Maßnahmen für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel umsetzen und die eine nachhaltige Energie- und Mobilitätswende vorantreiben. Der Klima- und Energiefonds unterstützt daher mit umfangreichen Förderangeboten den Weg zur klimafitten Stadt bzw. Gemeinde.

Für Städte und Regionen

Mit der **Mission Klimaneutrale Stadt** unterstützen das Klimaschutzministerium (BMK) und der Klima- und Energiefonds urbane Vorreiter auf ihrem Weg in eine klimafitte Zukunft. Die Mission beschleunigt die Entwicklung und Demonstration innovativer Lösungen und schafft wertvolle Lernumgebungen. Als wegweisende Vorbilder gelten dabei die zehn Pionier-Großstädte und 26 Klein- und Mittelstädte, die die Klimaneutralität bereits vor 2040 erreichen wollen und anderen österreichischen Städten als Beispiel für eine erfolgreiche Transformation dienen.

Die Initiative **Leuchttürme der Wärmewende** treibt die Wärmewende in Österreich voran, indem innovative Projekte für eine klimaneutrale Wärme- und Kälteversorgung, kombiniert mit nachhaltiger und ressourcenschonender Sanierung bzw. Adaptierung des Gebäudebestands, gefördert werden.

Das Programm **Klima- und Energie-Modellregionen (KEM)** unterstützt Gemeinden und Regionen dabei, von fossilen Energien unabhängig zu werden, indem sie den Reichtum ihrer regionalen Ressourcen nutzen und dabei ihren Energiebedarf mit einem klugen Mix aus der Produktion von erneuerbaren Energien, Maßnahmen zur Energieeffizienz und intelligenter Steuerung decken.

Das Programm **Klimawandel-Anpassungsmodellregionen (KLAR!)** ermöglicht es Gemeinden und Regionen, sich auf den Klimawandel vorzubereiten, indem sie seine negativen Auswirkungen minimieren und neue Chancen nutzen.

Die Förderangebote von **KEM** und **KLAR!** reichen von der Konzeptentwicklung über Umsetzungsmaßnahmen bis hin zur Unterstützung konkreter Investitionen in die Energie- und Mobilitätswende sowie die Anpassung an den Klimawandel. Die Programme haben durch die Einbindung lokaler Akteure, kontinuierliche Weiterbildung und ein

© Foto: Lukas Schaller

starkes Modellregionsmanagement bereits unzählige Erfolge erzielt.

Begleitprogramme und Beratungsangebote

Das Förderprogramm **Expert:innen-Pool für Gemeinden und Gemeinnützige** ermöglicht diesen, Hürden bei der Umsetzung von kommunalen Klima- und Energieprojekten sowie von Gemeinnützigen durch die Unterstützung von Expert:innen weiter abzubauen. Unterstützt wird die direkte Umsetzung von Maßnahmen, z. B. die Erstellung von kommunalen Energieplänen, Bürger:innen-Beteiligungsprozesse für Klimaschutzmaßnahmen oder Fördereinreichbegleitung bzw. -abwicklung.

„Durch den Expert:innen-Pool des Klima- und Energiefonds kann sich eine Gemeinde punktgenau benötigtes Know-how für die Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit holen. Die Programme KEM und KLAR! unterstützen uns bei der laufenden Transformation in Richtung Klimaneutralität bzw. der Anpassung an die immer stärker spürbaren Folgen der Klimaänderungen“, Bgm. Eduard KÖCK (Marktgemeinde Thaya).

Die Koordinationsstelle **Energiegemeinschaften** unterstützt Erneuerbare-Energiegemeinschaften, Bürger:innen-Energiegemeinschaften sowie gemeinschaftliche Erzeugungsanlagen mit innovativem Charakter, die das volle Potenzial von Energiegemeinschaften gemäß dem Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz nutzen und über den derzeit üblichen Standard von Energiegemeinschaften hinausgehen, um möglichst effizient und rasch von der qualifizierten Planung zu einer Gründung und Umsetzung bzw. zur Erweiterung zu kommen. Dadurch sollen die lokalen Ressourcen an erneuerbaren Energien optimal genutzt, das Potenzial an sozialgemeinschaftlichen Vorteilen ausgeschöpft und nachhaltig gewirtschaftet werden. Die Regionalprogramme der Bundesländer bieten zielgruppenorientierte Beratungsdienstleistungen zu Energie- und Ressourceneffizienz, der Anwendung erneuerbarer Energieträger und Vermeidung von Abfällen, um ein entsprechendes Problembewusstsein und Know-how in Betrieben, Gemeinden, Vereinen, Non-Profit-Organisationen, Schulen und kirchlichen Organisationen zu schaffen. Die Beratungen unterstützen österreichische Betriebe weiters beim Aufbau von betrieblichen Umweltmanagementsystemen. Das Beratungsprogramm Kleinwasserkraft unterstützt dabei, Investitionen in Richtung Revitalisierung und ökologisch verträglichen Ausbau von Kleinwasserkraft zu berücksichtigen.

Energie- und Mobilitätswende umsetzen

Das Förderprogramm **Mittlere Stromspeicheranlagen** soll zu einer Optimierung des Energiesystems und zur Stabilität des Stromnetzes beitragen. Dazu werden Vorhaben zur Installation von mittleren Stromspeicheranlagen mit einer Nettospeicherkapazität von 51 bis 1.000 kWh unterstützt. Im Rahmen des Programms **Muster- und Leuchtturmprojekte Photovoltaik** werden Investitionen in die Planung und Errichtung von innovativen PV-Anlagen größer 10 kWp bis 5 MWp gefördert. Stromspeicher können Teil des Projektes sein und können mitgefördert werden. Gefördert werden neu installierte Anlagen, die besonders innovative Komponenten oder Anlagen- bzw. Integrationskonzepte aufweisen. Besonderer Wert wird hierbei auf Systemintegration und das Potenzial zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Anlage gelegt. Das Aktionsprogramm **klimaaktiv mobil** fördert klimafreundliche Mobilitätslösungen wie etwa Investitionen in Radinfrastruktur, betriebliches und kommunales, touristisches und bildungseinrichtungsbezogenes Mobilitätsmanagement und aktive Mobilität, beispielsweise die Anschaffung von (E-) Transport-, (E-)Falt- oder Fahrrädern. Die **E-Mobilitätsförderung für Betriebe, Gebietskörperschaften und Vereine** unterstützt Gemeinden bei der Dekarbonisierung des heimischen Verkehrssystems. Gefördert werden können E-Fahrzeuge und Ladeinfrastruktureinrichtungen sowie schwere E-Nutzfahrzeuge, E-Sonderfahrzeuge, E-Leichtfahrzeuge, E-Zweiräder und Ladeinfrastruktur.

Vernetzungs- und Informationsmöglichkeiten

Das **Anpassungsnetzwerk** versucht, Initiativen im Bereich der Klimawandelanpassung aufzugreifen, bestehende Aktivitäten zu bündeln, zu vernetzen und knappe finanzielle Mittel bestmöglich einzusetzen. Das Netzwerk bietet die Möglichkeit des inhaltlichen (Erfahrungs-)Austauschs für Praktiker:innen auf regionaler Ebene, um mit den unvermeidbaren Konsequenzen des Klimawandels bestmöglich umzugehen.

www.anpassungsnetzwerk.at

Die neu überarbeitete **Infografik zu öffentlichen Unterstützungen und Strukturen im Bereich Klima für Regionen und Gemeinden** bietet einen umfassenden Überblick zu Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten verschiedenster Institutionen. Diese steht zum Download hier zur Verfügung: www.gemeindeoffensive.at/uebersicht-foerderungen-fuer-gemeinden/infografik

Eine Liste der offenen Förderangebote finden Sie außerdem hier: www.klimafonds.gv.at/ausschreibungen

Siehe auch Infokasten auf Seite 60!

ENERGIEARMUT BEKÄMPFEN

Die Koordinierungsstelle zur Bekämpfung von Energiearmut (kurz: kea) wurde im Jahr 2023 als zentrale Anlauf- und Kompetenzstelle zum Thema Energiearmut in Österreich gegründet. Im Klima- und Energiefonds angesiedelt, sorgt sie für die Vernetzung der relevanten Akteur:innen aus den Bereichen Energie, Klimaschutz, Wohnen und Soziales. Zu den vorrangigen Zielen der kea gehören die Reduzierung der Zahl energiearmer Haushalte in Österreich und die Entwicklung präventiver Maßnahmen.

Die Aufgaben der kea, die im Energieeffizienzgesetz (EEffG) geregelt sind, umfassen die Förderung von Kooperation und Vernetzung, die Entwicklung und Koordinierung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Energiearmut sowie die Bündelung und Bereitstellung von Fachexpertise und Informationen. Zudem beauftragt und veröffentlicht die kea bei Bedarf Studien und erstellt regelmäßige Berichte über ihre Tätigkeiten und aktuelle Entwicklungen.

Förderprogramme wie „Energiesparen im Haushalt: Beratung und Gerätetausch" des Klima- und Energiefonds spielen eine wichtige Rolle. Sie unterstützen Haushalte mit niedrigem Einkommen mit kostenloser Energiesparberatung und dem Austausch alter oder defekter Geräte. Weitere Informationen und praktische Hinweise für Betroffene, die in mehreren Sprachen verfügbar sind, finden sich auf der Website der kea (www.kea.gv.at).

Zu Beginn jedes Jahres veröffentlicht die kea ein Arbeitsprogramm, das die Schwerpunkte für das jeweilige Jahr festlegt. Im Jahr 2024 liegt der Fokus auf Vernetzung und Kooperation, Wissensgenerierung, der Etablierung als Kompetenzstelle und der Entwicklung von Maßnahmen.

Datenschutz in Linz

Die Jahrestagung der öffentlichen Datenschutzbeauftragten fand im Mai in Linz statt.

Thomas Sonnenschein, Österreichische Datenschutzbehörde

Bereits zum fünften Mal hat letzten Mai die gemeinsam vom Österreichischen Städtebund, dem Bundeskanzleramt und der österreichischen Datenschutzbehörde ausgerichtete Jahrestagung der öffentlichen Datenschutzbeauftragten stattgefunden.

Dieses Mal wurde die Veranstaltung im Alten Rathaus in Linz ausgetragen. Die Stadt Linz stellte dankenswerterweise den Gemeinderatssaal und den Renaissancesaal zur Verfügung. Rund 140 Teilnehmer:innen (der Großteil davon in Präsenz, aber auch online) konnten verteilt auf zwei Tage den äußerst interessanten Vorträgen der hochkarätigen Redner:innen lauschen.

Neben der aktuellen Rechtsprechung im Bereich Datenschutz (DSB, BVwG, EuGH) waren die neuen Rechtsakte der EU (Data Governance Act, Data Act, Artificial Intelligence Act), das „EU-US-Data Privacy Framework" sowie der „Datenschutz im Arbeitsrecht" Themen diverser Vorträge. Als aktuell „heiße Eisen" wurden darüber hinaus das bald in Kraft tretende Informationsfreiheitsgesetz sowie die mittlerweile unumgängliche Künstliche Intelligenz und ihre Anwendungsmöglichkeiten in der öffentlichen Verwaltung bzw. ihr Zusammenspiel mit dem Datenschutz thematisiert.

Ein Spaziergang durch die Altstadt von Linz und ein gemeinsames Abendessen in einem beliebten Linzer Gasthaus als gemütlicher Ausklang des ersten Tages rundeten das Programm ab und haben den Teilnehmer:innen die ausgiebig genutzte Möglichkeit zum Gedankenaustausch geboten.

Aufgrund zahlreicher positiver Rückmeldungen darf behauptet werden, dass die diesjährige Veranstaltung sowohl bei den Teilnehmer:innen als auch bei den



Vortragenden wieder großen Anklang gefunden hat.

Auch schon aus diesem Grund freuen wir uns bereits auf die nächste Tagung der öffentlichen Datenschutzbeauftragten, welche 2025 voraussichtlich in Innsbruck stattfinden wird.

© Foto: Stadt Linz/Strum

Zukunft gemeinsam gestalten

Österreichischer Verwaltungspreis 2025: Einreichfrist für innovative Projekte von 15. Oktober 2024 bis 23. Jänner 2025!

Der Österreichische Verwaltungspreis wird von der Sektion Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation des Bundesministeriums für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport unter der Schirmherrschaft von Vizekanzler Werner Kogler ausgeschrieben.
Als größter gesamtösterreichischer Verwaltungswettbewerb richtet er sich an innovative Projekte aller Organisationseinheiten und Verwaltungsebenen des öffentlichen Dienstes in Österreich, einschließlich der Eigenbetriebe. Auch Kooperationsprojekte mit Partnerorganisationen sind teilnahmeberechtigt, sofern die öffentliche Hand mehrheitlich beteiligt ist.

Folgende Einreichkategorien werden angeboten:

1. Strategische Steuerung, digitale Transformation und Einsatz von KI
2. Innovatives Servicedesign und digitale Services
3. Partizipation und Co-Creation
4. Diversität, Gleichstellung, Integration und Inklusion
5. Ökologische Nachhaltigkeit, Energieeffizienz und Klimaschutz
6. Attraktiver Arbeitgeber öffentlicher Dienst – all generations

Der Sonderpreis „Innovationsfördernde öffentliche Beschaffung“ wird erneut in Kooperation mit dem Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft und dem Klimaschutzministerium durchgeführt. Dieser zeichnet über alle Kategorien hinweg das innovativste Beschaffungsprojekt aus. Darüber hinaus wählen, unabhängig von der Expert:innen-Jury, auch Studierende facheinschlägiger Studienrichtungen österreichischer Hochschulen in den jeweiligen Kategorien ein Sieger-Projekt. Weiters gibt es ein Community-Voting für die Kategorie „Innovatives Servicedesign und digitale Services“.

Wissen ist wertvoll

Vizekanzler Kogler sagt zum Start des Österreichischen Verwaltungspreises 2025: „Der Österreichische Verwaltungspreis will gelungene, zukunftsweisende Initiativen und Projekte der öffentlichen Verwaltung unterstützen, indem er sie vor den Vorhang holt, auszeichnet und zu Austausch, Vernetzung und Weiterentwicklung anregt. Ihr Wissen ist wertvoll! Teilen Sie es mit Ihren Kolleginnen und Kollegen und der Öffentlichkeit. So schaffen wir einen Mehrwert für alle. Machen Sie mit und reichen Sie Ihre innovativen Projekte bis 23. Jänner 2025 ein!“
Einen Überblick über aktuelle Innovationsschwerpunkte im öffentlichen Dienst bietet die Projekt-Datenbank unter www.verwaltungspreis.gv.at mit rund 800 österreichischen Innovationsprojekten der letzten Jahre. Lassen Sie sich inspirieren und zur Teilnahme am Österreichischen Verwaltungspreis 2025 motivieren!

Kick-off-Event am 15. Oktober 2024 (online)

Am 15. Oktober 2024 findet von 10:00–12:30 Uhr online der Kick-off zum Österreichischen Verwaltungspreis 2025 statt: Im Rahmen dieser Informationsveranstaltung werden Ablauf und Kategorien des Österreichischen Verwaltungspreises 2025 näher vorgestellt. Nutzen Sie die Gelegenheit, Ihre Fragen zum Wettbewerb zu stellen, sich Tipps für die Einreichung zu holen und sich mit der



Innovations-Community der öffentlichen Verwaltung zu vernetzen. Die Anmeldung zu dieser Auftakt-Veranstaltung ist über die Website www.verwaltungsinnovation.gv.at oder über www.verwaltungspreis.gv.at möglich.

Österreichischer Verwaltungspreis 2025
Einreichfrist für innovative Projekte: 15. Oktober 2024 bis 23. Jänner 2025
Nähere Informationen:
www.verwaltungspreis.gv.at
Kontakt: Sandra Kastenmeier
Tel. +43 1 716 06-667435
verwaltungspreis@bmkoes.gv.at

© Foto: Marko Kovic



vConnect

Game Changer in der kommunalen Softwarelandschaft

Simon Groß, Vorarlberger Gemeindeverband

Mit vConnect hat der Vorarlberger Gemeindeverband gemeinsam mit dem Land Vorarlberg eine Plattform für bestens aufbereitete Information, gezielte Kommunikation und die einzelnen Verwaltungsebenen übergreifende Zusammenarbeit aufgebaut. Nach dem Start des Landes im September 2022 sind seit Jänner 2023 der Vorarlberger Gemeindeverband, alle 96 Vorarlberger Gemeinden, die Bürgermeister:innen und administrativen Gemeindeleitungen sowie viele Gemeindemitarbeitende mit an Bord. Beide Projektpartner haben inzwischen einige Seiten zu verschiedenen Themen verwaltungsübergreifend geöffnet, so etwa die laufenden aktuellen Informationen aller Themenkreise des Vorarlberger Gemeindeverbandes oder Landes-Abteilungen wie etwa das „Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung“ oder die Abteilung „Gesetzgebung des Landes Vorarlberg“.

Somit ist vConnect inzwischen zur zentralen Wissens-, Kommunikations- und Zusammenarbeitsplattform geworden, an die nicht nur alle 96 Gemeinden, sondern auch die Landesbediensteten angebunden sind: Ein wesentliches Charakteristikum ist die hervorragende Eignung zur verwaltungsübergreifenden Zusammenarbeit. In der Praxis erweist sich vConnect als perfektes Beispiel dafür, welche Potenziale im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Verwaltung gehoben werden können. „Wir erleben täglich, wie sich vConnect mehr und mehr in unserem Arbeitsalltag verankert. Das Wissen wächst und der Austausch nimmt Fahrt auf“, sagt Andrea Kaufmann, Präsidentin des Vorarlberger Gemeindeverbandes.

Digitale Transformation

Dass alle Gemeinden eines Bundeslandes sowie die Landesverwaltung in einer gemeinsamen Plattform ein „digitales Zuhause“ finden und dort zusammenarbeiten, ist in Österreich bisher noch einzigartig und wurde in der Finalrunde

© Foto: Freepik

des Österreichischen Verwaltungspreises 2023 auch mit einer Auszeichnung gewürdigt.
Vor allem im Austausch unter den Gemeinden und auch zwischen Gemeindeverband und allen 96 Gemeinden zeigt sich ein sehr großes Potenzial, das sich immer mehr im Arbeitsalltag bewährt. Die ehemaligen E-Mail-Rundschreiben und wichtigen Informationen seitens des Gemeindeverbandes werden vollumfänglich über vConnect abgewickelt – zeitunabhängig, direkt und unmittelbar. Auf den Seiten des Vorarlberger Gemeindeverbandes und den sieben Themenkreisen werden laufend Wissensartikel, Hilfestellungen und Anleitungen sowie Vorlagen oder Formulare für die Bürgermeister:innen, Amtsleiter:innen und Bediensteten in den Gemeinden zur Verfügung gestellt. Derzeit abonnieren über 4.000 Nutzer:innen die verschiedenen Informationskanäle. Es werden somit wichtige Informationen zeitnah aufbereitet und können im Sinne des Pull-Prinzips leicht aufgefunden und direkt abgerufen werden. Alles kann ortsungebunden und unabhängig von der Endgeräteart – im Homeoffice oder im Außendienst, am Desktop wie auch am Tablet oder Smartphone – schnell und zielgerichtet abgerufen oder eingearbeitet werden.

Die Eier legende Wollmilchsau

Dieser laufend wachsende, aber stets übersichtliche Informationsgehalt und auch die leicht bedienbare und innovative Nutzeroberfläche sind gemäß einer durchgeführten Befragung der Nutzer:innen in den Gemeinden zu einem Großteil bestätigt und als sehr positiv eingeschätzt worden. Inzwischen nutzen auch einige Städte und Gemeinden vConnect für ihr eigenes Intranet.
Jeder Umstieg ist zu Beginn mühsam. vConnect kann aber sehr viel, und das sehr gut. Ziel ist, dass alle 96 Gemeinden und auch die Landesverwaltung die vielzähligen Möglichkeiten von vConnect noch intensiver nützen und bespielen, dann wird vConnect ein Game-Changer“, ist sich Selina Bilgeri, Projektleiterin innovative IT-Lösungen im Vorarlberger Gemeindeverband, sicher.
Der Innovations-, Zusammenarbeits- und Optimierungscharakter von vConnect zur Modernisierung von Kommunikation und Austausch über Verwaltungsgrenzen hinweg ist ein deutlicher und unverzichtbarer Vorteil in der modernen Arbeitswelt.

VCONNECT

Kommunalarchivtagung in Bludenz

75 Archivar:innen aus Österreich, der Schweiz sowie Deutschland und Liechtenstein trafen einander im April in Bludenz.

Nach der Begrüßung durch die Vorsitzende, Direktorin Brigitte Rigele vom Wiener Stadt- und Landesarchiv, eröffnete Bürgermeister Simon Tschann das Arbeitskreistreffen. Am Programm standen Vorträge über Vorarlberger Kommunalarchivverbünde wie das Montafon Archiv, das Regionalarchiv Bludenz-Bürs-Nüziders und das Walgau-Archiv – und die Maßnahmen des Niederösterreichischen Landesarchivs zur Unterstützung der kommunalen Archive. Christof Thöny referierte über Projekte der Stadt Bludenz und des Geschichtsvereins „Gemeinsam Stadt erforschen“ und Jürgen Illigasch über „Kleine Maßnahmen der Bestandserhaltung mit weitreichender Wirkung“. Bei einer Stadtführung wurden die Altstadt, das Stadtmuseum, das Kriegerdenkmal und das Stadtarchiv besichtigt.



© Foto: BMKÖS

Am zweiten Tag wurde Wolfram Dornik, Leiter des Stadtarchivs Graz, zum neuen Vorsitzenden gewählt.
Unter anderen berichtete Maria Benauer über das Projekt „Digitales-Archiv-Dornbirn“, Niko Hofinger zum Thema „Das Stadtarchiv Innsbruck geht hinaus mit den Quellen“ und Matthias Vigl zu „Vom Datenfriedhof zum digitalen Lesesaal“.
Die Tagung in Bludenz unterstrich die wachsende Wertschätzung für die eigene Geschichte, insbesondere die Bedeutung des kommunalen Archivs.

Nachhaltige Photovoltaikanlagen

Förderung einer umweltfreundlichen und ethischen Beschaffung in der EU

Nina Anzeletti, Johannes Stalzer, Schönherr Rechtsanwälte

Am 15. April 2024 wurde die Europäische Solar-Charta[1] unterzeichnet. Die neue Charta, welche nicht nur von Österreich und anderen EU-Mitgliedstaaten, sondern zusätzlich von Interessensvertreter:innen und Wirtschaftsteilnehmer:innen der Solarbranche (u. a. von Solar Power Europe[2], ESMC[3] , MCPV[4]) unterzeichnet wurde,[5] dient der Unterstützung der europäischen PV-Industrie und langfristigen Absicherung der Energie-Souveränität der EU. Im Subventionswettlauf – insbesondere mit China und den USA – will die EU gezielt Solarmodule „Made in Europe" fördern.[6] Dabei spielt nicht nur der Produktionsstandort eine Rolle, sondern auch die Qualität der PV-Anlagen. Aspekte der Lieferkette und das Erfüllen von Nachhaltigkeitskriterien sollen eine größere Bedeutung bekommen. Die Solar-Charta nimmt inhaltlich Bezug auf die Ziele des Net-Zero Industry Act[7] (NZIA), welcher als EU-Verordnung seit Juni 2024 in Kraft ist und Vorgaben für die vergaberechtliche Beschaffung von PV enthält (Artikel 25 NZIA).

Chancen und Risiken für den PV-Sektor in der EU

Die Solarenergie ist die derzeit am schnellsten wachsende Form der nachhaltigen Energiegewinnung in der EU.
In den Jahren 2022 und 2023 wurde in der EU eine Menge an PV-Strom erzeugt, die dem Äquivalent von rund 15 Milliarden m³ Gas entspricht. Zur Einordnung: Im Jahr 2023 betrug der Gasverbrauch in Österreich rund 6,9 Milliarden m³.[8] PV bietet daher eine Chance, die Abhängigkeit von Gas-Importen zukünftig weiter zu verringern. Zudem ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze ein positiver Anreiz. Bereits bisher wurden durch die PV-Produktion ca 650.000[9] neue Arbeitsplätze in Europa geschaffen. Erwartet und erhofft wird, dass diese Zahl bis 2030 auf über 1 Mio. ansteigt.[10] Diesen Chancen stehen aktuell jedoch auch Herausforderungen gegenüber, die Anlass für zunehmende Kritik sind: Ein Großteil des PV-Bedarfs für Europa wird durch Importe gedeckt – vor allem aus China. Diese Tatsache birgt laut EU-Kommission langfristige Risiken für den europäischen Markt. Die Beschaffung von nachhaltigeren und ethischeren PV-Anlagen durch die öffentliche Hand soll dem Trend gegensteuern und andere Marktanreize schaffen. Um die Überschwemmung des Marktes mit Billig-PV-Anlagen zu verhindern und die EU nicht nur als PV-Abnehmerin, sondern auch als Produktionsstätte zu positionieren, soll bei der Beschaffung von PV-Anlagen die Verwendung von Qualitätskriterien bzw. nicht preisbezogenen Zuschlagskriterien gefördert werden.

Unterstützung für öffentliche Auftraggeber

Auf der digitalen Plattform „Community of Public Buyers of Sustainable Solar PV" (kurz: PV-Community) haben öffentliche Auftraggeber die Möglichkeit, sich mit anderen Marktakteuren auszutauschen und sich bei der Beschaffung von PV-Anlagen unterstützen zu lassen. Dieses Jahr veröffentlichte die PV-Community neue Schwerpunkte für die PV-Beschaffung mit folgenden Nachhaltigkeitsthemen: die zielgerichtete Vermeidung negativer Umweltauswirkungen durch PV-Beschaffungen, die Verbesserung der Langlebigkeit von PV-Anlagen sowie die Förderung von ethischen bzw. nachhaltigen Praktiken in der PV-Lieferkette (Details in der Infobox). Für den Plattform-Zugang ist eine Registrierung[11] bzw. ein Antrag per E-Mail[12] erforderlich.

INFOBOX

Parameter für eine nachhaltige und ethische PV-Beschaffung in der EU:

1. *Ethische Mindeststandards: PV-Beschaffungsstandards im Zusammenhang mit fairen Arbeitsbedingungen entlang der Liefer- und Produktionskette (Stichwort: Zwangsarbeit).*
2. *Recycling: Entwicklung und Ausbau von Recycling-Programmen für PV-Anlagen zur Verbesserung der Nachhaltigkeit.*
3. *Lebensdauer: Unterstützung von PV-Technologien, welche die technische Lebensdauer verbessern.*
4. *Emissionsreduktion: Förderung von PV-Anlagen mit niedrigerem CO2-Fußabdruck.*
5. *Materialeinsatz: Beschaffung von PV-Modulen ohne den Einsatz von toxischen Werkstoffen.*

Faktoren für eine nachhaltigere und ethischere PV-Beschaffung

PV-Module sind keine homogene Produktgruppe. Die PV-Angebote variieren stark hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitsaspekte. Beispielsweise schwankt die Lebensdauer zwischen 10 und 30 Jahren und der CO2-Fußabdruck zwischen 250 und 1.000 kg CO2/kWp.[13] Zudem gibt es große Unterschiede bei der Vertragsgestaltung, die sich später auf die Rentabilität der Investition auswirken (u. a. im Zusammenhang mit Pönalen für verspätete Lieferungen, fehlende Wartungsverträge). Vor diesem Hintergrund sieht die neue NZIA vor, dass öffentliche Auftraggeber (u. a. im Sinne des BVergG 2018) in Zukunft verpflichtend Nachhaltigkeitskriterien beachten müssen. Hierzu wird die EU-Kommission bis zum 30. März 2025 konkrete Vorgaben für die ökologische Nachhaltigkeit erlassen (delegierter Rechtsakt, siehe Artikel 25 Abs. 5 NZIA).



Herausforderungen

Ein Blick in die zuletzt öffentlich bekannt gemachten Ausschreibungen in Österreich zeigt, dass bei PV-Ausschreibungen aktuell das Billigstbieterprinzip dominiert. Sofern bei der Beschaffung qualitative Aspekte als Zuschlagskriterium bewertet wurden, fehlte der Bezug zur Nachhaltigkeit (im Sinne der Kriterien aus der Infobox). Neben dem vergaberechtlichen Beschaffungsvorgang und den Herausforderungen bei der Ausgestaltung der PV-Ausschreibung gibt es insbesondere zahlreiche (energie-)rechtliche Aspekte, die bei der PV-Beschaffung zu beachten sind, zum Beispiel: Wie darf der mit PV-Modulen produzierte Strom verwendet werden? Welche Rechtsfolgen treten ein, wenn der Strom ganz (oder überwiegend) in das öffentliche Netz eingespeist wird und nicht selbst verbraucht wird? Zudem ist auch die Möglichkeit der (kostenfreien) Lieferung von Strom an verbundene Gesellschaften oder die Möglichkeit der Gründung einer Energiegemeinschaft zu berücksichtigen. Schließlich kann die PV-Strom-Einspeisung je nach Projektausgestaltung dazu führen, dass das besondere Sektorenregime für öffentliche Auftraggeber anzuwenden ist. Diese energierechtlichen Themen stehen im Zusammenhang mit der PV-Beschaffung und sind ebenfalls zu prüfen.

Fazit und Ausblick

Eine nachhaltige und ethische Beschaffung von PV-Anlagen in der EU wurde als zentrale Maßnahme zur Etablierung einer resilienten EU-Solarbranche festgelegt. Die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten hilft nicht nur dabei, ökologische Ziele zu erreichen, sie stärkt zudem den Wirtschaftsstandort der EU. Freiwillige Initiativen, die Zusammenarbeit mit öffentlichen Auftraggebern sowie die (teilweise neuen) vergaberechtlichen Regelungen geben öffentlichen Auftraggebern in Österreich ein rechtliches Rahmenwerk vor und bieten zugleich Unterstützung bei der Umsetzung in der Praxis. Wie die konkreten Vorgaben basierend auf der NZIA lauten werden, ist derzeit noch offen. Sinnvoll ist es aber bereits jetzt, sich über internationale Portale mit anderen öffentlichen Einrichtungen wie der PV-Community zu vernetzen und sich aktiv entsprechende Beratung zu holen.

1 Solar Charta 2024, abrufbar unter: https://energy.ec.europa.eu/topics/renewable-energy/solar-energy/european-solar-charter_en?prefLang=de

2 https://www.solarpowereurope.org/

3 European Solar Manufacturing Council (siehe: https://esmc.solar/)

4 https://mcpv.eu/

5 BMK (2024), Die österreichische Photovoltaik-Strategie.

6 EU-Kommission, Pressemitteilung vom 16. April 2024, abrufbar unter: https://germany.representation.ec.europa.eu/news/fur-photovoltaik-made-europe-kommission-unterstutzt-europaische-industrie-mit-neuer-solar-charta-2024-04-16_de

7 NZIA = Verordnung (EU) 2024/1735 vom 13. Juni 2024 zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Ökosystems der Fertigung von Netto-Null-Technologien.

8 Daten abrufbar unter: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/41026/umfrage/oesterreich-erdgas verbrauch-in-milliarden-kubikmeter/

9 Solar Charta 2024.

10 Community of Public Buyers for Sustainable Solar PV, Factsheet vom 22. März 2024.

11 Registrierung online unter: https://public-buyers-community.ec.europa.eu/communities/community-public-buyers-sustainable-solar-pv/how-become-member

12 Per E-Mail an: big.buyers@eurocities.eu

13 Community of Public Buyers for Sustainable Solar PV: https://public-buyers-community.ec.europa.eu/communities/community-public-buyers-sustainable-solar-pv

14 Community of Public Buyers for Sustainable Solar PV, Factsheet vom 22. März 2024.

15 Abfrage im USP unter: https://ausschreibungen.usp.gv.at/at.gv.bmdw.eproc-p/public/tenderlist

© Foto: Getty Images

Kommunalsteuer

Grundsätze der Abgabenerhebung

Die Bundesabgabenordnung erkennt unter Abgabenerhebung alle jene formellen abgabenbehördlichen Maßnahmen, welche der Durchführung der materiellen Abgabenvorschriften dienen, konkret insbesondere auch zur Erhebung der Kommunalsteuer. Im ersten Abschnitt dieses Fachartikels in der vorliegenden Ausgabe werden grundsätzliche Aspekte der Abgabenerhebung wie Ermittlungsverfahren oder Abgabenprüfung behandelt, im zweiten Abschnitt (erscheint in ÖGZ 11) die Möglichkeiten der Einhebungseinschränkung oder zwangsweisen Abgabeneinbringung.

Peter Mühlberger, Konsulent Österreichischer Städtebund

I. Abgabenpflichtiger

I. I Bescheidadressat

Die Feststellung des Abgabenpflichtigen ist ein wesentliches Element des Abgabenverfahrens; Abgabenpflichtiger ist demnach, wer nach den materiellrechtlichen Abgabenvorschriften als Abgabenschuldner in Betracht kommt. Die Abgabenbehörde ist verpflichtet, den abgabepflichtigen Abgabenschuldner als Bescheidadressat rechtskonform zu benennen; die formell unrichtige Benennung beispielweise eines Organs oder einer (nicht rechtsfähigen) Einrichtung eines Rechtsträgers, anstatt des Rechtsträgers selbst als Bescheidadressat, beeinträchtigt nicht die Rechtswirksamkeit des Abgabenbescheides, wenn unter Berücksichtigung der Rechtsgrundlage und der Bescheidbegründung nicht zweifelhaft wäre, dass der Abgabenbescheid gegen den eigentlichen Rechtsträger gerichtet war und die Abgabenbehörde den Rechtsträger als Abgabenschuldner heranziehen wollte.

I. II Abgabenschuldner

Als Abgabenschuldner kommen nach dem Kommunalsteuerrecht in Betracht

- bei protokollierten und nicht protokollierten Firmen die jeweiligen Rechtsträger, welche – und nicht die Firma – als Abgabenschuldner heranzuziehen sind, womit in das Firmenvermögen, aber auch in das Privatvermögen des Rechtsträgers Abgabenvollstreckung rechtlich möglich wäre;
- bei Körperschaften öffentlichen Rechts, wie Gemeinden (Gebietskörperschaften) oder Kammern (Personalkörperschaften) oder Körperschaften privaten Rechts (AG, GmbH, gemeinnützige GmbH) die jeweilige Körperschaft, nicht aber deren einzelne Betriebe, was bei einer Abgabennachschau und einer Abgabenbescheiderlassung zu berücksichtigen sein wird (keine sukzessive Abgabenvorschreibung wegen res iudicata);
- bei Mitunternehmerschaften, wie Offene Gesellschaft oder Kommanditgesellschaft, die Personengesellschaft selbst, aber auch die einzelnen Gesellschafter, welche solidarisch mit der Personengesellschaft für deren Abgabenschulden heranzuziehen sind (keine Haftung der Gesellschafter, sondern Gesamtschuldbescheid), weshalb es sich in der Regel empfiehlt, im Gesamtschuldbescheid im Bescheidspruch Gesellschaft und alle Gesellschafter anzuführen; es wäre aber in diesen Abgabenfällen einer Geltendmachung der Gesamtschuld auch eine sukzessive Heranziehung der jeweiligen Gesamtschuldner, wie zuerst Gesellschaft und nachfolgend einzelne Gesellschafter rechtlich möglich – bei Insolvenz der Gesellschaft ist diese als Gesamtschuldner auszuschließen;
- bei Gesellschaften bürgerlichen Rechts handelt es sich um „sonstige Personengesellschaften“ im Sinne des § 3 Abs. 1 letzter Satz KommStG, wie beispielsweise Arbeits-, Kanzlei- oder Arztgemeinschaften und damit nach bürgerlichem Recht nicht rechtsfähige Personenvereinigung (Personengemeinschaft), wobei die Gesamtschuld bekanntlich gleichzeitig mit der Abgabenschuld entsteht; Personenvereinigungen sind grundsätzlich Abgabenrechtssubjekte, an welche der Abgabenbescheid zwar adressiert, aber der Abgabenanspruch mangels Rechtsfähigkeit nicht durchgesetzt bzw. nicht vollstreckt werden könnte, weshalb analog zu einem Gesamtschuldverhältnis die Inanspruchnahme der jeweiligen Gesellschafter als Gesamtschuldner im Ermessen der Abgabenbehörde liegt und im Abgabenspruch ein oder mehrere Gesellschafter (nicht die Gesellschaft, weil diese nicht rechtsfähig) anzuführen sind;
- bei den im § 8 Zi 2 KommStG angeführten Personenvereinigungen handelt es sich um keine Personengesellschaften, sondern um nach § 3 KStG nicht rechtsfähige, einkommens- und ansonsten körperschaftssteuerrechtlich nicht steuerbare Steuersubjekte bzw.

Wirtschaftsgebilde, wie etwa Betriebsratsorganisationen, wobei die Formulierung vom Körperschaftssteuerrecht übernommen worden war.

I. III Abgabenanspruch

Die Abgabenschuld des jeweiligen Abgabenschuldners entspricht grundsätzlich dem Abgabenanspruch der Abgabenbehörde. Der Begriff des Abgabepflichtigen ist aber weiter als jener des Abgabenschuldners, weil eine allfällige Abgabenbefreiung den Abgabepflichtigen von der Abgabenschuld befreien könnte. Abgabenschuldner bleibt dieser aber auch in einem Insolvenzverfahren und ist, beispielsweise bei Abgabenvorschreibungen im Rahmen der Betriebsfortführung, auch weiterhin im Spruch des Abgabenbescheides als solcher anzuführen, während der Abgabenbescheid selbst natürlich an den Masseverwalter zu adressieren wäre, weil der Abgabenschuldner im Insolvenzverfahren nicht handlungsfähig ist.

I. IV Bescheidzustellung

Sofern ein Abgabenbescheid an Personen gerichtet ist, welche dieselbe abgabenrechtliche Leistung schulden (Gesamtschuldner) oder gemeinsam zu einer Abgabenleistung heranzuziehen sind (Miteigentümer), können diese einen gemeinsamen Zustellbevollmächtigen bekanntgeben bzw. gilt mit der Zustellung der Ausfertigung an eine dieser Personen die Zustellung an alle Bescheidadressaten als vollzogen, wenn nach § 101 BAO auf diese Rechtsfolge in der Ausfertigung ausdrücklich hingewiesen wird.

II. Abgabenermittlung

II. I Rechtsgrundlagen

Die Abgabenerhebung hat hinsichtlich der Kommunalsteuer die Rechtsgrundlage in § 11 Abs. 3 F-VG 1948, wonach die im § 16 FAG 2024 genannten ausschließlichen Gemeindeabgaben grundsätzlich durch Organe jener Gebietskörperschaften bemessen und eingehoben und damit erhoben werden, für deren Zwecke sie ausgeschrieben werden; nach den Rechtsnormen des Finanzausgleichsrechts (... soweit nicht bundesgesetzlich Vorschriften ...) ist für die gesetzliche Regelung der Erhebung und Verwaltung der Kommunalsteuer der Bundesgesetzgeber zuständig und dies betrifft die Bundesabgabenordnung als Verfahrensrechtsnorm und das Kommunalsteuergesetz als Materienrechtsnorm.

II. II Ermittlungsmaßnahmen

Die Bundesabgabenordnung sieht im Zusammenhang mit Erhebungsmaßnahmen vor allem Kontrollmaßnahmen, Aufsichtsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen im Vorfeld der Bescheiderlassung vor. Die Abgabenbehörden sind von sich aus nach § 114 BAO verpflichtet, im Sinne einer Gleichmäßigkeit der Abgabenbesteuerung alle Abgabentatbestände zu erfassen und Abgabenverkürzungen zu verhindern und dabei abgabenrechtlich relevante Sachverhalte und Rechtsverhältnisse zu ermitteln; gleichzeitig sind die Abgabenbehörden rechtlich verpflichtet, ihre abgabenrelevanten Ermittlungsergebnisse den Abgabenparteien bekanntzugeben, soweit diese nicht bereits den Abgabenparteien bekannt sind oder bekannt sein sollten.

Im Rahmen der Abgabenerhebung sind die Abgabenbehörden nach § 143 BAO berechtigt, nicht nur bei potenziellen Abgabepflichtigen, sondern auch bei nicht abgabepflichtigen Personen Auskunft über alle für die Erhebung von Abgaben (Kommunalsteuer) maßgebenden Sachverhalte und Rechtsverhältnisse zu verlangen.

Im Rahmen von Nachschauhandlungen nach § 144 BAO dürfen die Organe von Abgabenbehörden Betriebsstätten betreten und dort in Bücher und Aufzeichnungen Einsicht nehmen oder die Vorlage von Unterlagen verlangen; soweit Sachverhaltsermittlungen nur durch Mitwirkung der Abgabenparteien möglich sind, kann die Abgabenbehörde die Vorlage von Unterlagen verlangen bzw. bei Nichtbefolgung eine Zwangsstrafe als Abgabenschuld (keine Verwaltungsstrafe), allenfalls mehrmals androhen und auch bescheidmäßig vorschreiben.

Der Einwand des Datenschutzes ist insoweit rechtlich nicht relevant, als beispielsweise bei Geltendmachung von befreiungsrelevanten Tatsachen nach § 8 Zi 2 KommStG, wie körperliche Beeinträchtigungen, der diese anführende Abgabepflichtige diese Umstände nicht nur zu behaupten, sondern nachzuweisen bzw. wenn nicht zumutbar, zumindest glaubhaft zu machen hat und überdies die Wahrnehmung von abgabenrechtlichen Aufgaben im öffentlichen Interesse liegt und daher auch nach Datenschutzrecht rechtmäßig ist.

II. III Mitwirkungspflichten

Die Bundesabgabenordnung sieht aber darüber hinaus umfassende Mitwirkungspflichten der Dienststellen des öffentlichen Rechts und auch der Abgabenparteien selbst vor.

Diese Mitwirkungspflicht betrifft natürlich die Finanzbehörden des Bundes, die Organe der Gesundheitskasse, Abgabenbehörden anderer Gemeinden oder des Landes, aber auch Gerichtsbehörden hinsichtlich Aktenstücken oder Gerichtsurteile. Die Abgabenbehörden haben nach § 158 Abs. 4 BAO Einsichtsrechte in öffentliche Bücher, wie Grundbuch, Firmenbuch und Rechtssysteme wie Zentrale Melderegister, Unternehmensregister und Kfz-Zulassungsregister, Vereinsregister, Gewerbeinformationssystem.

Allfällig notwendige Rechtshilfeersuchen sind im Art. 22 B-VG und § 158 BAO begründet, woraus sich aber auch die wechselseitige Beistandspflicht ergibt. Danach können die Abgabenbehörden der Gemeinden im jeweiligen Abgabeneinzelfall konkrete Anfragen über ein bei der Finanz oder Gesundheitskasse anhängiges Abgabenverfahren mit gleicher Rechtsproblematik, wie etwa Abgabepflicht eines Geschäftsführers, stellen, um im Sinne einer Vereinheitlichung der Abgabeneinhebung eine analoge abgabenrechtliche Entscheidung zu treffen oder ein allenfalls nach § 271 BAO ausgesetztes Abgabenverfahren fortzuführen. Diese Rechtshilfeform begründet sich über § 158 Abs. 1 BAO hinaus insbesondere auf § 158 Abs. 3 BAO, wonach den Abgabenbehörden „jede zur Durchführung der Abgabenerhebung dienliche Hilfe zu leisten ist“.

Neben der Rechtshilfeverpflichtung der öffentlichen Dienststellen kommt auch den Abgabenparteien eine besondere Mitwirkungspflicht im Abgabenverfahren

zu; so haben die Abgabenpflichtigen gemäß § 119 Abs. 1 BAO die für den Bestand und Umfang einer Abgabepflicht oder die für die Erlangung einer abgabenrechtlichen Begünstigung oder Abgabenbefreiung relevanten Umstände und Tatsachen vollständig und wahrheitsgemäß offenzulegen, welche für die Abgabenfestsetzung oder Abgabenbefreiung rechtlich relevant sind, d. h. sollte der Abgabenpflichtige im Rahmen eines grundsätzlich nicht abgabebefreiten Gewerbebetriebes eine abgabebefreite Behindertenfürsorge geltend machen, hätte der Abgabenpflichtige die jeweilige Beeinträchtigung der betreuten Personen nachzuweisen und kann sich nicht auf einen allfälligen Datenschutz berufen.
Der Grundsatz der Zumutbarkeit betrifft die Abgabenbehörden sowohl hinsichtlich ihrer amtswegigen Ermittlungspflicht, aber auch die Abgabenpflichtigen bezüglich ihrer Mitwirkungspflicht.

III. Abgabenkontrolle

III. I Kontrollmöglichkeiten

Ein wesentliches rechtliches Instrumentarium der Abgabenbehörden bei der Abgabeneinhebung stellen die sogenannten Prüfrechte dar, welche von der Auskunftsverpflichtung aller auch nicht abgabepflichtiger Personen und Einrichtungen über die Nachschaurechte der Abgabenbehörden bis über die Prüfrechte der gemeinsamen Prüfung lohnabhängiger Abgaben und Beiträge und damit auch der Kommunalsteuer für die Gemeinden und schließlich unter gewissen Umständen Prüfrechte der Kommunen selbst reichen.

III. II Nachschau

Nachschaurechte unterscheiden sich von den Prüfrechten vor allem hinsichtlich Umfang, Intensität und Formalismus, wobei Nachschaurechte zumeist von den Kommunen als „gelindeste, aber doch essenzielle Form der Abgabenkontrolle“ administriert werden und dienen

- der begleitende Abgabenkontrolle bei Selbstberechnung,
- als abgabenprüfungsspezifische Maßnahme bei Prüfungslücken im Rahmen der GPLAB-Prüfung,
- als überprüfende Kontrollmaßnahme bei Nichtentrichtung von Abgabenschuldigkeiten oder Nichtvorlage von Abgabenerklärungen,
- als ergänzende Erhebung im Zusammenhang mit bei der Finanz beantragten Zuteilungs- und Zerlegungsverfahren,
- der Feststellung der Abgabenrückstände bei Insolvenzverfahren,
- der Feststellung der Berechtigung von Rückzahlungsanträgen,
- bei Nachsichtsansuchen der Prüfung der Unbilligkeit,
- bei Anträgen auf Stundung oder Ratenzahlung der Prüfung der rechtlichen Voraussetzungen wie Nichtgefährdung der Einbringung und erhebliche Härte [siehe Neuregelung im § 212 Abs. 1 BAO, wonach eine Gefährdung der Einbringung (verpflichtend) nicht anzunehmen ist, wenn der Abgabenpflichtige „glaubhaft“ macht, dass er durch die Gewährung der Zahlungserleichterung in die Lage versetzt wird, die vom Zahlungserleichterungsansuchen umfassten Abgabenschuldigkeiten innerhalb einer angemessenen Frist entrichten zu können]
- oder wenn Prüfungsanträge nach § 14 Abs. 1 KommStG unberücksichtigt bleiben und die Kommune selbst keine Kommunalsteuerprüfung, sondern lediglich eine Nachschauhandlung durchführen möchte, um beispielsweise eine Abgabenverjährung zu unterbinden, zumal es sich bei einer Nachschau um eine verjährungsverlängernde, außenwirksame Amtshandlung im Sinne des § 209 Abs. 1 BAO für das Abgabenjahr der Nachschau, aber auch für den Abgabenzeitraum des „Prüfungszeitraumes“ handelt.

III. III Abgabenprüfung

Die Prüfrechte werden von der gemeinsamen Prüfung lohnabhängiger Abgaben und Beiträge (GPLAB) und damit auch hinsichtlich der Kommunalsteuer vom aus Organen der Bundesfinanz und der Gesundheitskasse bestehenden und eingerichteten Prüfdienst für Lohnabgaben und Beiträgen wahrgenommen, wobei die Organe des Prüfdienstes bei der Durchführung der Kommunalsteuerprüfung als Organ der jeweils hebeberechtigten Gemeinde tätig werden und dabei dem fachlichen (nicht disziplinären) Weisungsrecht der erhebungsberechtigten Gemeinde unterliegen; die Gemeinden sind an das Prüfungsergebnis weder in rechtlicher noch zahlenmäßiger Hinsicht gebunden. Daraus kann rechtlich gefolgert werden, dass in Einzelfällen die Gemeinden berechtigt sind, eine monatliche Aufschlüsselung der Bemessungsgrundlagen vom Prüfungsorgan zu verlangen, wenn dies beispielsweise im Hinblick auf ein bevorstehendes oder bereits anhängiges Haftungsverfahren erforderlich wäre und die Kommune dies entsprechend dem Prüfungsorgan gegenüber vermittelt hatte.
Daraus ergibt sich aber auch die rechtliche Möglichkeit, wenn beispielsweise das Prüfungsorgan gewisse Abgabenzeiträume nicht geprüft oder gewisse Rechtsprobleme (wie etwa Abgabenpflicht von Geschäftsführern) nicht aufgegriffen hätte oder die ermittelten Bemessungsgrundlagen nicht plausibel erscheinen, nach einer Kommunalsteuerprüfung selbst noch eine Nachschau durchzuführen, weil das Wiederholungsverbot nach § 148 Abs. 3 BAO nur Prüfungen, aber nicht eine Nachschau betrifft, weshalb eine Nachschau auch vor und nach einer Kommunalsteuerprüfung rechtlich möglich wäre.
Nach § 14 Abs. 1 KommStG sind die Gemeinden berechtigt, in begründeten Einzelfällen, wie Insolvenz, drohender Abgabenverjährung, eine Kommunalsteuerprüfung zu beantragen und bei Nichtentsprechung binnen drei Monaten selbst eine solche Prüfung oder allenfalls Nachschau vorzunehmen; im Falle einer Kommunalsteuerprüfung aufgrund eines Antrages einer Gemeinde haben jedoch, wie auch bei sonstigen Kommunalsteuerprüfungen im Rahmen der GPLAB-Prüfungen, der Bund oder die Gesundheitskasse die Kosten zu tragen, weil es sich um die Erledigung von gesetzlich ihnen übertragenen Aufgaben handelt.

Ertragsanteilsvorschüsse für September 2024

(Beträge in 1.000 EURO, ohne Zwischenabrechnung)

Ertragsanteile, die auf die Gemeinden verteilt werden:

a) - nach Steuerarten

	Ertrag für 09/2024[1] in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 09/2024 in %	Ertrag für 01–09/2024 in 1.000 EURO	Veränderungen ggü. 01–09/2023 in %
Steuern, Einkommen, Vermögen (gesamt)	**386.132**	**0,2%**	**5.108.137**	**8,7%**
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	-24.571		288.066	-7,8%
Lohnsteuer	385.446	4,5%	3.548.641	17,9%
Kapitalertragsteuer	41.601	-24,7%	333.079	-3,9%
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	9.456	81,3%	82.128	42,5%
Körperschaftsteuer	-29.292		830.781	-12,9%
Stabilitätsabgabe	3.283	29,7%	14.705	25,4%
Sonstige Steuern (gesamt)	**489.271**	**-6,2%**	**4.552.185**	**-2,9%**
davon:				
Umsatzsteuer	278.346	-9,4%	2.781.807	0,9%
Tabaksteuer	20.645	-10,2%	183.892	2,3%
Biersteuer	2.185	-3,5%	16.905	0,3%
Mineralölsteuer	52.616	21,1%	352.461	-3,3%
Alkoholsteuer	1.752	-0,4%	13.873	-8,8%
Energieabgabe	-439	-165,8%	2.231	
Normverbrauchsabgabe	5.596	-3,7%	47.893	15,6%
Grunderwerbsteuer (93,706 % Gemeinden)	81.632	-11,2%	734.374	-19,8%
Versicherungssteuer	13.513	6,4%	138.401	7,2%
Motorbezogene Versicherungssteuer	27.089	-0,4%	223.077	-0,3%
KFZ-Steuer	132	23,7%	5.117	0,1%
Konzessionsabgabe	3.529	12,1%	28.927	4,0%
Kunstförderungsbeitrag	4	-99,1%	425	-72,6%

[1] Datenquelle: BMF – Budgetvollzug (Ertragsanteile): i. d. R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats

b) länderweise Anteile *)

	Ertrag für 09/2024[1] in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 09/2023 in %	Ertrag für 01–09/2024 in 1.000 EURO	Veränderungen ggü. 01–09/2023 in %
Burgenland	22.149	-3,1%	249.835	3,7%
Kärnten	52.549	-4,2%	583.180	2,7%
Niederösterreich	143.481	-2,5%	1.584.715	2,8%
Oberösterreich	137.951	-3,9%	1.521.672	3,7%
Salzburg	60.447	-1,9%	661.376	2,4%
Steiermark	108.025	-5,7%	1.194.578	2,1%
Tirol	78.265	-3,0%	847.417	3,0%
Vorarlberg	41.343	-5,0%	452.313	2,1%
Wien	231.199	-3,3%	2.565.662	3,1%
Summe	**875.407**	**-3,6%**	**9.660.747**	**2,9%**

*) ohne Zwischenabrechnung



Zwischenstopps in München und Paris

Neuer Busservice verkürzt Wege in der Nacht.

Die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) ermöglicht seit rund einem Jahr Menschen, die nach 21 Uhr nach Hause wollen, auch zwischen zwei Stationen auszusteigen. Der neue Service soll für mehr Sicherheit beim Heimweg im Dunkeln sorgen. Der Haltwunsch muss spätestens eine Station vorher bei den Fahrer:innen gemeldet werden, es gibt maximal einen Stopp zwischen zwei Stationen. Kleine Einschränkungen: Aus Sicherheitsgründen kann nicht überall gehalten werden, und auch Barrierefreiheit wird nicht immer garantiert.
Die Pariser Buslinien experimentieren schon seit Anfang 2023 mit Haltewünschen ab 22 Uhr. „Descente á la demande" wird seit 1. September 2023 in allen Buslinien in Paris angewandt. Besonders Frauen und Bewohner:innen weniger dicht besiedelter Außenbezirke berichten von einem Gefühl höherer Sicherheit.

Verkehrswende in Rom

Weniger Gratis-Parkplätze, mehr eingeschränkte Zonen

Rom kämpft um den öffentlichen Raum, in der „Ewigen Stadt" soll das Parken im öffentlichen Raum erheblich teurer und unbequemer werden. Die Stadtverwaltung hat angekündigt, ab Mitte 2025 mehr als 16.000 Gratis-Parkplätze zu streichen und die blauen Zonen auszuweiten – etwa auf die Stadtviertel Eur im Süden und Monte Sacro im Nordosten Roms. Bis 2027 sollen nach und nach weitere Stadtviertel und Vororte wie Ostia dazukommen. Gleichzeitig endet die Befreiung von den Parkgebühren für Elektroautos und es kommt ein Aus für günstige Parkplatzabos. Statt einer Pauschale von 70 Euro pro Monat für Dauerparker gilt ab 2025 für alle Autos das Zonenmodell mit Tarifen zwischen 50 Cent und drei Euro pro Stunde je nach Nähe zum Zentrum.





Die lichtdurchlässige Fassadentechnologie HydroSKIN ist für den Wettbewerb „Blauer Kompass" des Umweltbundesamts nominiert.

Hydroaktive Hochhaus-Hülle in Stuttgart

HydroSKIN verspricht Stadtkühlung bei Hitze und Hochwasserschutz bei Regen.

Die Architektin Christina Eisenbarth hat an der Universität Stuttgart ein Material entwickelt, das – an Hausfassaden angebracht – Wasser aufnimmt und so etwa bei Starkregen das Gebäude schützt und die Kanalisation entlastet.
Das hydroaktive Material leitet das Wasser an eine Folie weiter, an der sich das Wasser sammelt und in eine Rinne abläuft. Das Regenwasser kann beispielsweise für die WC-Spülung oder zum Pflanzengießen genutzt werden. In Hitzeperioden wiederum kann das Wasser wieder in die textile HydroSKIN eingeführt werden und so durch Verdunstung das Gebäude und die Stadtumgebung kühlen.
„HydroSKIN" ähnelt optisch einem Fenster und wird von außen an Fassaden, etwa von Hochhäusern, angebracht, bereits sechs Quadratmeter des textilen Materials, das nur 1 kg/m² wiegt, sollen eine Klimaanlage ersetzen können. Die Fassadenelemente sind universell an jedem Gebäude im Neubau sowie auch im Bestand in zahlreichen Form-, Farb- und Mustervariationen anwend- und nachrüstbar.

© Fotos: Wikiolo, CC BY-SA 3.0, Getty Images, Universität Stuttgart/Uli Regenscheit

Termine des Städtebundes

Aktuelle Termine und Änderungen auf www.staedtebund.gv.at

Oktober

16. und 17. 10.	FA Kontrollamts-angelegenheiten	Villach
17. und 18. 10.	Netzwerk Gesunde Städte	Eisenstadt
21. und 22. 10.	FA Rechtsangelegen-heiten	Wolfsberg
22. und 23. 10.	FA Stadtvermessung	Graz
22. und 23. 10.	FA Informationstechno-logie und Digitalisierung (FIT)	Linz
22. und 23. 10.	FA Sport	Tulln
22. und 23. 10.	FA Verkehr	Wels
24. 10.	Finanzkommission	online

November

5. und 6. 11.	FA für Abfallwirtschaft und Städtereinigung	Bregenz
7. 11.	Ausbilder:innen Jahres-tagung 2024	Wels
7. 11.	FA Bestattung und Friedhöfe/Feuerhallen	Linz
11. und 12. 11.	FA Kultur	Wien
13. und 14. 11.	FA Gewerberecht und Gewerbetechnik	Innsbruck
18.11.	FA Umwelt	Amstetten
21. 11.	WS Daseinsvorsorge	Wien
25. und 26. 11.	FA Verwaltungs-organisation	Klosterneuburg
27. und 28. 11.	FA Märkte und Lebensmittel	Steyr

Kontakt

oegz@staedtebund.gv.at



Ausblick ÖGZ 11/2024

Schwerpunkt Grünraum Stadt

Biodiversität in der Stadt, Klimawandelanpassung und Gemüsezucht auf dem Friedhof: Die Novemberausgabe der ÖGZ beleuchtet mit spannenden Berichten den vielfältigen Grünraum Stadt. Die Ausgabe 11/24 erscheint am 6. November 2024.

11. Climate Star Award

Das Klimabündnis sucht die besten Klimaschutzprojekte Europas. Eingereicht werden können laufende und abgeschlossene Projekte von Gemeinden, Städten und kommunalen Netzwerken.
Einreichschluss: 31. Oktober
Einreichunterlagen & Infos: https://bit.ly/climatestar



3. Brachflächen-Gipfel

Dienstag, 22. Oktober 2024
TriBühne Lehen, Salzburg

www.brachflaechen-dialog.at

Impressum: ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 10/2024 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Thomas Weninger • Verlag: Bohmann Druck und Verlag GmbH, 1040 Wien, Rechte Wienzeile 31/1, Geschäftsführung: KR Gerhard Milletich • Chefredakteurin des Österreichischen Städtebundes: Katharina Kunz, Tel. +43(0)1/4000-89983, Mitarbeit: Kevin Muik, Johannes Schmid • Chefin vom Dienst: Carina Wiesner, Lektorat: Carina Wiesner, Foto-Organisation: Joelle Berndl-Bullens • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2024: 10 Ausgaben • Cover: Getty Images, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,70; Jahresabonnement: EUR 45; Abo-Bestellung & Adressänderungen: Tel. +43(0)1 740 32-725, +43(0)664 88 32 50 60, abo.oegz@bohmann.at, Anzeigenannahme, Verkauf und Backoffice: Daniela Borka, daniela.borka@schmid-verlag.at, Tel. +43(0)1 740 32-733, Verkauf: Julia Luef-Rötzer, +43(0)664 829 77 62 • Informationen zur DSGVO: www.bohmann.at • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.

© Foto: Luiza Puiu


EINANDER BESSER VERSTEHEN.
WIR MACHT'S MÖGLICH.
Die ganze Story auf:
wirmachtsmöglich.at